



Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift)
der 14. Sitzung – Teil 1
- endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 12. Januar 2021, 16.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Öffentliche Beweisaufnahme

Seite

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller

4

Zeuge Joschka Langenbrinck

siehe 19/14 II

Zeuge Ole von Beust

siehe 19/14 II

* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Brehm, Sebastian
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Brandt, Wolfgang Gerster, Cornelius Günther, Kevin Genske, Marlene Kempe, Julius
SPD	Weber, Saskia Hawxwell, Anne Schauhoff, Lenard Schneider, Yannik Sacharow, Alexander
AfD	Buchholtz, Immanuel
FDP	Reuss, David Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	RD Fritz RDn Barczyk ARn Koch ORRn Henzler
BMWi	MR Dr. Schiemann
BMJV	ORR Scholz Zorn
BKAmt	RD Mai MRn Dr. Bosch MDg Schließ
AA	OARn Notz LR I Gloßner

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	TB Schweers

* anwesend laut Unterschriftenliste



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn der Bandabschrift
16:02)

Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere 14. Sitzung, die zugleich unsere 6. Beweisaufnahmesitzung ist. Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung sowie des Bundesrates herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal E 200, in den die Sitzung gestreamt wird. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten. So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur einen Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr, wie eben schon getan, **unseren einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Prof. Lars-Hendrik Röller
(Beweisbeschluss Z-15)

Joschka Langenbrinck
(Beweisbeschluss Z-30)

Ole von Beust
(Beweisbeschluss Z-29)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller

Dann begrüße ich zunächst unseren Zeugen Prof. Lars-Hendrik Röller. Sie haben bereits Platz genommen. Wir müssen noch einen Moment warten, weil das Streaming in den Raum E 200 nicht funktioniert. Um die Öffentlichkeit herzustellen, müssen wir darauf warten. Dann würde ich da gleich nochmal aufsetzen. Dann frage ich, ob die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ja; wir haben die technischen Probleme – großen Dank an das Ausschussesekretariat – behoben.

Unser erster Zeuge ist Prof. Lars-Hendrik Röller. Er hat bereits Platz genommen. Ich heiße Sie im Namen des Ausschusses herzlich willkommen. Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge sowie zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Damit kann ich mich auf diese technischen Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder Dinge zur Sprache bringen müssen, die in öffentlicher Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würden, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen? Nein. Wichtig ist, dass Sie auch dafür Ihr Mikrofon benutzen, weil wir Tonaufnahmen haben. Wenn das rote Licht leuchtet, sind Sie mit Ihrem Mikro on.

Ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie bitten, sich kurz vorstellen, indem



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf und Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Mein Name ist Lars-Hendrik Röller. Ich bin 62 Jahre alt, wohnhaft [REDACTED]

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und Ihr Beruf?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Beamter. Ich war mal Hochschullehrer. Jetzt bin ich Beamter oder beides.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie können, wenn Sie das nun wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Vielen herzlichen Dank für die Einladung, auch zu dieser schönen Stunde. Es ist mir sehr viel lieber, jetzt auch hier auszusagen, weil man dann auch noch viel klarer im Kopf ist. Ich wollte zwei bis drei Sachen vorneweg sagen, die aus meiner Sicht sehr wichtig sind.

Der erste Punkt ist, dass der Fall Wirecard, wie auch gesagt, sehr besorgniserregend ist und für den Finanzplatz Deutschland sehr schlecht. Die Chronologie des Bundeskanzleramtes, die wir mit bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt haben, liegt Ihnen vor. Wir haben versucht, alle Berührungspunkte mit Wirecard darzulegen. Natürlich bin ich bereit, an der einen oder anderen Stelle noch zu ergänzen.

Das dritte vorab, was glaube ich auch bekannt ist: Die Situation heute, eine sogenannte Ex-post-Situation, ist eine ganz andere als damals. Damals, insbesondere als wir die Reise der Kanzlerin nach China vom 5. bis 7. September 2019, war die Situation eine ganz andere. Darauf wollte ich nochmal eingehen und darauf hinweisen, dass man das in der Ex-post-Analyse alles ganz anders sieht. Ich sehe es auch heute ganz anders. Viele Dinge sind aus heutiger Sicht völlig anders und

stellen sich auch völlig anders dar. Damals war die Situation eine andere.

Wenn ich noch kurz einige Vorbemerkungen machen darf: Zunächst gehe ich auf die Vorbereitung der Reise ein. In der Chronologie ist aufgeführt, dass es eine E-Mail von Herrn zu Guttenberg an mich gab, die mich am 3. September, zwei Tage vor der Reise, abends zehn vor acht erreicht hat. Das ging in den laufenden Prozess der Vorbereitung einer Reise der Bundeskanzlerin, die sehr lange braucht und gründlich vorbereitet wird, ein. Wir hatten auch eine Wirtschaftsdelegation dabei. Insofern kam diese E-Mail an mich heran – wie auch andere Anfragen kurzfristig sowohl aus der Wirtschaft, aber auch aus politischen Raum an uns herankommen. Diese prüfen wir alle noch. In diesem Falle ging es, wie Sie wissen, um die Übernahme von AllScore, einem chinesischen Finanzunternehmen, was laut den Angaben in dieser E-Mail, die hinten dran in einem Anhang waren, Zustimmung der People's Bank of China, die chinesische Zentralbank, benötigte. Ich habe diese E-Mail an das zuständige Referat, das die Reise der Bundeskanzlerin vorbereitete, weitergeleitet. Diese haben sich das dann – wie alle Anfragen, die noch kommen – angeschaut. Sie haben die Bundeskanzlerinnenmappe vorbereitet. Das sind eine oder zwei Mappen, die wir für die Bundeskanzlerin vorbereiten. Dabei werden die langfristigen Vorbereitungen, wir hatten eine Wirtschaftsdelegation, aber auch alles andere, was praktisch noch relevant ist, der Kanzlerin vorgelegt. Sie kriegt das normalerweise am Tag vor der Reise vorgelegt. Das ist unser Angebot aus dem Bundeskanzleramt für die Reihe von politischen Gesprächen. Wir hatten zwei Tage in China. Wir waren noch in einer zweiten Stadt; ich glaube, dass das Wuhan war. Das ist unser Angebot. Was die Bundeskanzlerin bei dieser Reise anspricht – das ist die gesamte breite Palette deutsch-chinesischer Beziehungen – ist eine Entscheidung der Bundeskanzlerin.

Wir prüfen auch solche Anfragen. Wir haben zwei Probeprüfkriterien. Wir schauen uns an, ob



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

das Unternehmen dort ein Anliegen hat; hat es in diesem Land Business. Das gilt auch für die mitreisende Wirtschaftsdelegation. Wenn Anfragen von Unternehmen kommen, die dort eigentlich gar nichts wollen, dann sollten sie eigentlich dort auch nicht dabei sein. Das wird geprüft. Das zweite Prüfkriterium ist, inwieweit dieses Anliegen – in diesem Fall war, grob gesehen, es der Marktzugang zum chinesischen Finanzmarkt – ein Interesse der Bundesregierung ist. Es wird geprüft, inwieweit das eigentlich in unsere Politik hineinpasst. Das waren die beiden Kriterien. Darüber hinaus wird keine forensische Prüfung des Unternehmens vorgenommen. Es wird auch nicht das Unternehmen, das Anliegen dort geprüft. Es ist eine unternehmerische Entscheidung. Wenn Sie fragen, ob wir uns AllScore oder andere Unternehmen in anderen Bereichen genau angucken, machen wir das nicht. Das ist eine unternehmerische Entscheidung. Wir schauen nur, ob es in die Interessen der Bundesrepublik Deutschland passt. Das sind die groben Kriterien.

Zu diesem zweiten Punkt war es in diesem Falle sehr offensichtlich; den zweiten Punkt, ob das in die Politik der Bundesregierung hineinpasst. Wie Sie wissen, bemühen wir uns seit Jahren um Marktöffnung in China, Investitionsbeschränkungen aufzuheben. Wir haben den hochrangigen Finanzdialog, der beim Finanzminister läuft. Wir bemühen uns auch in anderen Bereichen. Ich selber habe auch Gespräche geführt, sodass wir weiterkommen. Das ist nicht nur im Finanzbereich, sondern auch in vielen anderen Bereichen so. Der Finanzbereich ist aber ein Teil, wo wir versuchen wollen, unseren Unternehmen im Ausland zu helfen, weil das im Endeffekt auch deutsche Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Es ist auch meine Aufgabe, dass wir die deutschen Interessen im Ausland gut vertreten. Das ist der eigentliche Grund für diese Dinge.

Ich will ein bisschen ausholen: Dieser strategische Dialog mit China – wozu es auch mehrere Erklärungen gab, wir waren in den letzten Jahren auch mehrfach in China – ist eine umfassende

Partnerschaft. Es geht nicht nur um den Finanzmarkt. Ich habe gelistet, was wir machen. Wir haben einen hochrangigen Sicherheitsdialog, der bei uns im Bundeskanzleramt läuft und tagt. Es ist immer die Frage, wie oft die tagen. Wir haben einen strategischen außen- und sicherheitspolitischen Dialog. Das macht das AA. Wir haben einen Menschenrechtsdialog. Das ist immer wieder ein großes Thema. Das macht auch das AA. Wir haben einen Rechtsstaatsdialog mit dem BMJV. Wir haben Cybersicherheitskonsultationen mit den Chinesen. Das macht das Innenministerium. Wir haben einen gemischten Wirtschaftsausschuss. Das macht das Wirtschaftsministerium. Einer der wichtigen Bereiche dort ist die Mobilitätsfrage. Sie wissen, dass deutsche Unternehmen in China im Bereich der Automobilindustrie sehr aktiv sind. Das ist eine der Sachen, die wir versuchen zu unterstützen. Dann gibt es den hochrangigen Finanzdialog. Das ist einer von vielen Dialogen. Das wird vorbereitet und der Kanzlerin – neben vielen anderen Themen, die noch eine Rolle spielen – angeboten.

Zu der Frage Marktöffnung in China: Wir haben am 30. September* mit den Chinesen ein Investitionsabkommen politisch verabschiedet. Das ist ein CAI, Comprehensive Agreement on Investment. Es ist umfassend. Es geht um viele Dinge. Es läuft sieben Jahre; seit sieben Jahren sind wir dran. Das ist kein Investitionsschutzabkommen; der Schutz der Investitionen ist etwas anderes. Es geht um ein Investitionsabkommen, um Marktzugang. Da haben wir aus meiner Sicht gute Fortschritte gemacht. Das Abkommen muss sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Europäischen Rat noch ratifiziert werden. Das muss auch hier noch diskutiert werden. Ich möchte sagen, dass wir einen sieben Jahre langen Prozess haben, wo wir versuchen, ein Level Playing Field für deutsche Unternehmen in China hinzubekommen.

Das Abkommen hat drei Bereiche – das ist sehr interessant. Es geht einmal um die Staatsbetriebe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Die sind in China sehr stark. Der Einfluss der Regierung auf die Wirtschaft ist groß. Da haben wir es geschafft, ein Level Playing Field herzustellen. In dem Abkommen haben sich die Chinesen verpflichtet, dass man Transparenz in staatlichen Subventionen bei Staatsunternehmen schafft. Das war ein Bereich.

Der zweite Bereich ist der Marktzugang. Dazu gehört auch der Finanzmarkt. Da haben wir insbesondere im Automobilbereich zum Beispiel die Joined Venture Restriktion, die unsere Unternehmen dort auch sehr stark betrifft. Diese haben sie in diesem Abkommen aufgegeben. Wir haben im Biotechnologiebereich Einiges erreicht. Da geht es um Forschung. Und wir haben im Finanzbereich Öffnung erhalten. Im Finanzbereich geht es insbesondere auch um viele Caps, also wie groß der Anteil von deutschen, europäischen Banken in China im Bankenbereich, Versicherungsbereich, Rückversicherer, Wertpapierhandel, Vermögensverwaltung sein kann. Viele Bereiche, wo sich die Kommission, die EU, mit China geeinigt hat.

Dann haben wir den Nachhaltigkeitsbereich. Das ist der dritte Bereich des Abkommens. Da geht es um Klimapolitik und die ILO-Standards. Letzterer ist ein sehr schwieriger Punkt. Wir haben mit den Chinesen klare Prozesse vereinbart, dass wir hier Marktöffnung betreiben wollen und bei diesen Themen der Nachhaltigkeit, insbesondere auch der Klimapolitik, einen Dialog in Gang gesetzt. Das muss alles umgesetzt werden. Es ist ein wichtiger Schritt in dieser schwierigen Beziehung. Es gibt noch andere Instrumente und es ist auch geopolitisch für andere Länder anschlussfähig. Wir haben ja auch noch andere Entwicklungen in der Welt – ich mache an dieser Stelle gleich Schluss. Mir ist es aber wichtig noch mal den Punkt zu machen, dass es hier nicht nur um irgendeine E-Mail gegangen ist, sondern es passt hundertprozentig in unser Programm rein. Deshalb war ich persönlich auch sofort davon überzeugt, dass das zu dem Programm dazugehört.

Wir haben ja auch viele andere Dinge. Das Investitionsabkommen geht sieben Jahre und ist ein Prozess, den wir gemacht haben.

Es war auch keine Sonderbehandlung, wieder zurückkommend ich* auf die Frage, warum wir das mit hineingenommen haben von einem Unternehmen. Wir haben auch andere Unternehmen mit hineingenommen. Es hat einfach gepasst. Das war der Hauptgrund, weshalb wir das aufgenommen haben.

Die zweite Sache ist – das ist auch das, was wir in der Chronologie gesagt haben –, dass wir im Kanzleramt keine Informationen über schwerwiegende Unregelmäßigkeiten hatten. Es gab Presseberichte, insbesondere von der Financial Times, es gab aber auch andere Presseberichte. Wenn ich ehrlich bin, in meiner Erinnerung gab es auch Menschen und Erinnerungen, wo Wirecard als Erfolgsgeschichte und teilweise auch als Opfer dargestellt wurde. Die Information mit dem Leerverkaufsverbot und auch die Informationen in Ihren Kleinen Anfragen, die ich mir alle nochmal durchgelesen habe – Marktmanipulation, vieles, was die BaFin im Leerverkaufsverbot gemacht hat, Untersuchungen gestartet, Leerverkaufsverbot und Anzeige in München – waren Informationen, die zumindest für uns zu dem Zeitpunkt kein Grund waren, böswillig oder bösartig zu sein. Das sehe ich heute alles anders. Das ist klar. Dann gab es auch Ernst & Young, die das Testat am 24. April, was auch vor der Reise war, gemacht haben. Insofern ist es so, dass es ein DAX-Unternehmen war. Es passte hundertprozentig zu den Interessen der Bundesrepublik Deutschland – neben vielen anderen. Wir hatten keine Informationen über Unregelmäßigkeiten. Es hätte uns ja mal jemand sagen können, wenn das so ist, wenn Sie* das gewusst hätten. Sie haben auch mit dem BMF gesprochen. Ich weiß nicht, wie das gegangen ist, ich habe auch das Protokoll nicht gelesen. Wenn ich das gleich vorweg sagen darf: Wir hatten damals keine solchen Informationen. Ich mache das zehn Jahre lang, habe ganz viele Reisen vorbereitet und das war eigentlich



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

aus meiner Sicht – wenn ich die Informationen hätte, die ich damals gehabt habe – ein völlig klarer Fall dafür, dass das reingepasst in die Reise der Bundeskanzlerin.

Dann haben wir vertrauliche Gespräche in China geführt. Insofern will ich gar nicht viel dazu sagen. Dann gab es die Nachbereitung der chinesischen Reise. Das war auch wie üblich. Da habe ich erst, das machen wir oft, den betroffenen Unternehmen vertraulich mitgeteilt, dass es angesprochen wurde. In diesem Fall habe ich eine E-Mail geschrieben, weil ich die E-Mail-Adresse hatte. Darauf habe ich geantwortet. Ich habe geantwortet, dass es angesprochen wurde, aber nichts zu den Inhalten gesagt. Das machen wir in der Regel so auch mit anderen Unternehmen, weil sie wissen müssen, ob das Thema angesprochen wurde. Dann habe ich den deutschen und chinesischen Botschafter informiert; den chinesischen Botschafter etwas später. Ich weiß nicht, warum das so viel später war. Ich nehme an, dass es aus Termingründen war. Insofern war die Nachbereitung eine ganz normale.

Dann habe ich mit Wirecard nichts mehr zu tun gehabt, außer dass ich diese Gespräche noch geführt habe, die Sie auch kennen, am 9.11.* auf Vermittlung von Herrn Fritsche. Da hat es mich sehr interessiert, über Wirecard mehr zu lernen; da ist man durchaus interessiert. Sie sind bei dem Thema wahrscheinlich schon viel weiter, aber das hatte mich damals sehr interessiert. Deswegen war ich auch sehr daran interessiert, das Gespräch zu führen. Viel später fand ein Telefonat mit Herrn Braun statt, nachdem auch schon der KPMG-Bericht auf dem Tisch lag. Das Gespräch mit Herrn Braun war am 20. Mai, wie Sie wissen. Ab dann war klar, dass es Dinge gibt, die im Raum stehen, die zu beantworten sind. Dann ging es relativ schnell danach mit der Strafanzeige und dem Insolvenzantrag weiter. Dann haben meine Leute am 30.06. eine Vorlage gemacht, in der wir die Leitung nach dem Insolvenzantrag über die Situation bei dem Unternehmen informiert hatten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir uns bei diesen Reisen immer für deutsche Interessen einsetzen und dass wir da auch die Interessen der deutschen Wirtschaft berücksichtigen. Das ist meine Aufgabe – ob das ein DAX-Unternehmen ist oder nicht. Wir gehen aber davon aus, dass DAX-Unternehmen geprüft sind und keine kriminellen Aktivitäten entwickeln. Wir setzen uns dann für sie ein. Ich glaube, dass das auch der Grund und die Wichtigkeit – Es ist ein Prozess, der sehr lange gelaufen ist. Es passte sehr stark in die Bestrebungen, im chinesischen Staat deutsche und europäische Interessen zu vertreten. In diesem Sinne hat das die Kanzlerin auch angesprochen, wie ich in der E-Mail berichtet habe. Diese haben wir auch sehr transparent offengelegt. Normalerweise berichten wir nicht aus vertraulichen Gesprächen. Das haben wir in diesem Fall aber gemacht. Nochmal: Die Informationen waren nicht so, dass hier schwerwiegende Vorwürfe im Raume standen. Das ist mir sehr wichtig.

Der letzte Punkt: Aus heutiger Sicht sehe ich das alles anders. Ich sehe das auch als einen der großen Skandale – kriminelle Aktivitäten, die entwickelt worden sind und aufgeklärt werden müssen. Dafür ist auch der Untersuchungsausschuss da. Insofern freue ich mich auf die Diskussion.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ein kurzer Hinweis: Die Mitglieder des Ausschusses, zunächst ich als Vorsitzender, dann die anderen, haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Dabei werden Ihnen wahrscheinlich auch Vorhalte aus Akten gemacht. Auf Wunsch wird Ihnen der Fragesteller die Unterlage auch vorlegen.

Dann steige ich ein. Vielen Dank für die Ausführungen. Mein Kollege Michelbach hat gerade schon gesagt, dass kurioserweise einige Kollegen – auch aus diesem Kreise hier – eine Woche später in China waren. Wir sind daher sehr gut informiert worden. Insoweit bringen viele ein entsprechendes Verständnis für den chinesischen Markt, und was dort passiert, mit. Mir geht es gar nicht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

so sehr um Schuld oder Verantwortung in diesem Themenkomplex. Wenn ich die letzten drei Monate Revue passieren lasse: Dass wir uns alle leiten lassen wollen, bisher hat das keiner so recht gesagt, dass er Verantwortung übernehme, man etwas ändern müsse oder dass gehörig etwas schief gelaufen sei. Sie haben auch gesagt, dass ex post oder wie der Volksmund sagt, hinter, seien wir immer alle schlauer.

Insoweit wäre meine erste Frage: Sie haben bei Ihren Aussagen erwähnt, dass ein paar Dinge – aber nichts Schwerwiegendes – im Raum gestanden hätten. Was wäre für Sie schwerwiegend – ganz konkret zu dem damaligen Zeitpunkt – gewesen, ein schwerwiegender Vorwurf oder Presseartikel, der Sie zu einem anderen Verhalten bezüglich Wirecard und der Chinareise geleitet hätte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Das ist natürlich eine hypothetische Frage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, ich finde die konkret.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ich hätte erwartet, dass wir von den Ressorts gewarnt werden. Eine konkrete Sache wäre, dass von den zuständigen Aufsichtsbehörden Informationen an uns herangetragen werden, dass es schwerwiegende Unregelmäßigkeiten gibt. Das kann ich im Kanzleramt nicht leisten; meine Kollegen auch nicht. Solange weder bei der Corporate Governance, noch bei den Wirtschaftsprüfern, noch bei der BaFin oder anderen uns irgendwelche Informationen übermittelt werden, ist es schwer, sich anders zu verhalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind Prof. Dr. und haben zum damaligen Zeitpunkt Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik im Kanzleramt betreut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Das mache ich immer noch; seit zehn Jahren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Seit wann lesen Sie die Financial Times?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ich lese den Pressespiegel jeden Tag – dann sind da auch Artikel drin. Ich kann nicht alle Presseartikel aller Zeitungen lesen. Ich lese auch nationale Zeitungen. Ich bin jemand, der die Presse, also den Pressespiegel, liest. Das muss reichen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Als Berater für Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanzleramt lesen Sie die Financial Times konkret nicht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ich gucke manchmal rein. Es gibt auch das Handelsblatt, die FAZ. Es gibt sehr viele. Ich lese im Bundeskanzleramt regelmäßig den Pressespiegel. Da sind alle relevanten Artikel drin. Ich weiß nicht, ob die Financial Times Artikel da drin waren. Das weiß ich nicht. Ich kann auch nicht jeden Tag sehr lange Zeitung lesen. Sporadisch gucke ich mir aber auch mal die Financial Times an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, Sie können nicht konkret sagen, ob Ihnen der Artikel vom 24. April 2019, in dem das Geschäftsmodell Wirecard beschrieben wird, bekannt ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Es gibt ganz viele Artikel über Geschäftsmodelle von deutschen DAX-Unternehmen. Die lese ich nicht alle; das ist richtig. Die Frage ist mir auch im Sonderausschuss schon* gestellt worden. Da habe ich gesagt, „daran kann ich mich nicht erinnern“. Das war meine Antwort und das ist immer noch so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich kenne den goldenen Anlagetipp: Wenn man etwas empfiehlt, empfehle nichts oder investiere in etwas. Das ist mir auch bei den Wirtschaftsprüfern sauer aufgestoßen. Haben Sie das Geschäftsmodell verstanden, als Sie gesagt haben „wir empfehlen die Wirecard“? Sie haben gesagt, dass das ins Portfolio passe. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

rennen Sie bei mir offene Tore ein, wenn Sie sagen, dass Sie die Belange der deutschen Wirtschaft und Industrie auch im Ausland vertreten wollen, damit Steuern und Arbeitsplätze entstehen. Haben Sie das Geschäftsmodell verstanden, als Sie der Kanzlerin empfohlen haben, Wirecard in China zu empfehlen? Haben Sie das in allen Teilen durchdrungen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Erstens habe ich nicht gesagt: „Mensch, Frau Kanzlerin, empfehlen Sie mal Wirecard.“ Meine Leute haben das geprüft. Ich wusste, dass es ein Unternehmen im Finanzbereich ist. Sie wissen auch, wer sonst noch dabei war. Es waren auch noch zwei andere Unternehmen dabei. Ich bin nicht jemand, der alle Geschäftsmodelle von allen Unternehmen, die da anwesend waren, verstanden hat. Ich weiß auch nicht, ob Sie das haben. Ich will nicht persönlich werden. Ich habe natürlich schon verstanden, worum es dabei ging. Es ging darum, dass das Unternehmen in China einen Markteintritt macht, im Zahlungsbereich eine Lizenz bekommt. Dafür braucht es eine Genehmigung. Das habe ich verstanden. Dass das über unsere Bemühungen beim Finanzdialog, im BMF, ein Interesse der Bundesregierung war, habe ich auch verstanden. Insofern haben wir das mit in die Mappe für die Kanzlerin aufgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da ging es auch darum, dass diese Lizenz auch ins Ausland strahlen sollte? Das war auch ganz wichtig für Wirecard.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Genau. So wie ich das verstanden habe, wollten sie eine Lizenz für den chinesischen Markt, die dann auch regional ins Ausland strahlt. Übrigens haben auch andere Unternehmen Interesse an Lizenzen dort, auch im Finanzmarkt. Teilweise ist das auch erfolgt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Allianz zum Beispiel. Das wurde uns damals auch mitgeteilt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Genau. Dann empfehlen wir, dass das angesprochen wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Generell die Frage: Wäre aus Ihrer Sicht zum damaligen Zeitpunkt und als Herr zu Guttenberg zu Ihnen kam, ohne das Zutrauen, egal welcher Art – das interessiert mich an der Stelle gar nicht – wenn Herr zu Guttenberg zu diesem Zeitpunkt nicht ins Kanzleramt gekommen wäre, ohne Agenda und ohne, dass ein Gesprächsprotokoll – – Ich sage das auch deshalb, weil wir wollen vielleicht auch, dass sich etwas ändert, dass das nicht nochmal geschieht. Sind Sie davon überzeugt, dass ohne Herrn zu Guttenberg Wirecard Thema auf der Reise der Kanzlerin vom 5. bis 7. September 2019 geworden wäre?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ja, natürlich. Erstens ist er nicht zu mir gekommen, sondern ins Kanzleramt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ins Kanzleramt. Das haben Sie ja sehr abstrahiert dargestellt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ins Kanzleramt – das wusste ich nicht. Ich habe nur diese E-Mail bekommen. Wenn wir diese E-Mail von irgendeinem anderen bekommen hätten, auch von Wirecard selber, dann stünden die Chancen aus den Gründen, die ich genannt habe, sehr gut. Das gilt auch für andere DAX-Unternehmen. Wir haben eine Reihe von DAX-Unternehmen, die Interesse haben – auch Nicht-DAX-Unternehmen. Ich hatte gesagt, dass die beiden Kriterien, die für uns wichtig sind und die wir im Kanzleramt prüfen – – Wir sind ja im Kanzleramt, wir sind nicht in den Ressorts, da liegt ja die Fachzuständigkeit. Im Kanzleramt prüfen wir: Gibt es ein Anliegen in dem Land oder will nur jemand, dass das angesprochen wird, ohne dass es ein Anliegen ist. Das Zweite ist, ob es in die politische Ausrichtung der Bundesregierung Deutschland* passt. Das war in diesem Fall sehr eindeutig.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war auch gar nicht böse gemeint. Um darauf zurückzukommen: Für die Zukunft – das ist ja eigentlich eine unzulässige Frage, aber – Sie würden es schon auch als Professor für Wirtschaft so sehen, dass man das, was man empfiehlt, verstehen sollte? Beim Autobau tatsächlich was sonst so war, oder bei der Allianz aus der Versicherungswirtschaft, oder Bank – – Ich habe Bank gelernt, das verstehe ich. Das können wir uns auch alle vorstellen. Deswegen frage ich das so. Wir sagen immer alle, dass man aus den Lehren des Neuen Marktes gelernt haben sollte. Wir investieren alle nicht nochmal oder empfehlen Unternehmen, die Träume, Wünsche und Möglichkeiten vermarkten, die sich dann nicht realisieren. Das Kanzleramt und auch Sie wären in einer sehr verantwortlichen Stellung, zu sagen, empfehlen wir etwas, was vielleicht doch, ähnlich wie mal der Neue Markt, ein klein wenig auf Sand gebaut ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir schauen uns das an. Ich glaube, dass es schon möglich ist, zu beurteilen, ob ein Eintrittswunsch in einen Markt von einem deutschen DAX-Unternehmen in irgendeinem Land dieser Welt mit der Politik der Bundesregierung zusammenpasst. Das können wir schon bewerten. Fachliche Details, forensische Prüfung oder gucken, ob sich die Investition für ein Unternehmen rechnet, ist Aufgabe des Unternehmens und nicht Aufgabe von uns. Ich erwarte auch von den Institutionen, den Aufsichtsbehörden – das wird auch hier noch Thema sein – Informationen zu bekommen, wenn das nicht der Fall ist. Das war nicht so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist nicht abgesprochen. Das wäre meine nächste Frage, die ich mir hier notiert habe. Alle sagen immer nur, dass sie das autonom und eigenständig machen würden. Ich kann mich an Herrn Hufeld erinnern, als ich fragte, dass er dem Finanzminister auch mal einen Tipp geben könnte, dass das zweistufige Verfahren und andere Dinge und Möglichkeiten vom Geiste der Zeit überholt sind. Wie haben Sie

zum Zeitpunkt der Kanzlerreise 2019 die Zusammenarbeit mit anderen Ministerien wahrgenommen? Als Kanzleramt haben Sie mit einigen Ministerien zu tun, mit dem Wirtschaftsministerium, dem Finanzministerium, dem Kollegen Schmidt. Wie sehen Sie den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sehr konstruktiv. Wir sind bei der Vorbereitung der Kanzlerreise mit allen Ressorts im Gespräch. Da werden die Themen definiert. Es werden Vorschläge gemacht. Wir führen das dann im Kanzleramt zusammen. Insofern ist die Zusammenarbeit sehr gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es gab mehrere Chronologien, auch die des Bundesfinanzministeriums zu Wirecard nach dem Stand vom 16. Juli. Danach nahm das BMF an der AG Finanzen der CDU/CSU am 9. April 2019 teil. In der Sitzung ging es demnach um Wirecard. Wissen Sie auch, ob ein Vertreter des Bundeskanzleramtes an dieser Sitzung teilnahm?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht, aber ich glaube, das war eine Frage, soweit ich mich erinnere. Soweit ich mich richtig erinnere, hat niemand aus dem Bundeskanzleramt teilgenommen. Das müsste ich aber nochmal prüfen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre gut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, das war auch Teil einer Befragung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Der Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium Wolfgang Schmidt war im Juni 2019 in China. Das hat er uns auch dargelegt. War Ihnen bei der Vorbereitung der Reise der Bundeskanzlerin nach China diese Reise bekannt? Gab es Inhalte? Hat man sich über seinen Informationsstand – – Sie hatten gerade gesagt, dass die Zusammenarbeit konstruktiv wäre. Haben Sie sich da ausgetauscht?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das wusste ich nicht vorher, dass er da nach China fährt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er mir das gesagt hatte. Wir haben natürlich durch diesen Finanzdialog, den ich auch in meinen Gesprächen in China angesprochen habe – – In den Akten sehen Sie, dass ich auch nochmal in China gewesen bin; das wissen Sie sicherlich. Wir haben den Finanzdialog natürlich angesprochen, weil das eine der wichtigen Säulen war, über mehrere Jahre hinweg – und dass sich dann ein Finanzstaatssekretär dafür einsetzt, ist keine Überraschung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gab es später Informationen von Herrn Schmidt? Vielleicht nach der Kanzlerreise? Sie haben gerade gesagt, dass Sie später nochmal die Reise aufbereitet haben. Ist denn dann irgendwann später nochmal Wissen aus dem Finanzministerium und namentlich hier von Herrn Schmidt an Sie weitergereicht worden oder Ihnen zugeflossen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann mich nicht daran erinnern. Ich kann nicht ausschließen, dass er mir zum Finanzdialog irgendwann mal etwas gesagt hat, aber darüber hinaus nicht. Ich hatte auch gesagt, dass ich nach der Reise noch die beiden Gespräche mit den Botschaftern* hatte. Das eine war – glaube ich – eine E-Mail an den deutschen Botschaftern mit allen Fällen, und dann das Gespräch mit dem chinesischen Botschafter. Danach war das, soweit ich mich erinnern kann, kein Thema mehr gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gar kein Thema?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Auch mit Herrn Schmidt – daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Hendrik Hoppenstedt, der Ihnen auch bekannt ist, er war auch bei uns in der Sitzung, der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, bestätigte allerdings in der 90. Sitzung des Finanzausschuss, ich zitiere:

Ich kann jetzt nicht ganz genau sagen, ob wir das im Juni 2019 wussten; wir wussten es aber auf jeden Fall irgendwann später.

Vergleiche Protokoll der 90. Sitzung auf MAT A BT-Präs-1.0 Blatt 94.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wen haben Sie da zitiert?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Hendrik Hoppenstedt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sprechen im Kanzleramt miteinander?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann wussten Sie es denn jetzt? Er sagt, dass er es nicht so ganz genau wisse.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Was wussten wir?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Den Sachverhalt mit Wolfgang Schmidt, den ich Ihnen eben dargelegt habe. Ich kann Ihnen das nochmal zitieren. Dr. Hendrik Hoppenstedt, Staatsminister, sagte:

Ich kann jetzt nicht ganz genau sagen, ob wir das im Juni 2019 wussten...

Also das, was auf der China-Reise von Herrn Schmidt besprochen wurde – Sie sagten, dass der Austausch konstruktiv sei.

...wir wussten es auf jeden Fall irgendwann später.

Vergleiche Protokoll der 90. Sitzung auf MAT A BT Präs-1.0 Blatt 94. Irgendwann wusste es das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzleramt. Ich hoffe, auch Sie, weil Sie gesagt haben, dass Sie es gar nicht wussten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich wusste es dann nicht. Ich habe eben auch gesagt, dass ich mich nicht genau erinnern kann, dass ich mit ihm nochmal darüber gesprochen habe. Wann ich das genau wusste, weiß ich auch nicht. Ich weiß nicht, wann ich wusste, wann Herr Schmidt mir gesagt hat, dass er nochmal in China war. Das weiß ich nicht. Ich habe – wie schon gesagt – mich mit den beiden Botschaftern getroffen und das Gespräch am 09.11.* geführt. Dann habe ich eigentlich keine Berührungspunkte mehr gehabt, bis zum Mai, als Herr Braun mit mir sprechen wollte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da sind wir schon im Jahr 2020.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich war in der Nacht auch schon verwundert. So eloquent und sympathisch Herr Schmidt hier auch war, meine Feststellung kann nur sein, dass es schön wäre, wenn die Behörden tatsächlich alle mal miteinander sprechen. Das geht die BaFin mit der FIU an. Das ist auch schon mal angeklungen. Und wenn ich jetzt eben höre, „vielleicht hat Herr Hoppenstedt“ - - Aber daran können Sie sich auch nicht mehr erinnern, aber Herr Schmidt hat es ihnen wahrscheinlich dann nicht direkt gesagt - - Na gut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir reden miteinander. Wir reden nur nicht über Dinge, worüber wir nichts wissen; da ist auch schwer, darüber zu reden. Dass da ein Finanzdialog stattgefunden hat, das weiß ich. Ich weiß auch, dass der erfolgreich war. Da gab es auch eine Erklärung in dem Finanzdialog. Ich habe das bei meinen Gesprächen auch immer wieder als ein wichtiges Element angesprochen. Insofern waren wir da eigentlich voll abgestimmt an der Stelle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Es gibt ja im Untersuchungszeitraum – das wird heute sicherlich auch von Kollegen anklingen, was eine entscheidende Frage ist - - Sie haben gesagt, Sie würden sich mehr Informationen von der BaFin oder von anderen Geschäftsbereichsbehörden wünschen. Eine andere Frage, die wir auch noch zu klären haben, ist die Einordnung der Wirecard im Untersuchungszeitraum als Technologieunternehmen und nicht als Finanzunternehmen - - respektive zu behandeln. Das ist eine durchaus wichtige Frage, was die Beurteilung und auch die Aufsicht der BaFin angeht. Nochmal die Frage: Wurden bei der Vorbereitung der Reise Informationen vom BMF zu dieser Frage angefordert? Haben Sie das BMWi um Informationen gebeten? Ich habe gesagt, dass es nicht verkehrt wäre, das Unternehmen zu kennen, wenn man es empfiehlt. Drumherum kann auch etwas sein. Wurden zur Vorbereitung der Kanzlerin Informationen zu Wirecard vom BMF angefordert oder auch vom BMWi?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte es schon erklärt: Wir haben die Frage nach den Kriterien, die ich schon geschildert hatte, im Kanzleramt geprüft. Wir hatten eine E-Mail vom BMF erhalten – im Zusammenhang mit meinem Gespräch mit Herrn Fritsche am 09.11.* – vom 23. August. Da standen auch Informationen drin, die aber keine schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten und Aufschlüsse in diese Richtung zulassen. Insofern haben wir die Entscheidung getroffen, weil es in die Politik der Bundesregierung passt und es ein etabliertes DAX-Unternehmen war. Es gab keinen Grund, bösgläubig zu sein. Das gilt für die anderen 30 Unternehmen, die mit auf der Reise waren, genauso. Wir haben dann die Entscheidung getroffen, dass das mit in die Vorbereitung der Kanzlerin rein kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde „kritische Grundhaltung“ besser als „bösgläubig“. Das ist eine Vokabel, die ich mir eingeprägt habe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Warum sollten wir eine „kritische Grundhaltung“ haben? Das haben wir bei den anderen Unternehmen auch nicht. Wenn das ein DAX-Unternehmen ist und keine Unregelmäßigkeiten vorliegen, machen wir keine kritische Hinterfragung und forensische Untersuchung im Bundeskanzleramt. Das haben wir noch nie gemacht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich glaube, dass auch keiner der Kollegen verlangt, dass Forensikanstrengungen gemacht werden. Sie haben aber schon gesagt, ex post/ex ante. Wenn wir jetzt mal nach vorne schauen, dann kann auch mal ein DAX-Unternehmen stolpern. Dann ist es auch nicht im Sinne unserer deutschen Außenpolitik und des Kanzleramtes, dieses Unternehmen zu empfehlen. Sie haben auch gesagt, was dann ein Jahr später nicht mehr vorhanden ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sollen wir im Kanzleramt sagen, dass wir glauben, dass ein DAX-Unternehmen stolpert?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich stelle noch einmal die Fragen: Haben Sie die Financial Times zur Kenntnis genommen? Haben Sie sich mit den Bereichsbehörden ausgetauscht? Das ist die Frage. Natürlich steht immer jemand diesen Bereichsbehörden vor. So kenne ich es. Am Ende geht es nicht nur um Schuld, sondern um Verantwortung. Das ist für mich der große Begriff. Alle reden hier über Schuld. Ja, darüber kann man auch noch sprechen, aber politische Verantwortung heißt für mich auch, wenn ein Finanzminister eine Geschäftsbereichsbehörde hat, dann trägt er für die die Verantwortung, nicht die Schuld. Die Kanzlerin bestimmt die Richtlinien unserer Politik und ist die Chefin eines ganz großen Orchesters. Dann trägt jeder irgendwo an seiner Stelle Verantwortung. Wenn jeder sagt, dass sie das nicht gekonnt hätten, soll man eine kritische Grundhaltung haben, dann wäre meine Einschätzung – bevor wir hier den Abschlussbericht schreiben – kann sich Wirecard jederzeit wieder ereignen. Wenn ich in die Runde gucke, glaube

ich, dass das keiner möchte. Es ist ja irgendwo die Frage berechtigt, zu sagen, ob es jedem Unternehmen gegenüber eine kritische Grundhaltung gibt. Die Commerzbank ist ja sicherlich auch ohne Absicht ein Viertel Staatsunternehmen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aus unserer Sicht gab es keinen Grund, an der Stelle, zum damaligen Zeitpunkt bösgläubig zu sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie bleiben also bei „bösgläubig“. Ich sage „kritische Grundhaltung“.

Ich hätte dann erstmal keine weiteren Fragen und gucke nun zu den Kollegen der CDU/CSU: Matthias Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Prof. Röller, vielen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort stehen. Ich würde gerne noch mal zu den Abläufen, wie das üblicherweise bei den entsprechenden Delegationen im Bundeskanzleramt funktioniert, wissen - - Und Sie bitten, mal zu schildern, wie zum Beispiel über die Zusammensetzung einer solchen Wirtschaftsdelegation, wer mitfährt, entschieden wird, und nach welchen Kriterien das erfolgt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Gut, das ist ein mehrstufiger Prozess, der über die Verbände gestartet wird. Der relevante Verband – das kann der BDI sein, bei Asienreisen ist das oft der APA – macht eine Annonce und eine Interessensbekundung und fragt, wer Interesse und Anliegen in den Ländern hat und mitreisen möchte. Dann wird das von dem Verband gemanagt und zusammengestellt. Dann wird das mit meinen Leuten im Bundeskanzleramt besprochen. Dann wird dem Bundeskanzleramt eine Liste von Unternehmen vorgestellt. Wir haben dann auch Kapazitätsvorgaben, alleine durch das Flugzeug und durch die Möglichkeit der Delegation insgesamt – in der chinesischen Delegation waren es dreißig*. Dann werden die Ressorts einbezogen. Dann wird die Entscheidung im Kanzleramt getroffen. Da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt es auch Kriterien, dass wir große und kleine Unternehmen haben wollen, nicht nur DAX-Unternehmen, sondern auch Mittelständler, ob diese ein Anliegen in dem Land haben und ob das von der Fragestellung, von dem Politikbereich ist, die die Bundesregierung vorantreiben möchte. Dann wird eine Liste angefertigt. Dann wird im Kanzleramt entschieden, wer in dieser Wirtschaftsdelegation ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist nachvollziehbar, dass Kriterien angelegt wurden. Für mich klingt das erstmal verständlich. Grundsätzlich zwei Sätze seitens der Unionsfraktion: Erstmal haben wir die Erwartungshaltung an die Bundesregierung, dass sie sich im Ausland für deutsche Interessen und die Interessen deutscher Unternehmen einsetzt. Dass es auch in die außenwirtschaftliche Strategie der Bundesregierung passen muss, ist nachvollziehbar. Ich kann auch nachvollziehen, dass Sie sagen, dass – wenn Sie bösgläubig gewesen wären – es keine Flankierung gegeben hätte.

Insofern ist die Frage: Gab es schwerwiegende Unregelmäßigkeiten, die Sie zum damaligen Zeitpunkt kannten? Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sagen, dass es diese zum damaligen Zeitpunkt nicht gegeben habe. Mich würde der Erkenntnisprozess interessieren, wie Sie damals, als die Bundeskanzlerin die Reise angetreten hat, Ihre Informationen zum Unternehmen Wirecard bezogen haben. Was wusste das Bundeskanzleramt zu dem Zeitpunkt über das Unternehmen? Das ist eine offene Frage. Ich weiß, dass Sie das gerade teilweise schon beantwortet haben. Vielleicht können Sie es nochmal im Zusammenhang sagen.

Zum Zweiten: Wie haben Sie sich informiert? Es gab diese Anfrage beim BMF. Ist das ein üblicher Vorgang, dass Sie bei dem Ressort, zu dem Sie einen Bezug des Unternehmens, hier dem BMF, erkennen, nachfragen, und dass Sie die Fachkompetenz zu den Unternehmen in den Fachressorts identifizieren? Was leistet das Bundeskanzleramt

selbst und wo bedient es sich dieser fachlich zuständigen Ressorts?

Dieser ganze Themenkomplex BaFin, DPR, Bilanzprüfung war etwas, was zu dem Zeitpunkt schon existierte – dass es da ein entsprechendes Verfahren, angestoßen von der BaFin gab. Da gab es keine entsprechenden Informationen durch das BMF an das Bundeskanzleramt. Hätte das Bundeskanzleramt anders verfahren, wenn es gewusst hätte, dass BaFin, DPR eine Prüfung angestoßen hätte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Zu dem Prüfprozess: Wir kriegen eine Liste der Unternehmen, die Interesse haben, auf der Reise in das Land mitzufahren. Wir prüfen das in unseren Fachabteilungen nach diesen Kriterien: inwieweit hier ein Anliegen in China besteht, was wichtig ist und inwieweit es in die Position der Bundesregierung passt. Wenn wir darüber hinaus Informationen haben – was wir erwarten würden, dass wir das bekommen, ohne direkt nachzufragen –, dass dieses Unternehmen kriminelle Aktivitäten entwickelt – das war hier möglicherweise der Fall, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit –, dann würden wir das natürlich nicht machen. Wenn wir diese Information aber nicht vorliegen haben, dann machen wir von diesen Unternehmen nicht nochmal eine Untersuchung, inwieweit sie kriminelle Aktivitäten verfolgen. Das tun wir nicht, sondern wir schauen nach, inwieweit es in die Politik der Bundesregierung passt. Das ist der normale Prozess. Ich glaube, dass das auch in vielen anderen Ländern so üblich ist. Wenn wir bewusst weitere Informationen gehabt hätten, und wenn uns aus den Fachressorts, aus dem BMWi oder dem BMF gesagt worden wäre, dass uns nicht empfohlen werden würde, das Unternehmen anzusprechen, oder es ist bei der Beteiligung der Zusammenstellung der Liste, wenn solche Dinge aufkommen, dann würden wir das im Bundeskanzleramt berücksichtigen. Das lag aber nicht vor. Es waren deutsche Unternehmen, die alle wirtschaftlich sauber waren und auch Wirtschaftsprüfungen hinter sich gehabt haben. Und



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

das war jetzt auch noch ein DAX-Unternehmen. Ich will mich nicht wiederholen, aber zu sagen, wir wollen uns nicht für ein DAX-Unternehmen mit legitimen Interessen, aus damaliger Sicht, was zu 100 Prozent in die Position der Bundesregierung passt, einsetzen, auf welcher Ebene auch immer –das wird nicht so sein. Wenn wir gewusst hätten, dass weitere Prüfungen anständen, und wir in irgendeiner Form eine Warnung bekommen hätten, dann hätten wir uns das überlegt. Wie dann entschieden worden wäre, weiß ich nicht. Auf jeden Fall wären das Informationen gewesen, die wir an der Stelle gebraucht hätten, um uns anders zu entscheiden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wenn das Finanzministerium gesagt hätte, dass sie das bei Wirecard nicht empfehlen oder flankieren, dann ist das klar. Dann wäre das ein Alarmsignal gewesen. Dann hätten Sie anders agiert. Das kann ich nachvollziehen. Das ist noch nicht die Frage.

Sie haben vom BMF eine Antwort bekommen. In der BMF-Antwort war eine Zusammenstellung von öffentlich zugänglichen Unterlagen drin, aber keine Warnung. Was in dem BMF-Schreiben nicht drin stand, war das, worauf meine Frage gerade abzielte. Das war, dass die BaFin, die vom BMF beaufsichtigt wird, ein entsprechendes Verfahren hinsichtlich der Bilanzthemen bei der DPR eingeleitet hat. Wenn Sie diese Informationen gehabt hätten, hätte das irgendwas verändert? Oder hätten Sie dann gesagt, „nee, das BMF hat ja nicht gewarnt, es hat uns das zwar mitgeteilt - -“ Geht es eher um die Bewertung des Ressorts, dass es eine Warnung an Sie gibt? Oder hätte so eine Information schon gereicht, um tiefergehend nachzufragen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht. Jede Information hätte natürlich eine Nachfrage nach sich ziehen können. Sie haben Recht, wir haben diese Information vom 23. August gehabt, das sind öffentlich zugängliche Informationen, die wir bekommen haben, und insofern hatten wir da kein Grund, bösgläubig zu

sein. Wenn wir irgendwie eine Information aus irgendeinem Ressort bekommen hätten, zum Beispiel, dass das hier keine gute Sache wäre, das anzusprechen, dann hätten wir das natürlich in Betracht gezogen und wahrscheinlich dann nicht aufgeschrieben, das ist richtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mich würde jetzt nochmal das Verfahren interessieren: Ende 2018, da gab es ja eine Anfrage seitens Wirecard im Bundeskanzleramt nach einem Treffen mit Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel und der Termin wurde abgesagt. Stattdessen wurde dann ein Termin angeboten mit Ihnen, der dann mit Herrn Dr. Braun erfolgen sollte. Könnten Sie was zu den Gründen sagen, warum es nicht eine Zusage für Frau Merkel gab, sondern eine Ebene drunter oder vielleicht auch zwei?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, also ich habe die Vorlage ja auch selbst gar nicht abgezeichnet, wie Sie sehen, sondern das ist hochgegangen, wie man so sagt, ohne meine Unterschrift. Ich habe das dann nur gesehen, wie es wieder zurück kam. Und warum das dann abgesagt wurde, das weiß ich nicht. Die Empfehlung war ja, glaube ich, das aus Termingründen abzusagen, obwohl dann auch dieser Artikel in der Süddeutschen Zeitung, der von Herrn Papageorgiou, den Sie ja auch gesprochen hatten, auch erwähnt worden ist. Und ich nehme mal an, dass das alles bei dieser Absage eine Rolle gespielt hat. Natürlich werden so Dinge wie, dass man in der Süddeutschen Zeitung - - wenn das erwähnt wird in einer Vorlage, wird natürlich auch wahrgenommen, was nachher der endgültige Grund war, ob das Terminschwierigkeiten waren oder nicht, das weiß ich nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie sich erklären, warum Wirecard auf dieses Angebot, dann mit Ihnen das Gespräch zu führen, nicht eingegangen ist, sondern lieber mit der Bundeskanzlerin sprechen wollte?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war mir ehrlich gesagt egal, aber das kann ich mir nicht erklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kommt das denn häufiger vor, dass - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es kommt nicht - - Also, es sind ja viele Anfragen von DAX-CEOs oder auch anderen Unternehmen, die die Kanzlerin treffen wollen. Viele werden nicht angenommen, einige schon, und manchmal wird dann auch ein Gespräch mit mir angeboten, und sehr oft nehmen die das dann auch wahr. In dem Fall, war das nicht der Fall. Ich habe mir – ehrlich gesagt – keine großen Gedanken darüber gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie nochmal berichten, hinsichtlich dieses Gesprächs zwischen der Bundeskanzlerin und Herrn zu Gutenberg, was Ihnen dazu bekannt ist? Sie waren ja nicht dabei, aber was Sie in der Vorbereitung, in der Terminierung, in der Nachbereitung wahrgenommen haben, außer, dass da eine E-Mail kam, die Sie dann weitergeleitet haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, gar nichts, weil es gab ja keine Vorbereitung. Ich wusste auch nichts von dem Termin. Und ich habe dann die E-Mail bekommen. Unabhängig davon, von wem die E-Mail kommt, oder ob man sich auf ein Gespräch der Bundeskanzlerin bezieht, prüfen wir so etwas – auch wenn anderweitig diese E-Mail gekommen wäre – und würden das dann empfehlen, wie wir schon besprochen hatten, nach den Kriterien die wir da haben. Ich habe danach nur noch diese E-Mail zurückgeschrieben, nach der Reise, und dann keinen Kontakt mehr gehabt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie uns jetzt namentlich benennen, mit welchen Vertretern der Firma Wirecard, also aus dem Unternehmen selbst, Sie zu welchem Zeitpunkt Kontakt hatten, persönlich?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also ich hatte nur Kontakt am 9. November* in dem Gespräch, wie in der Chronologie bekannt gegeben, zu Herrn von Knoop, Herrn Ley und Herrn Fritsche. Die waren alle drei bei mir – und dann habe ich mit Herrn Braun nochmal telefoniert, am 20. Mai.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie zu diesem Gespräch, mit den gerade genannten Herren von Knoop und Ley, nochmal ausführen, wie da der Ablauf, Vorbereitungen und Inhalte waren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, Vorbereitung ist ganz normal gelaufen, dass ich gebeten habe, eine Vorbereitung zu bekommen. Daraufhin ist dann diese E-Mail vom 23. August, das war für die Vorbereitung des Gesprächs, gekommen, mit den öffentlichen Informationen. Und dann habe ich eine Vorbereitung bekommen, die sozusagen nochmal Wirecard, das Unternehmen und andere Dinge beschreibt. Dann habe ich die drei Herren empfangen, ich glaube es war nicht sehr lang, und habe das mit denen besprochen. Und inhaltlich habe ich das* - - Im Prinzip war es ein Kennenlernertermin, weil das war das erste Mal, wo ich mich mit Vertretern von Wirecard im Kanzleramt getroffen habe – und auch das letzte Mal.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da - - Ist Ihnen da irgendwas aufgefallen? War das ein ganz übliches Gespräch? Oder ist Wirecard da besonders professionell oder unprofessionell aufgetreten? Oder wie jedes andere Unternehmen auch?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ganz üblich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann hätte ich jetzt keine Fragen mehr. Hans Michelbach macht weiter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Michelbach, bitte schön.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Herr Prof. Röllner, es ist klar, entweder müssen Sie gute Informationen haben oder hellseherische Fähigkeiten, um Schaden abzuwenden für die Bundeskanzlerin, für unser Land. Besser ist natürlich, wenn man gute Informationen hat, dann ist das eben die bessere Lage. Und deswegen müssen wir – damit solche Fälle nicht zur Regel werden oder öfters vorkommen – natürlich schon fragen, wer hat da welche Verantwortung, dass hier diese schlechte Information stattgefunden hat. War es bekannt, dass das DAX-Unternehmen Wirecard nie bei der Aufnahme in die Börse geprüft wurde? Das müsste man ja – Man sagt, DAX-Konzern, hätte man ja schon Mal schauen können, wie ist dieser Konzern dahin gekommen – aus welchen Mitteln auch immer? Ist der mal geprüft worden? Ziehen wir uns mal diese Akte bei, diese Prüfungen durch die Deutsche Börse – oder wie auch immer. Natürlich sagen Sie, es ist nicht forensisch geprüft worden. Aber es sind ja doch einige wesentliche Punkte, die man zur Sorgfaltspflicht sicher wahrnehmen muss. War bewusst, dass die BaFin inzwischen schon eine Beauftragung der deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung beauftragt hatte? Das heißt, hier wurde schon ein erhöhter Vorgang geführt bei den Behörden. Und für diese Informationen sind natürlich Ministerien und Behörden zuständig. Was wurde da unterlassen? Was hätte man da besser machen können? Und die letzte Frage dazu: Sie sagen, Wirecard hatte in das Thema „Finanzdialog“ gepasst. War es Ihnen nicht bekannt, dass es sich bei dem Marktzugang in China nur um Banken und Versicherungen handelte, aber nicht bei den Kartenzahlungsdienstleistern? Weil die staatliche Aufsicht in China alle Kartenzahlungen in China überprüft und – das ist natürlich die Grundlage des totalitären Staates – das Konsumverhalten aller Bürger. Deswegen gibt es ja auch kaum Bargeld mehr. Wir haben im Finanzausschuss eine Reise gemacht, wo wir mit dem Botschafter bei Alipay waren, wo das ganz deutlich wurde, dass hier keiner ungeprüft konsumieren kann. Das heißt, Sie haben sich im Grunde genommen für

ein Unternehmen eingesetzt, das, sagen wir mal, fachlich überhaupt nicht zur Frage, zur Disposition in China stand. Vielleicht da nochmal die Information: Fühlen Sie sich im Bundeskanzleramt vom zuständigen Ministerium nicht gut informiert, unzureichend vorinformiert? Also, da muss doch irgendwie mehr Hintergrund gewesen sein. Der Botschafter wusste eigentlich alles, was dort im Finanzdialog möglich ist, und was nicht möglich ist. Also, wir sind doch sehr verwundert, Herr Professor Röllner, dass Sie nicht vom BMF, von der BaFin, von der Botschaft – Gibt es hier Versäumnisse, die Sie vielleicht uns mitteilen müssen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Na gut, also es ist ja im Endeffekt eine ähnliche Frage –, ob wir mal nachprüfen, inwieweit das Unternehmen in der Deutschen Börse, wenn ich es richtig verstanden habe, gelistet ist oder nicht? Das sind ja alles Fragen, die eigentlich der Aufsichtsrat, Ernst & Young, der Wirtschaftsprüfer, die BaFin – Das sind ja eigentlich alles Fragen, die eigentlich andere stellen müssten, bevor wir im Kanzleramt anfangen, die zu stellen. Also, ich glaube, dass die Governance-Struktur einer Bundesregierung eigentlich nicht sein kann, dass wir diese Fragen im Kanzleramt klären, sondern wir müssen uns ja darauf verlassen, dass die relevanten Stellen das prüfen und machen. Und nun kann man natürlich bösgläubig sein, und man kann bei dem einen oder anderen Unternehmen mal nachfragen. Aber im Grunde erwarten wir, dass wir von den relevanten Stellen informiert werden, und dass auch die öffentlichen Informationen nach oben gebracht werden. Und das ist ja dann auch passiert, aber sehr, sehr, sehr viel später. Und in dem Zeitpunkt, wo wir diese Entscheidung getroffen haben, das mit aufzunehmen – nicht in die Wirtschaftsdelegation der 30*, da war Wirecard ja nicht mit dabei, da haben wir ja 30* andere Unternehmen, um die wir uns da gekümmert haben, auch ich ganz persönlich, auf der Reise –, wo wir davon ausgehen, dass diese Unternehmen legitim sind, und dass sie hier die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Standards erfüllen, die wir in Deutschland haben, mit der Rechnungslegung und anderen Dingen auch. Wir haben null Informationen gehabt darüber. Ich weiß auch nicht, was die anderen Damen und Herren Ihnen hier alles sagen. Ich habe mir, wie gesagt, nicht angeguckt, ob sie das alles gewusst haben zu diesem Zeitpunkt. Ich denke mal, nein, die Antwort ist nein. Und wenn die das nicht gewusst haben – inklusive übrigens der Markt, wenn man also als Ordnungspolitiker sich das anguckt – dann ist es, glaube ich, nicht zu erwarten, dass wir im Kanzleramt da in dieser Situation diese Fragen stellen. Das ist eigentlich mein Hauptpunkt hier. Nun kann man natürlich sagen, wir müssen im Kanzleramt auch diese Fragen alle stellen. Aber eigentlich erwarte ich, dass diese Fragen woanders gestellt werden – und nicht nur gestellt werden, sondern auch beantwortet werden, und zwar hartnäckig.

Sicherlich kann man im Nachhinein sagen, dass wir damals diese Information im Bundeskanzleramt nicht gehabt haben – das war nicht gut, das gebe ich ja sofort zu. Das ist auch eine Sache, wo man nachforschen muss: Warum haben wir diese Information nicht gehabt? Aber ich glaube nicht, dass es sein muss, dass wir jetzt die ganze Verantwortung tragen. Diese Rechnungslegung, Fälschung, Bandenkriminalität, Geldwäsche und andere Dinge waren ja Vorwürfe, die auch teilweise schon von der BaFin wieder widerlegt worden sind. Dann diese Fragen der Marktmanipulation: Es waren ja, glaube ich, 36 BaFin-Untersuchungen – habe ich gelesen, ich glaube, in Ihrer Anfrage war das drin – zur Marktmanipulation oder Short-Attacks, wo dann ein Leerverkaufsverbot gemacht wurde – von einer Behörde, einer BaFin-Behörde. Wir haben nichts von dem DPR - -, von der vertieften Prüfung gewusst. Und jetzt zu sagen, „ihr hättet doch mal diese Information euch besorgen können, ohne wirklich einen Hinweis zu haben“, finde ich - - Man kann ja über Financial Times diskutieren, ob ich das gelesen habe oder nicht. Aber ich finde, das ist eigentlich der

falsche Prozess, wenn man das so in diese Richtung drehen würde. Das ist eigentlich meine Hauptantwort auf Ihre Frage, Herr Michelbach.

Wir haben uns natürlich für andere Finanzunternehmen eingesetzt. Sie haben Recht, das ist teilweise auch das, was jetzt im EU-Abkommen ist. Da geht es ja auch wieder um ganz ähnliche Themen: Banken, Versicherungen, ich hatte es ja erklärt. Aber es geht insgesamt um Eröffnung des Finanzmarktes – und das war ein Petitum. Man muss, glaube ich auch, ich will das jetzt aber nicht, weil das nicht gut wäre, nicht klein reden, dass - - Es gab ja viele andere Themen daneben auch noch, also wir haben ja viele, viele andere Themen gehabt. Und das Sich-Einsetzen für die deutsche Wirtschaft, auch für die Unternehmen, die mit dabei waren und einige wenige, die nicht dabei waren, ist ein Teil, den wir bei der Reise auch mitbetreuen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann wäre jetzt zunächst der Kollege Toncar dran.

Aber das ist ein Geschäftsordnungsantrag, oder?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, Herr Vorsitzender, weil die Fragezeit der Union jetzt um vier Minuten überzogen war. Also, ich will jetzt nicht erbsenzählerisch sein, wir machen so viele Runden wie wir wollen. Aber bei 23 Minuten Redezeit der Union pro Runde, ist es doch eigentlich nicht notwendig, dass die Redezeit der Union dann auch noch um vier Minuten überzogen wird.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das liegt aber an mir, Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Natürlich, aber es ist sein Job, Sie zu stoppen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich nehme den Hinweis gern zur Kenntnis. Aber es ist gute Regel



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

– und steht auch so in den Untersuchungsausschusskommentaren –, dass, wenn eine Frage gestellt ist, der Zeuge, das ist guter Ton, nicht unterbrochen wird. Wenn das – können wir ja in der Obleute-Runde – so ist, dass das gewünscht wird in Zukunft, wenn wir einen Zeugen unterbrechen, wenn er ausführt, dann kann ich das tun, dann kann ich die Stoppuhr so drücken. Habe ich bisher aber auch bei anderen nicht getan. Es gab auch schon nächtliche Runden, da hat Frau Kiziltepe – da habe ich sie dann auch nett angeguckt – da hat sie 30 Sekunden vor Ablauf eine Frage gestellt. Das habe ich anerkannt, und dann hat sie drei Minuten geredet. Aber wenn das so ist – nochmals: die Versammlung kriegt immer, was sie bei mir bestellt – und wir das gerne mit den Obleuten bereden zusammen, dann drücke ich auch gerne das nächste Mal auf den Gong, und sag „die Zeit ist um“ und unterbreche den Zeugen. Aber das wäre jetzt nicht mein Umgang mit Zeugen. Aber das sollten wir in einer Obleute-Runde klären. Und dann bin ich da auch gern bereit, das zu tun, was die Obleute mehrheitlich wünschen. Herr De Masi – zur Geschäftsordnung.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, nur dazu, weil Sie das jetzt so aufgeworfen haben. Also, ich erinnere mich an eine Befragung mit Herrn Schmidt, wo er dann regelmäßig anfang beim Dreißigjährigen Krieg und die Redezeit der Opposition sozusagen „runter quatschte“. Und dann wäre ich dann doch der Auffassung, dass Sie als Vorsitzender auch einschreiten dürfen. Weil natürlich – das habe ich jetzt nicht für diesen Vorgang hier dargestellt – aber weil dann natürlich sachorientiert geantwortet werden muss. Und das wäre sehr hilfreich, damit wir das dann nicht selber erledigen müssen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, ich würde sagen, das erörtern wir nochmal in einer Obleute-Runde. Aber ich nehme das gerne dann so mit. Okay, gut. Bitte schön, wir können jetzt weiter diskutieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also da muss ich dem Kollegen De Masi intensiv widersprechen, weil der Herr Schmidt nicht nur bei der Opposition die Zeit verbraucht hat, sondern auch auf Fragen der Union an Untersuchungsausschuss-Amnesie gelitten hat – jedenfalls bei den entsprechend relevanten Themen, nämlich als es um die Befassung von Herr Scholz mit der Thematik ging. Insofern war es bei uns genauso. Insofern auch mein – Ich unterstreiche das, da kann der Vorsitzende gern einschreiten, nur ich glaube, im Grunde sind wir uns hier einig, dass es erstmal irrelevant ist, auf wessen Fragen der Zeuge vernünftige Ausführungen macht, die zur Aufklärung beitragen. Und ich hatte schon den Eindruck, dass bei Professor Röllner das gerade der Fall ist. Insofern habe ich auch durchaus bei anderen Fraktionen schon mal die kleinen Tricks mitbekommen, dass man soeben in der Zeit noch die Frage zu Ende formuliert und dann darauf spekuliert, dass intensiv in der Nachzeit geantwortet wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, wer möchte nochmal. Ich würde sagen, das sollten wir in der Obleute-Runde sonst diskutieren.

Dr. h.c. (Univ. Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich glaube auch, die vier Minuten, die der Dr. Zimmermann hier moniert hat, die werden nur verlängert, wenn wir so eine Debatte aufmachen. Ich kann nur feststellen, dass Herr Professor Röllner sehr gradlinig, konsequent und korrekt die Dinge beantwortet hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann wäre jetzt aber Dr. Toncar dran, bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. Herr Professor Röllner, ich möchte nochmal ganz klar nachfragen, was denn Ihr Kenntnisstand über Unregelmäßigkeiten bei Wirecard im September 2019 war. Ich frage deshalb, weil Sie immer – wie das gesamte Kanzleramt – sagen, „wir hatten keine Kenntnisse von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten“. So, das ist ja eine Einschränkung



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

des Begriffs der Unregelmäßigkeit. Ich bitte Sie, dass Sie mal positiv darstellen, welche Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten Sie im September 2019 positiv kannten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also ich hatte das ja schon gesagt, was für Informationen wir damals hatten. Wir hatten diese E-Mail vom 23. August aus dem BMF. Und dann gab es ja Anfragen oder Fragen von Ihnen – wenn ich richtig verstanden habe, ging das Richtung Leerverkaufsverbot, Marktmanipulation – und eine Anfrage war auch über Zahlungssysteme und Marktmacht bei Zahlungssystemen, ein Thema, was Sie ja auch gut kennen. Das war uns bekannt. Und dann ist natürlich auch bekannt, dass die BaFin eine Untersuchung, das steht ja auch drin, ein Leerverkaufsverbot gemacht hat, und dann eine Anzeige in München am zehnten April gemacht hat, in München, die BaFin. Und dann gab es den Jahresabschluss des Wirtschaftsprüfers, das hatte ich ja schon erwähnt. Und das waren die Informationen, die wir hatten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber das Leerverkaufsverbot und die Anzeige waren ja gerade keine Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten bei Wirecard, sondern eher das Gegenteil. Ich möchte aber gerne einfach mal aus der Gesprächsvorbereitung für Sie zitieren, für das Gespräch am elften September 2019, mit Herr Ley und Herrn Knoop, MAT A BKAmT-6.03 Blatt 25, da darf ich draus zitieren: unter der Überschrift „Leerverkaufsverbot“

Ein signifikanter Kurssturz konnte nach Veröffentlichung eines Presseartikels der Financial Times beobachtet werden, in dem behauptet wurde, Mitarbeiter eines Tochterunternehmens der Wirecard AG in Singapur, hätten durch Buchführungsmanipulationen höhere Umsätze vorgetäuscht.

Also, in Ihrem Vermerk für den 11. September steht „Buchführungsmanipulation“. Ist Ihnen das rememberlich?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ist mir jetzt nicht rememberlich, dass das da drin stand. Aber es bezieht sich ja, glaube ich, auch auf das Leerverkaufsverbot. Können Sie das nochmal vorlesen, bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, na klar. Es ist unter der Überschrift „Leerverkaufsverbot“ und in dem Kontext wurde über den Kurssturz berichtet:

Ein signifikanter Kurssturz konnte nach Veröffentlichung eines Presseartikels der Financial Times beobachtet werden, in dem behauptet wurde, Mitarbeiter eines Tochterunternehmens der Wirecard AG in Singapur, hätten durch Buchführungsmanipulationen höhere Umsätze vorgetäuscht.

So steht es da, im Bundeskanzleramt. Ja, das haben Sie gekriegt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja gut, aber es ist in dem Zusammenhang mit Leerverkaufsverbot. Ich glaube, das war das, was mir in Erinnerung war. Und da hat ja auch die BaFin dieses Leerverkaufsverbot erlassen. Und diesen Kurssturz – das war eigentlich das, was mir bekannt war. Das war ja dann am 11. September für die Vorbereitung des Gesprächs.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, genau. Nun hat der Herr Hoppenstedt im Finanzausschuss erklärt, dass diese Gesprächsvorbereitung auch genutzt wurde, um die Bundeskanzlerin-Reise vorzubereiten. Waren Sie in China selbst mit dabei?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja? Waren Sie mit? Haben Sie die Kanzlerin begleitet? Ich war mal mit



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen in China, deswegen frage ich das, das war 2012.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Waren Sie auch dabei?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber nicht 2019, sonst hätte ich das verhindert.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja. So, dann haben Sie schon Ihre Verbesserungsvorschläge: Wir müssen Herrn Toncar in Zukunft immer mitnehmen dann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war ein Scherz, das haben wir alle verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß, ich weiß. Das war auch ein Scherz.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber waren Sie am 5. September in China bei der Kanzlerin dabei?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ja, ich bin bei*, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Haben Sie mit der Bundeskanzlerin über das Unternehmen Wirecard gesprochen zwischen dem 3. September und dem Besuch von Herrn zu Guttenberg und Ihren Gesprächen in Peking? Im Flugzeug?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Kann ich mich nicht dran erinnern, nein. Im Flugzeug, also ich will das - - Im Flugzeug hat sie dann ja die Vorbereitung, also schon vorher, aber im Flugzeug hat sie natürlich dann die Vorbereitung sowieso vorliegen. Und dann, wenn Sie dabei sind, dann wissen Sie ja, dass wir dann da auch nochmal im Flugzeug gemeinsam sitzen und man redet dann natürlich auch, logischerweise. Und dann geht man nochmal über die ganzen Themen – und da kann ich mich aber nicht dran erinnern, dass wir Wirecard angesprochen haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. Nun haben Sie ja, seitens des Bundeskanzleramts, im Vorfeld Ihres Gesprächs am 11. September, das von Herrn Fritsche eingeleitet wurde, an das BMF eine Anfrage gestellt, und um Informationen gebeten. Uns liegt eine Information, eine E-Mail-Korrespondenz – BaFin intern – vor, in der Ihre Anfrage aus dem Kanzleramt, oder die Anfrage des Kanzleramts, bei der BaFin bearbeitet wird. Da wird ausgeführt - - Ich zitiere aus MAT A BMF-4.22 Blatt 4 schreiben BaFin-Mitarbeiter untereinander:

Telefonisch habe ich Herrn Cless

der arbeitet im BMF

mitgeteilt, dass m. W. das Eilverfahren betr. Veröffentlichung von Sanktion gg W-Card wg. Verletzung Finanzberichterstattungspflichten noch nicht abgeschlossen ist.

Dem BMF wurde also mitgeteilt, dass es Sanktionen, ein Verfahren wegen Sanktionen, wegen Verletzung Finanzberichterstattungspflichten, seitens Wirecard, gibt. Ist Ihnen bekannt, ob die Information, dass die BaFin ein Verfahren gegen Wirecard wegen falscher Finanzberichterstattung führt, im Bundeskanzleramt angekommen ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die Information, die wir haben, ist die E-Mail vom 23. August.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also haben wir ein BMF, das mehr wusste, als es bei Ihnen dann angekommen ist, in dem Kontext. Das ist ja auch interessant. So, dann möchte ich nochmal fragen: Das Gespräch am 11. September sollte dem Kennenlernen dienen, haben wir gehört. Waren denn die Manipulationsvorwürfe gegen Wirecard auch Thema des Gesprächs, nachdem in Ihrer Vorbereitung ja das Leerverkaufsverbot prominent enthalten war?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ganz ehrlich, das weiß ich nicht mehr. Aber ich könnte es mir gut vorstellen, wenn es in der Vorbereitung drin stand, dass ich das auch angesprochen habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wann haben Sie Notiz genommen von dem Bericht der Financial Times am 15. Oktober, der ja sehr dezidiert und unter Nennung der beteiligten Tochtergesellschaften das Betrugsmodell mit TPA-Geschäften beschrieben hat, und der ja auch Anlass war für die KPMG-Prüfung?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Auf jeden Fall nicht vor dem Gespräch mit Herrn Fritsche, weil das danach war. Insofern muss es irgendwann danach gewesen sein. Ich gehe mal davon aus, dass ich das vielleicht im Zusammenhang, das weiß ich aber auch nicht genau, im Zusammenhang mit dem Gespräch mit Herrn Braun dann vielleicht mal davon gehört habe. Da gab es ja dann auch diese KPMG-Prüfung, die vertiefte Prüfung, die auf diesen Bericht – das habe ich jetzt erst hinterher erfahren – fußt. Und dann war ja bei dem Gespräch mit Herrn Braun – am 28. April war die Prüfung von KPMG zu Ende. Und das habe ich gewusst, wie ich dann mit Herrn Braun darüber gesprochen habe. Genau, das war ja am 20. Mai, das war ja auch in der Vorbereitung drin. Dann hatte ich auch nochmal eine E-Mail von meiner Mitarbeiterin angefordert, nachdem ich das gehört hatte, dass hier bei Wirecard, nach dem KPMG-Bericht, einiges – die Aktie ist ja auch abgestürzt danach – problematisch ist. Und dann kam die Vorbereitung am 20. Mai – und ich glaube, dass ich in dem Zusammenhang dann auch über diese Vorwürfe im Oktober erfahren habe, nach meiner besten Erinnerung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann ist die Zeit um, und dann hat Dr. Zimmermann das Wort. Bitte schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): 17 Minuten dann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch eine Minute mehr, also wir bereden das.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Prof. Röller, der Vorsitzende hatte Sie vorhin danach gefragt, wie diese Abstimmung zu dieser Chinareise von Herrn Schmidt war. Und da hatten Sie gesagt, da hätten Sie sich auch eine bessere Information oder so gewünscht. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe nicht gesagt, dass - - Ich glaube, die Frage war, wenn ich es richtig verstanden hatte, ob ich nach der Reise oder vor der Reise vom Kollegen Schmidt, mit ihm darüber gesprochen hätte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und die Frage habe ich beantwortet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, also das Interessante an der Geschichte ist – nämlich deswegen war die Frage auch so ein bisschen merkwürdig – weil, Herr Schmidt hat nicht nur vom Dreißigjährige Krieg berichtet, als er hier war, sondern auch, dass diese Chinareise gar nicht zustande gekommen ist. Deswegen konnte er Ihnen auch gar nicht von seiner Reise berichten. Das wollte ich nur erzählen, weil das groß im Internet schon diskutiert wird. Aber zur Sache: Sie hatten ja gesagt, Sie haben uns im Prinzip das geschildert, wo und wann Sie mit Wirecard befasst waren. Ich würde nochmal ganz generell fragen: Waren Sie jenseits dieser Chinareise nochmal mit Wirecard irgendwie befasst? Sind Sie da nochmal tätig geworden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, nach der Chinareise, hatte ich ja schon gesagt, habe ich die beiden Botschafter informiert – einen per E-Mail und den anderen habe ich empfangen. Ich glaube, ich hatte auch das Datum gesagt, das war der 30. Oktober, also etwas später. Und dann



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ich, wie gesagt, am 11. September die Wirecard-Delegation im Bundeskanzleramt empfangen. Und dann ist meine Erinnerung, dass ich dann mit Herrn Braun bis dahin auch nichts mehr hatte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Das ist das, was Ihnen erinnerlich ist, was Sie in Sachen Wirecard - - Das ist ja, das ist nur damit es nochmal klar ist. Hatten Sie sonst mit Herrn Fritsche - - Wie oft telefonieren Sie so mit Herrn Fritsche?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Gar nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mit ihm noch telefoniert habe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Kennen Sie Herrn, mein Chinesisch ist nicht so gut, Leo Zhao?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sagt Ihnen die Firma MinTech etwas? Da ist der Herr Leo Zhao nämlich der Präsident davon.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ja. Nein, sagt mir jetzt nichts, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, weil Sie nämlich mit Herrn Fritsche offenbar über diese Firma gesprochen haben und am 13. Januar Herrn Fritsche

Lieber Herr Fritsche,
wie besprochen.
Beste Grüße
Hendrik Röller

eine Mail, die ist auf Englisch, von Leo Z., der sich offenbar ans Kanzleramt gewandt hat und gerne mit Herrn Braun in Kontakt gebracht wer-

den möchte oder so - - Und Sie haben am 13. Januar, 15.44 Uhr, an Herrn Fritsche das weitergeleitet, offenbar. Also, ich habe hier zumindest eine E-Mail die das suggeriert.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Welches Jahr war denn das?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): 2020.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Im Januar?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Januar, ja. Ich frage deshalb, weil Herr Fritsche – der war ja dick im Geschäft – hat am gleichen Tag, als er das von Ihnen weitergeleitet bekommen hat, an Herrn Burkhard Ley geschrieben, hat geschrieben

Lieber Herr Ley,
zunächst wünsche ich Ihnen ein
gutes neues Jahr [...]

war die Zeit

... in der Anlage sende ich Ihnen
im übrigen eine email [sic!] von
Herrn Röller aus dem Kanzleramt.
Die chinesische Firma ist auf das
Kanzleramt zugegangen, um Kon-
takt mit Wirecard aufzunehmen.

Und deswegen habe ich davor gefragt:

Herr Röller hat in einem Telefonat
mit mir erklärt, dass er nur den
Kontakt vermittelt. Weitere Inte-
ressen verfolgt die Bundesregie-
rung nicht!

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja. Moment, das muss ich mal durchlesen. Also, ich glaube nicht, dass das im Sinne der Bundesregierung war, sondern, dass ich hier einen Kontakt wohl vermittelt hatte, von einem Unternehmen, wie Sie schon gesagt haben, über Herrn Fritsche, die ja Interesse hatten, mit Wirecard in Kontakt zu treten. Das muss das wohl gewesen sein.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, so stellt sich mir der Sachverhalt auch dar. Aber das – wie soll ich sagen – das ist ja nochmal ganz interessant, weil, das ist ja dann deutlich nach der China-Reise gewesen, steht jetzt auch nicht mehr im Kontext, war schon im Jahr 2020. Und Sie konnten aber - - Sie haben ja gesagt, Sie telefonieren nicht so oft mit Herrn Fritsche. Wir haben da hier noch, da gibt es nämlich noch dann - - Zwei Tage später bedankt sich der Herr Ley bei Herrn Fritsche, dass er den Herrn mit seinen zwei Kollegen in Peking getroffen hat; also, er war anscheinend gerade da. Und dann kommt eine interessante Stelle – die ist so ein bisschen, die fand ich interessant, als wir die gelesen haben, da haben wir uns gefragt – da steht nämlich dann, was Herr Ley schreibt am 15. Januar

... Schnittstelle ...

also offenbar zu den zwei Leuten in Peking

... ist die Gattin von Herrn Dr. R.

Also ich weiß nicht ob Sie das da auch vorliegen haben. Aber es spielt keine Rolle, es ist ja nicht lang, also Herr Ley schreibt:

Lieber Herr Fritsche,

Habe den Herrn mit seinen 2 Kollegen heute in Peking getroffen, Schnittstelle ist die Gattin von Herrn Dr. R.

Deswegen entschuldigen Sie, wenn ich Sie danach frage: Aber sind Sie verheiratet – und ist Ihre Frau im Chinageschäft irgendwo mit Wirecard tätig?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, ich erinnere mich - - Ich habe mich nicht dran erinnert, aber das habe ich ja offensichtlich geschrieben, diese E-Mail an Herrn Fritsche, und habe sozusagen dieses chinesische Unternehmen, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, über Herrn Fritsche in Kontakt gebracht mit Wirecard. So,

dann habe ich aber nichts mehr gemacht danach. Und diese anderen E-Mails sind mir nicht bekannt, die Sie mir jetzt hier vorlegen, die waren ja auch nicht an mich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, vielleicht haben Sie jetzt mehr E-Mails bekommen, als wir Ihnen geben wollten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, also hier steht, die Sie jetzt vorgelesen hatten, diese weiterführenden E-Mails, die Herr Fritsche - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das waren Sie ja auch nicht cc oder so.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: - - die hatten Sie mir ja gerade vorgelesen. Und dann noch die Antwort, scheinbar von Wirecard. Die kenne ich alle nicht. Also, ich habe nur diese E-Mail offensichtlich geschrieben, an Herrn Fritsche, und habe gesagt, dass dieses chinesische Unternehmen gerne mit Wirecard in Kontakt treten wollte. Genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Das ist genau der Aktenbestand, wie wir ihn auch sehen. Aber jetzt komme ich trotzdem nochmal auf die mir etwas unangenehme Frage zurück, weil Herr Burkhard Ley an Herrn Fritsche schreibt, dass die Gattin von einem Herrn Dr. R. die Schnittstelle zu diesem Unternehmen und zu diesen Herren sei. Und es tut mir leid, dass ich Sie jetzt danach frage, aber wer könnte - - Haben Sie eine Ahnung, wer Herr Dr. R. sein könnte? Und ob seine Frau - - Ich glaube, die Frage ist klar.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß es nicht, aber es könnte Röller sein, wenn Sie sagen Dr. R., aber das weiß ich nicht. Aber ich glaube, dass ich dieses Unternehmen kennengelernt hatte in einem Zusammenhang mit meiner Frau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das letzte habe ich akustisch nicht verstanden.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Dass R., dass sich das Unternehmen an mich gewandt hat - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: - -und in welchem Zusammenhang, bin ich nicht sicher, aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, ich grätsche jetzt mal rein, weil das können wir ja auch machen, wir müssen ja nicht alle ausführen lassen. Die Frage, die ich stellen möchte - - und ich stelle sie jetzt einmal ganz konkret: Ist Ihre Frau in irgendeiner Form für Wirecard in China tätig geworden? Hier wird von Herrn Ley geschrieben, dass die Gattin von Herrn Dr. R. die Schnittstelle zu diesem chinesischen Unternehmen ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut okay. Damit gehe ich davon aus - - Also, ich will da auch nicht weiter nachhaken. Aber Sie können sich vorstellen, wenn man diese E-Mail liest, dann fragt man sich erstmal, wer könnte das sein. Okay. Also, Sie sagen, das können Sie ausschließen. Aber wie gesagt, dieser Vorgang ist für uns ja irgendwo interessant, weil es immer dann doch nochmal weiter ging. Könnte es sein - -Oder die Frage, die ich auch nochmal hätte, weil diese E-Mail, die Sie an Herrn Fritsche weitergeleitet haben, wo es um Wirecard ging, die ist unseres Wissens bisher nicht in unserem Aktenbestand gewesen. Wir haben auch von anderen Häusern und so, das ist überhaupt keine Frage - - Aber gibt es - - Könnte es sein, dass es noch mehr E-Mails in Ihrem Posteingang in Sachen Wirecard gibt, die uns nicht vorliegen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte alle, meinen gesamten Posteingang, untersucht und mir angeschaut. Und es war nichts mehr drin. Diese E-Mail war übrigens auch nicht mehr drin.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, sonst hätte ich sie auch vorgelegt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, also dann müssen wir bei der Bundesregierung nochmal, was die Veraktung von E-Mails angeht, nachfragen.

Dann muss jetzt - - Dann habe ich vielleicht eben nicht aufgepasst: Sie haben die Firma MinTech über Ihre Gattin kennengelernt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ach so, okay. Dann habe ich gepennt. Erzählen Sie doch mal ein bisschen mehr. Wie kann ich mir das vorstellen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist einfach ein Unternehmen, was an mich heran getreten ist, mit der Bitte, ob man nicht einen Kontakt zu Wirecard herstellen könnte, weil sie Interesse hätten, mit dem Unternehmen zusammenzuarbeiten. Das ist ein Unternehmen, was sozusagen mit einem DAX-Unternehmen, deutschen DAX-Unternehmen, zusammen arbeitet.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Aber das heißt, im Kontext „Wirecard“ gibt es quasi – Sie entschuldigen mich, wenn ich jetzt ein bisschen zynisch werde – also, es gibt zwei Möglichkeiten im Kanzleramt: entweder Sie gehen zu Herrn zu Guttenberg, der macht es dann bei der Kanzlerin klar, oder ich gehe zu Ihrer Frau, und sie stellt den Kontakt dann zu Ihnen her.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, es war ja nichts, was ich für Wirecard gemacht habe, sondern ich habe lediglich dieses Unternehmen in Kontakt gebracht mit Wirecard, mehr nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, also Herr zu Guttenberg kriegt 25 Prozent für jedes Geschäft,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

was Wirecard erfolgreich abschließt, haben wir jetzt gelernt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber hier ging es ja nicht um Wirecard, hier ging es ja um *(akustisch unverständlich)* Unternehmen. Insofern - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, das ist richtig. Es tut mir - - Also ich finde eigentlich, dass Familie aus solchen Sachen rausgehalten wird, aber können Sie uns mal erläutern, was Ihre Frau beruflich macht. Ich glaube, das ist jetzt doch relevant an dieser Stelle.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Meine Frau ist* Hausfrau.*

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, darüber muss ich jetzt, glaube ich, erstmal nachdenken. Können Sie – also ich habe ja noch eine Minute, die mir der Vorsitzende jetzt irgendwie noch geben muss - - Wie lernt man denn als Hausfrau dieses chinesische Unternehmen kennen, um dann den Kontakt da zu vermitteln?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also sie hat einen Bekanntenkreis. Auch als Hausfrau hat man, glaube ich, Bekanntenkreise. Aber sie ist* eine Hausfrau*; sie hat auch keine finanziellen Interessen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, aber für Herrn Ley war sie die Schnittstelle zu dem Unternehmen in Peking? Alles klar. Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das halte ich für falsch, aber okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann hat als nächstes das Wort der Kollege Fabio De Masi, für die Fraktion Die Linke, bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Herr Röller, ich will Ihre Frau da auch raus lassen, ich will nur fragen, ob Sie Kenntnis davon haben,

dass Ihre Frau auch Kontakte mit Vertretern von Wirecard gepflegt hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben keine Kenntnis davon, oder Sie können das ausschließen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann das ausschließen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Gut. Dann können Sie auch ausschließen, dass Ihre Frau für dieses Engagement finanzielle Leistungen empfangen hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Gut, dann möchte ich beginnen mit einer Akte, MAT A BK Amt-7.25 Blatt 20, dort schreibt eine Frau Franziska Melcher:

Liebe Sonja,
das Vorzimmer von AL 4 rief gerade an und sagte, dass Herr Röller gesagt habe, wir sollten nicht bei Herrn Fritsche um Konkretisierung des Gesprächswunsches „Geschäfte mit Fernost“ bitten.

Darf ich Sie fragen, warum Sie darum gebeten haben, diesen Gesprächswunsch nicht zu konkretisieren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, erstens kann ich mich nicht daran erinnern, dass ich das so gesagt habe. Ich habe die E-Mail natürlich auch gelesen und habe gesehen, dass da gesagt worden ist, dass ich kein - - das, was Sie gerade zitiert haben. Es ging ja da um die Vorbereitung für den 9. November*, also das Gespräch mit Herrn Fritsche. Und ich könnte mir vorstellen, dass ich den Anruf von Herrn Fritsche bekommen hatte, mit der Bitte, ein Gespräch zu führen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dass ich dann nicht wollte, dass man irgendwie weitere Nachfragen stellt. Das ist der einzige Grund, wie ich mir das erklären könnte.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber warum denn?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weil ich glaube, dass wir jetzt ein Gespräch führen sollten – es war, wie gesagt, ein Kennenlerngespräch – und jetzt große Nachforschungen zu stellen, im Vorfeld dieses Gespräches, könnte ich mir vorstellen, war nicht das, was ich wollte.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber man will doch eigentlich in ein solches Gespräch bestmöglichst vorbereitet gehen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, und zwar von meinen Leuten. Aber ich will ja nicht unbedingt, dass jetzt hier zu sehr nachgefragt wird, sondern, dass man sich mit dem Unternehmen offen unterhält. Insofern, das ist meine einzige Erklärung, weil ich sonst, ehrlich gesagt, kein Grund dafür sehe, warum man da nicht nachfragt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber diese E-Mail war ja am 5. September 2019, das heißt im Umfeld der Kanzlerin-Reise. Das heißt, Sie hatten ja schon offenbar irgendwie ein schlechtes Gefühl bei diesem Unternehmen, sonst stellt man eine solche Frage doch nicht.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Welche Frage habe ich denn gestellt?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Verzeihung. Sonst tätigt man eine solche Äußerung nicht.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das - - Also, ich glaube nicht, dass das mit schlechtem Gewissen was zu tun hatte. Ich kann mich auch, ehrlich gesagt, daran gar nicht mehr erinnern, dass ich das gefragt* habe. Aber ich könnte mir doch vorstellen, dass man sagt, wir wollen jetzt da mit ihm reden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, dann will ich mal weiter gehen in den Akten. Es gibt eine Unterlage, MAT A AA-3.08b Blatt 104, da erkundigt sich das BMF bei Herrn Peters, dem „Leihbeamten“ aus der Botschaft:

Lieber Herr Peters,

vielen Dank noch einmal für Ihre Rückmeldungen.

Im Nachgang haben sich die folgenden Nachfragen ergeben:

Bzgl. der Ausführung zu Wirecard: Wann ist die Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg. Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

Was sollte denn dort unterzeichnet werden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Von wem war das nochmal? Entschuldigung. Das war ein bisschen zu schnell für mich.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Von einer Frau Andra Reier aus dem Finanzministerium.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: An den?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): An Herrn Peters, Jan Ole Peters, Botschaft.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und die Frage, – können Sie es bitte nochmal vorlesen?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Die Frage, wann einerseits die Reise der Kanzlerin geplant sei, bei der es wegen Wirecard etwas zu unterzeichnen gäbe.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und was ist das?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, das frage ich Sie ja. Das weiß ich ja nicht.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Warum sie das gefragt hat, oder?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Nein, was sollte da unterzeichnet werden, wegen Wirecard?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so, wegen Wirecard.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sollte nichts unterzeichnet werden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, immer sonderbarer. Dann zitiere ich mal aus MAT A AA-3.08b Blatt 114. Da gibt es von Herrn Fuhrmann aus der Bundesbank eine E-Mail an einen Botschaftsangehörigen, da steht:

Bei dem Besuch BK Merkel im
Sept 2019, wurde bei dem Treffen
mit ...

jetzt ist geschwärzt

...das Thema der Marköffnung für
Wirecard als wichtig eingestuft.

Können Sie erstmal beantworten, mit wem das Gespräch der Bundeskanzlerin geführt wurde? Was ist denn da Ihre protokollarische Ebene?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, das ist eine Sache, die wir nicht bekannt geben, mit wem die Bundeskanzlerin das – deswegen haben wir das auch geschwärzt – in China besprochen hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, ich vermute, dass sie – diese Vermutung hat Herr Guttenberg, zumindest bekräftigt – dass mit ihrem entsprechenden protokollarischen Rang, also mächtigsten Mann Chinas, tut. Und da spricht man ja jetzt nicht jede Pommes-Bude an. Wie viele Anliegen sind denn dort angesprochen worden, in dem Gespräch, außer Wirecard?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Eigentlich berichten wir nicht aus vertraulichen Gesprächen, das wissen Sie auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Und uneigentlich?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und uneigentlich auch. Ich hatte aber - - Vielleicht kann ich Folgendes sagen: Sie haben ja, glaube ich, die Vorbereitungsunterlagen bekommen, sowohl für das Gespräch mit Xi als auch für das Gespräch mit Liu*. Ich glaube, das sind - - Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das Beides bekommen haben. Und da sehen Sie ja an der Anzahl der geschwärzten Seiten und der Länge der geschwärzten Seiten, dass noch viele andere Dinge auch angesprochen worden sind, nicht alles Wirtschaftsthemen. Ich hatte ja vorhin versucht zu sagen, dass es viele andere Themen da auch gibt, aber auch einige Wirtschaftsthemen. Sie sehen das übrigens auch von der geschwärzten Liste, die ich dann dem Botschafter geschickt hatte. Ich hatte ja dann dem Herrn von Goetze - - Da sehen Sie ja auch, das sind die Unternehmensanliegen gewesen. Das ist, glaube ich, auch ersichtlich.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Na, sagen Sie mal, wie viele waren das denn ungefähr?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weiß ich nicht, ich habe sie nicht gezählt, mehrere Seiten, glaube ich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die letzte Frage.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Dann will ich fragen: Wir haben so eine Liste, und damit auch Herrn Schmidt konfrontiert. Da zitiere ich jetzt mal, MAT A AA-3.08b Blatt 108. Da ist hier eine E-Mail-Korrespondenz, wieder mit dem Herrn Peters, von einem Herrn Steffen Habermann, und da schreibt er:

Lieber Herr Peters,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich überarbeite gerade unsere Liste mit den Unternehmenseinzelfällen.

Hat sich bei den Fällen aus der Finanzwirtschaft was Neues ergeben? ...

Das ist quasi das Monitoring des Finanzdialogs - -

... Wurden Einzelfälle hochrangig angesprochen? ...

Und dann steht hier:

Payment licence in CHN

in Bezug auf Wirecard und

Thematisierung auf DEU-CHN Finanzdialog am 18.1...

Das korrespondiert auch auf weiteren Schriftstücken, wo dann immer steht, die Chinesen haben das als politische Anweisung verstanden, das zu ermöglichen, und Botschaft flankiert. Und zu diesem Vorgang sagt Herr Schmidt, das sei gar nicht durch Herrn Scholz angesprochen worden – das war nämlich das Gespräch am 18. Januar, Herr Scholz und Liu He. Jetzt verstehe ich nicht, dass hier einerseits in den Akten immer steht, ist wichtig eingestuft, oder hochrangig politisch angesprochen bereits, aber dann sagt Herr Schmidt, Herr Scholz hat das gar nicht gemacht. Wer denn dann aus der Bundesregierung – außer Frau Merkel?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Welche?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Die Frage ist, hat Herr Scholz, nach Ihrer Kenntnis, das Thema Wirecard am 18. Januar 2019 - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das wissen Sie nicht? Aber Sie würden auch nicht zwingend der

Bewertung von Herrn Schmidt folgen, dass er es nicht getan habe?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß es nicht. Ich war am 18. Januar nicht dabei, und kann auch nicht sagen, was da angesprochen worden ist. Weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Meine Zeit ist erstmal um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. Dann jetzt Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen, bitte schön.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend Herr Professor Röller. Hier, auf der Seite.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Ich möchte es einfach nochmal technisch verstehen, weil Sie das vorher angesprochen hatten, mit den E-Mails. Weil, es war ja schon durchaus jetzt vielleicht Zufall oder vielleicht auch auffällig, dass die E-Mail von Herrn Zimmermann, die er da rausgekratzt hat, jetzt nicht unter denen war, die Sie offenbar zugeliefert haben zu dem Untersuchungsausschuss. Ist es so, dass Sie dann manuell durch Ihre E-Mails durchgehen und gucken, alle die einen Wirecard-Bezug haben, die stellen Sie zur Verfügung. Ist das so, so funktioniert das?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, wir haben ja veraktete E-Mails. Und das wird zur Verfügung gestellt, alles was veraktet ist. Und ich habe dann nochmal - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie entscheiden dann, das ist jetzt relevant und, das gehört dann dazu oder?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das, was veraktet wird, entscheidet dann die jeweilige Beamtin oder Beamten – die verakten bestimmte Dinge. Und ich habe dann auch nochmal gesucht in meinen E-Mails, obwohl ich jetzt auch nicht immer alle E-Mails behalte, ich lösche auch, durchaus auch regelmäßig. Ich habe dann nochmal gesucht nach allen E-Mails mit dem Bezug „Wirecard“. Und da war sie nicht dabei.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Könnte ja auch der Grund gewesen sein, dass vielleicht eben der Name des chinesischen Unternehmens, ich habe es gerade nicht parat, was der Kollege Zimmermann erwähnt hat - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da müsste ich nochmal gucken.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erwähnt ist aber eben vielleicht nicht Wirecard unmittelbar in dem Text, und dass es deswegen Ihnen bei der Suche durchgerutscht ist oder so. Ich will das einfach mal rekonstruieren. Ich kenne das Problem selbst, manchmal wendet jemand sich an einen und bittet, kann man nicht einen Kontakt herstellen, weil du weißt doch, du hast doch einen Kontakt zu dem Toncar oder so. Kannst du dem mal eine E-Mail vorordnen oder den Kontakt austauschen oder dergleichen. Manchmal sind wir als Abgeordnete frei, wahrscheinlich auch freier als Sie, wir haben Verhaltensregeln, aber ist es denn angemessen - - Weil, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie das jetzt quasi als private Dienstleistung gemacht haben. Dass Sie das dann mit der Signatur als Wirtschaftsberater der Kanzlerin, steht nicht so büchstäblich in Ihrer Signatur, aber das dann gemacht haben – war das angemessen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, also ich vermittele oft Unternehmen an andere Unternehmen, das kommt durchaus vor. Und in diesem Falle habe ich dieses chinesische Unternehmen an, damals Wirecard, vermittelt, oder zumindest diese E-Mail dann offensichtlich geschrieben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, also gewöhnlicher Vorgang, Teil Ihres Jobs.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ist Teil meines Jobs und passiert sehr oft.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege Papageorgiou, der ja uns hier auch zur Verfügung stand – an dem Tag, an dem wir Sie dann nicht mehr hören konnten, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit – hatte gesagt, dass er einfach gegoogelt hat, um sich auf das Unternehmen „Wirecard“, also sich einfach up to date zu bringen. Ist das ein gewöhnlicher Vorgang?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht. Also, ich glaube googeln gehört dazu. Ich google auch, und ich glaube, das gehört dazu, dass man auch mal eine Google-Recherche macht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das deswegen - - Ich versuche das jetzt, weil wir ja hier im öffentlichen Teil sind, so abstrakt wie möglich zu sagen, dass es durchaus bei Delegationsreisen der Kanzlerin, wo dann auch Wirtschaftsvertreter dabei sind, sogar auch Abfragen beim BND durchgeführt werden. Das ist ja eine ganz andere Qualität und Intensität, als jetzt mal Google anzuwerfen. Deswegen frage ich mich, wie das beides so zusammen passt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Na, weil Sie haben ja eben, glaube ich, gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass er behauptet hätte, ich weiß es nicht, ich war nicht dabei, wenn das stimmt, dass er gegoogelt hätte, für diese Anfrage von Herrn Braun und nicht für die Reise.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Insofern ist das, glaube ich, auch nochmal ein Unterschied. Also, wenn eine Gesprächsanfrage kommt und ein junger Mitarbeiter sich erstmal grundsätzlich



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

informieren will, wer ist das und wie kann ich das einordnen, dann würde ich jetzt nicht sagen, dass googeln nicht dazu gehören sollte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich, wie soll ich sagen, in der Kultur des Durchführens von Backgroundchecks, oder wie auch immer man das nennen möchte, hat sich da was, jetzt durch diese Wirecard, durch diesen Skandal, was verändert bei Ihnen im Haus?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Wir haben aber seit - - Wir haben ja jetzt auch keine Reisen mehr gehabt, also wenn Sie jetzt konkret die Reise ansprechen. Das war ja sozusagen die relevante Information über, was passiert ist mit Wirecard – und, dass dieses Dax-Unternehmen offensichtlich kriminelle Aktivitäten entwickelt hat, das war ja erst nach der Pandemie. Und seitdem haben wir auch keine Reisen mehr gemacht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin die Mappe der Kanzlerin angesprochen. Können Sie nochmal aus Ihrem Kopf rekonstruieren, was da drin gesteckt hat? Das ist nicht nur repliziert und ausgedruckt, sondern das ist sie selbst oder?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, so sieht sie ungefähr aus. Das ist eine blaue Mappe, aber das ist jetzt auch nicht sehr informativ. Ich glaube, es sind sogar zwei Mappen, wenn ich mich richtig erinnere. Die eine ist Wirtschaft oder bilaterale Gespräche, kommt auch nochmal vor, das ist aber hier nicht relevant.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Naja, wir reden vom Wirecard-relevanten Teil.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Auf jeden Fall bin ich da im falschen Film im Moment. Dann ist es wahrscheinlich eine Mappe, vielleicht sind es auch zwei Mappen, weil es zu viel ist. Und dazu ist dann - - Die Gespräche werden chronologisch und dann werden die Information reingelegt, und hinten sind Sachstände drin und

Berichte und sehr viel andere Sachen. Also, es ist eine relativ dicke Mappe für so eine Reise.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie hatten ja damals beim Besuch im Finanzausschuss vor einem halben Jahr – oder stellvertretend, wurde uns ja, glaube ich – auch informiert, dass kleine Anfragen der Opposition damals auch mit da drin gesteckt hatten. Ich habe mich immer gefragt, was ist, wenn wir diese kleinen Anfragen nicht gemacht hätten, was an Material wäre da noch groß übrig geblieben, wenn man jetzt auch die relevanten Zeitungsartikel nicht gelesen hätte? Vielleicht eine letzte Frage, wenn ich darf, mit Blick auf die Uhr, Stichwort „Mappe der Kanzlerin“: Gab es denn Wirecard bezogene Briefings für die Bundeskanzlerin seit dem 20. Juni 2020, also seit dem Wirecard kollabiert ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Davon weiß ich nichts.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da heute so korrekt alle auf die Zeit achten, ist jetzt die AfD nochmal mit sieben Minuten dran, auch wenn der Vorsitzende eröffnet hat. Und das machen wir auch, weil heute alle auf Korrektness Wert legen.

Ich würde dann gerne nochmals von Ihnen wissen: Wann genau – es klang an, ist mir aber immer noch nicht klar geworden – was ist „schwerwiegend“? Ich erinnere nochmal, dass auf MAT A BKAm-7.01, aus einer Vorlage für die Antwort auf die Frage eines Gespräches, was hier immer anklang, der Wirecard AG bei der Bundeskanzlerin vom 10. Januar 2019 geht hervor, dass dem Bundeskanzleramt damals schon Berichte bekannt waren, nach denen die Staatsanwaltschaft München ein Verfahren gegen Wirecard prüft. Vor diesem Hintergrund sei ein Gespräch



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bundeskanzlerin und des Chefs des Bundeskanzleramtes mit Dr. Markus Braun nicht ratsam. War Ihnen bekannt, wieso die Bundeskanzlerin sich für Wirecard einsetzte, wenn ein Gespräch mit dem CEO dieses Unternehmens wenige Monate vorher als nicht ratsam erschien? Irgendwann muss mal eine schwerwiegende Nummer eintreten. Wann haben Sie die Reißlinie gezogen? Als KPMG am 27. April gesagt hat, dass das alles nicht gut gelaufen sei? Oder nach dem Treffen am 22. Mai, wo dann auch Aktien von Herrn Bose verkauft worden sind? Wann wurde die Reißlinie gezogen? Wann war es für das Kanzleramt „schwerwiegend“? Damit ich das mal einordnen kann.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte versucht zu beantworten, warum wir damals zum Zeitpunkt der Reise keine schwerwiegenden Ungereimtheiten gesehen haben. Jetzt fragen Sie mich, wenn ich es richtig verstehe, nach vorne schauend, ab welchem Zeitpunkt wir das anders gesehen hätten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was ist mit der Insolvenz? Ist da dem Kanzleramt klar geworden, dass bei Wirecard etwas schiefgeht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, ich hatte im Eingangsstatement versucht zu sagen, wie ich dann das Gespräch im Mai mit Braun führte. Das war anschließend, direkt nach dem KPMG-Bericht und anderen Dingen, die dann da hochkochten. Der Aktienkurs ist dann da auch abgestürzt. Mir war in dem Gespräch schon klar, dass mehr Transparenz schön wäre und einige Vorwürfe im Raum sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Am 20. Mai bei einem Gespräch mit Herrn Braun wurde Ihnen und damit dem Kanzleramt so langsam klar, dass mehr Transparenz nötig wäre. Was hat Herr Braun gesagt, dass Ihnen klar wurde, dass mehr Transparenz nötig wäre.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sie haben nach dem ab wann gefragt. Ich hatte nach dem Gespräch mit Herrn Fritsch - -Der nächste Termin im Bundeskanzleramt war der mit Herrn Braun am 20.05. gewesen. Am 30.06. haben wir die Vorlage für die Bundeskanzlerin gemacht. Ich glaube, dass viele am 20.05., nachdem der KPMG-Bericht da und der Markt abgestürzt war, bemerkt haben, dass Vorwürfe im Raum standen, die ausgeräumt werden müssen. Deswegen habe ich bei dem Gespräch mit Herrn Braun sehr genau zugehört. Er hat das von sich gewiesen und maximale Transparenz versprochen. Das habe ich mir angehört. Das habe ich zur Kenntnis genommen. Ich habe in dem Moment aber auch gewusst, dass hier Vorwürfe im Raum sind. Danach ging es relativ schnell.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nochmal, ganz konkret ja oder nein: Am 20. Mai 2020 wurde im Bundeskanzleramt die Reißlinie gezogen. Es wurde aus „Leerverkaufsverbot“, Vorwürfen, die von der bösen Financial Times da sind, aus Vorwürfen die von anderen Berichterstattern, aber nicht der BaFin kommen - - Aber am 20. Mai war klar, dass Sie jetzt die Reißlinie ziehen würden.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es ist keine Reißlinie zu einem bestimmten Zeitpunkt gezogen worden. Es ist ein kontinuierlicher Prozess. Ich glaube, dass am 20.05. immer klarer wurde, dass hier Vorwürfe im Raume standen, die auch durch KPMG mitgeteilt worden sind, die eine Aufklärung brauchten. Insofern war der Prozess wesentlich weiter als zu dem Zeitpunkt, wo die Reise der Bundeskanzlerin stattfand. Wenn Sie von mir einen Punkt wissen wollen, an dem ich überzeugt war, dass dieses Unternehmen kriminelle Aktivitäten entwickelt hat – dann kann ich Ihnen diesen Punkt nicht nennen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich am 20.05. mit Herrn Braun gesprochen habe und mir da schon einige Gedanken gemacht habe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, wenn ich am 19.05. als Herr zu Gutenberg zu Ihnen gekommen wäre, dann hätten Sie gesagt, da empfehlen wir Wirecard nochmal in China?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das glaube ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Lag der Punkt doch vorher?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war ein kontinuierlicher Prozess.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann war der Prozess so kontinuierlich, dass man sich für das Unternehmen in China nicht mehr oder woanders eingesetzt hätte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Der Prozess war kontinuierlich. Ich weiß nicht, ab wann das gewesen ist. Auf jeden Fall weiß ich, dass -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer wüsste es denn dann im Kanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das würden wir von der Situation abhängig machen. Wir würden dann entscheiden, dass wir jetzt dieses Unternehmen nicht mehr in die Reise der Bundeskanzlerin aufnehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wer sind wir?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir machen eine Empfehlung. Das ist die Abteilung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wird die Kanzlerin eingebunden? Wie darf man sich das vorstellen? Werden die Bundeskanzlerin oder Herr Hoppenstedt eingebunden? Wer ist das wir?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir machen auf Fachebene, auf Abteilungsebene, eine Vorbereitung. Das ist diese Mappe. Die geht dann der Kanzlerin zu. In dieser Vorbereitungsmappe

ist ein Angebot für die Gesprächsvorbereitung der unterschiedlichen Gespräche und die Themen, die die Kanzlerin ansprechen könnte. Was sie nachher anspricht, ist Entscheidung der Bundeskanzlerin. In diese Vorbereitung geht viel Arbeit rein. Da würden wir uns gut überlegen, zu welchem Zeitpunkt auch immer, was wir da reinschreiben oder auch nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich glaube, dass klar geworden ist, dass man sehr vorsichtig ist, bevor man sagt, dass das Unternehmen vielleicht nicht mehr commendable oder irgendwas in der Art sei. Für mich ist wesentlich, wann so ein Punkt of no return ist. Sie sagen, dass selbst der 20. Mai noch nicht das Ende einer kontinuierlichen Entwicklung gewesen sei. Dann vielleicht die Insolvenz?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir haben am 30.06. eine Vorlage für die Kanzlerin gemacht, in der alles drin stand. Ein insolventes Unternehmen würden wir natürlich auf keinen Fall empfehlen. Ich glaube, dass das vorher auch immer unwahrscheinlicher ist, dass wir das dann machen würden. Im September 2019 hatten wir keine solchen Hinweise.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann geht es weiter, Kollege Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten geschildert, dass in die Vorbereitung der Mappe für die Kanzlerin eine Menge Arbeit reingeht. Was ist Arbeit, die im Bundeskanzleramt gemacht wird? Was ist Arbeit, die durch andere Ressorts zugeliefert wird? Können Sie schildern, wie das üblicherweise erfolgt? Konkret in diesem Fall: Warum sind Sie in der Situation auf das BMF zugegangen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die Mappe wird im Kanzleramt zusammengestellt. Das sind die Gesprächsführungsvorschläge und das, was die Bundeskanzlerin anspricht. Das sind die politisch wichtigen Themen. Dann gibt es eine Reihe



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

von Sachständen und Zulieferungen, die auf Arbeitsebene stattfinden. Die sehe ich auch nicht alle. Das ist ein Prozess auf der Ministerienebene, der läuft. Es gibt Zuarbeitungen vom AA, BMF und BMWi, welche Themen angesprochen werden könnten. Das wird im Kanzleramt über mehrere Abteilungen hinweg – weil es bei der Reise der Bundeskanzlerin nicht nur um Wirtschaft, sondern auch Außenpolitik und viele andere Dinge geht – auf der Fachebene zwischen den Referaten zusammengestellt und breit abgestimmt. Daraus entsteht die Mappe oder ein Produkt. Das bekomme ich am Ende nochmal vorgelegt. Ich lese mir alles durch. Andere Abteilungsleiter schauen sich die Mappe auch noch an. Das geht dann hoch an die Kanzlerin. Sie muss das nicht abzeichnen. Es ist für sie nur eine Information. Dann muss sie entscheiden, was sie bei dem konkreten Termin anspricht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die Einbindung der Fachressorts erfolgt, weil die Kompetenz in den jeweiligen Bereichen verortet ist? Sie können das im Kanzleramt so nicht abbilden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Wir haben in dem Referat, wo alle Reisen und Außenpolitik, also alle Handelsabkommen, Sanktionsfragen, die gesamte deutsche Außenpolitik im Wirtschaftsbereich – dafür gibt es, glaube ich, drei oder vier Mitarbeiter.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sind Sie auf die Zusammenarbeit angewiesen? So verstehe ich das.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dann stellt sich ja jetzt die Frage: Okay, man sich jetzt entschieden, dass man beim BMF abfragt, was ist mit dem Unternehmen Wirecard. Und dann gibt es zwischen eine Diskussion, zwischen BMF und BaFin, wie beantwortet man die Anfrage des Bundeskanzleramtes. Da hat der Kollege Dr. Toncar gerade etwas zitiert, was ich auch nochmal aufgreifen

möchte. Da gibt es eine E-Mail von Frau Ortkemper von der BaFin, wo auch Bezug genommen wird auf ein Gespräch zwischen BaFin und BMF über diese Frage, was liefert man dem Bundeskanzleramt zu. Dann schreibt die Frau Ortkemper von der BaFin, das ist MAT A BMF 4.22 Blatt 4, sie hätte dem Herrn Cless vom BMF telefonisch mitgeteilt,

... dass m. W. das Eilverfahren betr. Veröffentlichung von Sanktionen gg W-Card wg. Verletzung Finanzberichterstattungspflichten noch nicht abgeschlossen ist.

Dann schildert Frau Ortkemper von der BaFin, dass Herr Cless vom BMF gesagt habe, es würde ausreichen

... auf die Anfragen hinzuweisen

also gegenüber dem Bundeskanzleramt.

Ich finde, dass es ein außergewöhnlicher Vorgang ist, dass zwischen BMF und BaFin entschieden wurde, dass man dem Bundeskanzleramt die Information, dass es dieses Eilverfahren bezüglich der Veröffentlichung von Sanktionen gegen Wirecard wegen Verletzung von Finanzberichterstattungspflichten gibt, also läuft und nicht abgeschlossen ist, vorenthält. Deshalb meine konkrete Frage: Wenn Sie das gewusst hätten, was hätten Sie mit einer solchen Information gemacht? Hätte es nochmal eine Rückfrage bei der BaFin und dem BMF gegeben? Oder hätten Sie das einfach zur Kenntnis genommen und abgehakt, wenn Sie gewusst hätten, dass es so ein Verfahren wegen Finanzberichterstattungspflichten gibt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nochmal: Wir haben es nicht gewusst. Wir hatten nur die Informationen vom 23.08. Wenn wir das gewusst hätten, uns das gegeben worden wäre, dann hätten wir das mit berücksichtigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also halten Sie das schon für eine relevante Information?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich denke ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das denke ich auch. Deshalb frage ich.

Ein anderes Thema: Das Unternehmen AllScore, um das es hier ging, wo Wirecard sich in China engagieren wollte – inwieweit waren dem Bundeskanzleramt zu diesem Unternehmen irgendwelche Informationen bekannt? Ich hatte Sie eingangs so verstanden, dass Sie es der unternehmerischen Entscheidung des Unternehmens überlassen, ob das eine gute Idee ist oder nicht, und dass Sie keine weiteren Nachforschungen anstellen. Ist das richtig? Was wussten Sie zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, das ist richtig. Das ist eine unternehmerische Entscheidung im Verantwortungsbereich des Unternehmens. Wir machen keine großen Recherchen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Bezugnehmend auf das Gespräch von Ihnen mit Herrn Dr. Braun vom 20. Mai, was gerade schon angesprochen wurde: Könnten Sie schildern, was von beiden Seiten die Motivation war, dieses Gespräch zu führen? Warum wollte Herr Dr. Braun mit Ihnen sprechen? Warum wollten Sie mit Herrn Dr. Braun sprechen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nach seiner Motivation müssen Sie ihn selber fragen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Er ist nicht so gesprächig.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das kann ich leider auch nicht ändern. Natürlich war mir dann schon bekannt, deswegen hatte ich auch am 30.04. – diese E-Mail, die Ihnen vorliegt, von einer meiner Mitarbeiterinnen – angefragt, weil ich da schon große Bedenken hatte, wie das mit dem Unternehmen weitergeht. Insofern habe ich die Anfrage, die von ihm kam, sogar nochmal einen

Tag verschoben, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, mit meinen Mitarbeitern besprochen und gefragt, ob ich das machen sollte. Ich frage öfter, bevor ich mit jemandem rede. Dann wurde mir gesagt, dass man mir das empfehlen würde. Das sei wichtig; ich könne mich aus erster Hand informieren lassen, wie der Stand sei. Das ist der Grund für diese Gespräche. Dann haben wir das gemacht. Dann ist die Vorbereitung auch prägnant und spricht die Themen auch an. Ich habe mir von ihm berichten lassen, wie er das sieht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie sich in irgendeiner Weise dazu eingelassen oder haben Sie das nur zur Kenntnis genommen? Gab es auch irgendein Statement von Ihnen, so nach dem Motto „Kümmern Sie sich darum, dass das ausgeräumt wird“?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, wir haben in unserer Chronologie, glaube ich, gesagt, dass ich das zur Kenntnis genommen habe, dass er die Vorwürfe zurückgewiesen hat. Ich kann auch noch hinzufügen, dass ich natürlich auch gesagt habe, dass es hier nur einen Weg der maximalen Aufklärung und Transparenz gibt, und dass man diese Vorwürfe entsprechend ausräumen müsste. So, aber er war da dann sehr selbstbewusst – oder sehr bestimmt, das ist vielleicht das bessere Wort –, dass diese Vorwürfe alle zurückgewiesen werden könnten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank, Kollege Michelbach.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Die Glaubwürdigkeit einer Regierungschefin ist ja ein sehr hohes Gut und es ist Schaden zu reparieren, der in dieser Frage entstanden ist. Der Vertrauensmissbrauch, der letzten Endes im Ausland entstanden ist, muss repariert werden. Deshalb sind wir der Auffassung, dass man in Erfahrung bringen muss – und die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf hat –, mit wem die Bundeskanzlerin die Angelegenheit Wirecard in China verhandelt hat, und welches Ergebnis



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

das Gespräch hatte. Können Sie uns dazu nähere Informationen geben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, leider nicht. Ich will eine kleine Anmerkung machen: Sie hat nicht verhandelt, sondern das Thema angesprochen. So wie sie viele andere Themen auch angesprochen hat. Bei einigen Themen ist es auch noch viel tiefer, wo viele schwierige außenpolitische Diskussionen stattfinden. Davon gibt es eine Reihe. Sie hat es angesprochen – das habe ich auch Herrn zu Guttenberg mitgeteilt, so wie ich das hinterher oft mache, nicht immer per E-Mail, oft auch mündlich. Nur vom Inhalt her hat sie das Thema in China angesprochen.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich gehe davon aus, dass es der chinesische Staatspräsident Xi Jinping war?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe es eben schon nicht beantwortet. Insofern muss ich dabei bleiben. Aus meiner Erinnerung heraus – weil das immer so ist, der Ablauf so einer Reise ist vom Format her immer sehr ähnlich – aus der Erinnerung heraus, findet zunächst ein Gespräch mit Li statt. Das kann mehrere Stunden dauern. Das war damals außenpolitisch auch eine bewegte Zeit. Dann fand auch eine Pressekonferenz statt. Dann finden andere Dinge, wie ein Vortrag an der Universität, statt. Ich weiß nicht, ob das hier stattgefunden hat. Die Wirtschaftsdelegation hat parallel dazu ein Programm, wo sie andere Themen hat. Dann gibt es manchmal ein gemeinsames Mittagessen mit uns, also mit der Haupt- und Wirtschaftsdelegation. Dann findet oft am Nachmittag oder Abend ein Gespräch mit dem Staatspräsidenten statt. Dieses kann auch sehr lange dauern.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich denke, dass die Öffentlichkeit in einer Demokratie ein Anrecht darauf hat, dass Gespräche, die unter Staatsmännern und Regierungsvertretern geführt werden, nicht im Detail, aber namensmäßig offen werden. Ich denke, Sie

sagen sibyllinisch „das Anliegen vorgebracht oder angesprochen oder verhandelt“. Wer die Bundeskanzlerin kennt, weiß, dass sie in den Dingen immer sehr konkret ist. Ich denke, dass sie sich aufgrund der Fehlinformationen für Wirecard eingesetzt hat. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir hatten keine Fehlinformation. Wir hatten keine Informationen über Unregelmäßigkeiten. Ich kann lediglich bestätigen – wenn ich das als jemand, der oft dabei ist, sagen darf –, dass ich glaube, dass die Vertrauenswürdigkeit zwischen den allerhöchsten Repräsentanten unserer Staaten sehr wichtig ist. Wir haben in dem Fall mehrere Ausnahmen gemacht. Aus Ihrer Sicht sind das wahrscheinlich kleine Ausnahmen. Einerseits haben wir bestätigt, dass das öffentlich angesprochen worden ist. Wir machen das ansonsten nur privat an die Betroffenen. Wir hatten noch eine zweite: Herr De Masi, Sie wissen von Herrn Hoppenstedt, dass wir noch bestätigt haben, dass eine andere Sache nicht angesprochen wurde. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir uns damit keinen Gefallen tun werden. Ich verstehe Ihren Punkt, dass man fragt, mit wem man es besprochen habe. Was ist denn so schwierig daran? Ich glaube, dass man insgesamt sehr aufpassen muss. Die Vertraulichkeit ist sehr wichtig. Das ist international so auch üblich. Insofern wollen wir uns auch daran halten.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank für die Aussage. Ich kann Vieles verstehen, aber hier wurde Vertrauen beschädigt. Sie haben am 08. September 2019 an zu Guttenberg eine E-Mail geschrieben, dass Wirecard beim Besuch in China zur Sprache gekommen ist. Was heißt denn Flankierungen? Zu welchem Zeitpunkt flankierten Sie? Was kann man darunter verstehen? Bis zu welchem Zeitpunkt hat die Flankierung stattgefunden? Es hat doch eine sehr intensive Geschichte nach September 2019 gegeben.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es ist in der Tat so, dass ich es in der E-Mail so gesagt habe. Die weitere Flankierung bestand darin, dass ich beide Botschafter - - den deutschen Botschafter darum gebeten habe, sich um alle Anliegen der Wirtschaft zu kümmern. Das ist bei allen Reisen der Bundeskanzlerin mit insbesondere einer Wirtschaftsdelegation üblich. Das habe ich auch nochmal dem chinesischen Botschafter gesagt, damit er das auch nochmal gehört hat. In der Sache „Eintritt von Wirecard“, „Flankierung in China“ war es das. Das sind die beiden Dinge, die ich gemacht habe. Danach habe ich für Wirecard in China nichts mehr gemacht.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Das Anliegen muss doch aber substantiell gewesen sein? Sie haben am 11. September dem deutschen Botschafter von Goetze geschrieben, dass das Anliegen von Wirecard weiter zu verfolgen ist. Wenn ich jemandem schreibe, dass er das Anliegen nicht nur flankieren, sondern auch substantiell weiterverfolgen soll, dann muss doch auch etwas dahinterstehen. Sie müssen verstehen, dass wir wissen müssen, welcher Schaden für die Bundesrepublik Deutschland durch Flankierung, substantielle Verfolgung von Anliegen von Betrugsunternehmen entstanden ist. Das ist ein wesentlicher Punkt. Ich denke, Sie müssen sich hier klar öffnen, damit das aus der Welt geschaffen wird.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Vielen Dank für den Hinweis. Ich habe das gemacht, was ich bei vielen Reisen gemacht habe. Ich bitte die lokale Botschaft, die Themen, die die Kanzlerin angesprochen hat, weiter zu verfolgen. Ich glaube, dass das das Normalste in der Welt ist, zumindest zu dem Zeitpunkt. Danach haben wir das auch nicht mehr lange betrieben. Es gab auch Dinge, die ich nicht kannte, – diese E-Mail. Ich glaube, dass Sie den Herrn auch schon als Zeugen hier hatten. Die Botschaft hatte schon im November angefangen, aufgrund von Vorwürfen gegen Wirecard von ihrer Unterstützung zurückzugehen. Ich habe da nie wieder Druck gemacht,

und in der Hinsicht auch nicht weiter auf die Botschaft eingewirkt. Ich kannte auch diese E-Mail nicht. Ich habe das gemacht, was man immer macht. Man bittet, dass sich die Botschaft für die Interessen einsetzt. Dafür ist sie auch da.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Trotzdem sagen Sie, dass es doch mit gewissen Bedenken in der Entwicklung gelaufen ist. Trotzdem ist es erstaunlich, dass Sie am 20. Mai 2020 weiteren Kontakt mit Wirecard gepflegt haben, obwohl auch der Finanzausschuss in den Zeiträumen schon erhebliche Anfragen an das BMF, die BaFin gestellt hat. Es ist doch ungewöhnlich, dass man letzten Endes in der Frage Kontakt mit diesem Unternehmen hält. Hatten Sie nie auch den Verdacht, dass sich dieses dubiose Unternehmen nur mit der Bundeskanzlerin, mit dem Bundeskanzleramt, mit Ihnen, eine positive Bewertung einkaufen und eine positive Einschätzung in der Öffentlichkeit verschaffen will? Wenn Sie sehen, welche Lobbyisten in welcher Größenordnung bei Ihnen aufgelaufen sind, müssen bei Ihnen Alarmglocken angegangen sein.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube nicht, dass - - Erstens sind die Gespräche im Kanzleramt natürlich vertraulich. Und zweitens bin ich der Wirtschaftsberater der Bundeskanzlerin; ich muss mich dann schon auch mit den Leuten treffen können. Gerade auch wenn etwas nicht gut läuft, finde ich, muss man sich informieren. Insofern war es eine Gelegenheit, das zu tun. Ich habe ihm nicht Rückendeckung gegeben – ganz im Gegenteil. Ich habe das anderen gegenüber auch nicht gesagt. Ich glaube, dass es ganz normal ist, dass sich der Wirtschaftsberater mit so einem Unternehmen trifft, zu dem Zeitpunkt. Ich mache das auch mit vielen anderen Unternehmen. Ich will das hier nicht ausbreiten. Es gibt aber auch andere Unternehmen, gegen die Vorwürfe im Raum stehen. Das wissen Sie auch. Ich versuche, den Kontakt zu den wichtigen deutschen Unternehmen zu halten.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann habe ich nochmal das Fragerecht. Ich kann Sie da nicht von der Angel lassen. Ich habe Sie ganz bewusst reden lassen. Am 20. Mai haben Sie mit Dr. Markus Braun gesprochen. Da haben Sie gesagt, dass das ein werdender, progressiver, laufender Prozess gewesen sei, dass man erkannte, dass Wirecard nicht mehr empfehlenswert wäre. Zu welchem Zeitpunkt konnten Sie nicht sagen. Sie haben gesagt, dass es am 20. Mai wegen des KPMG-Berichtes klarer wurde. Da habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Der KPMG-Bericht hatte durchaus Vorwürfe in sich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Der erschien aber nicht am 20. Mai. Das wissen Sie auch. Wissen Sie, wann der erschien?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Der KPMG-Sonderprüfbericht erschien am 28. April.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Am 27. erschien er, richtig. Sie sagen „boshaft“, ich sage „kritische Grundhaltung“ – am 27. April erscheint also ein Sonderprüfbericht. Ich hatte den Eindruck, dass in allen Behörden und Ministerien alle die Luft anhielten und hofften, dass das schon gut gehen werde, möge der Kelch an uns vorübergehen. So war mein Eindruck bei der APAS. Da kauft man auch Aktien. So war mein Eindruck bei der BaFin. So war mein Eindruck mit jedem, mit dem man gesprochen hat, es wird schon nicht so schlimm werden. Ich verstehe Sie also richtig, dass am 27. oder 28. April oder im Laufe des Mai nicht irgendwer im Kanzleramt diesen Prüfbericht sich so kritisch angeschaut hat, dass Herr Braun mit Ihnen noch reden konnte? Und auf der anderen Seite haben Sie gesagt, dass das wieder ein weiterer Stein war, dass wir davon abgerückt sind. Wer hat im Kanzleramt diesen nicht unerheblichen Bericht zu einem DAX-Unternehmen gelesen? Sie haben eben eingeräumt, dass Sie es nachverfolgen würden, wenn die Kanzlerin ein Thema in China anspricht. Also hat sie

angesprochen. Dann erwarte ich, dass – wenn unsere Kanzlerin so etwas angesprochen hat – man den Prüfbericht früher zur Hand nimmt. Wenn seit fast einem Monat dieser Sonderprüfbericht im Raum steht – Herr Papageorgiou hat nur googelt – spricht man dann noch mit einem Herrn Markus Braun?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte die Botschaft gebeten, eine Reihe von Wirtschaftsanliegen nachzuverfolgen. Ich erwarte einen Bericht von der Botschaft, wie das läuft. Spätestens das nächste Mal, wenn man sich auf eine Reise nach China begibt, wird man da auch informiert – insofern lief dieser Prozess. Dann hatte ich am 30.04., nach diesem Bericht, den ich wahrgenommen hatte, - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was heißt „wahrgenommen“? Da ist ein Bericht oder ein Welt-Artikel oder Handelsblatt-Artikel im Pressespiegel?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte ihn nicht von Anfang bis Ende gelesen. Ich habe meine Mitarbeiter gebeten, dass sie mir zu den Vorläufen bei Wirecard eine Bewertung schreiben. Das ist zeitlich nur so möglich. Das war die E-Mail vom 30.04 – diese haben Sie auch. In dieser waren auch die Vorwürfe. Dann kam die Anfrage von Herrn Braun am 20.05., und dann war der Wunsch, dass man sich direkt informiert, da. Deswegen haben wir dann entschieden, dass - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Von Herrn Braun oder von Ihnen, vom Bundeskanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Von mir war der Wunsch da, dass ich mich auch mal mit Herrn Braun informiere, was aus deren Sicht der Stand ist. Das hatte ich gesagt. Ich kann nicht sagen, warum er aus seiner Sicht mit mir reden wollte. Da müssen Sie ihn selber fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn er dann spricht.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass ich mich über den Stand informiere. Insofern war das eine Gelegenheit, ein Gespräch zu führen. Das war der Grund. Damit habe ich nicht gesagt, dass ich das gut oder schlecht finde. Ich wollte mich nur informieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie dem KPMG-Bericht nicht geglaubt? Oder durfte nicht sein, was nicht sein kann?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also – wann hat denn die BaFin Strafanzeige gestellt?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das muss man auch noch gesondert betrachten: BaFin und Finanzministerium – es hat keiner Schuld.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin nicht die BaFin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist richtig. Sie sind das Kanzleramt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die BaFin hat im Juni Strafanzeige gestellt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das exkulpiert Sie dann, wenn Sie sagen, KPMG - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich sage nur, dass Sie sagen, ich müsste den Mann nicht mehr empfangen. Damals war es noch ein DAX-Unternehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass Sie damals trotzdem noch mit ihm gesprochen haben. Ich sage nicht „Böswilligkeit“. Ich möchte bei allen Geschäftsbereichen, unseren Ministerien und im Kanzleramt eine „kritische Grundhaltung“.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe mit ihm gesprochen, um mich aus erster Hand zu informieren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie ihn auf den KPMG-Bericht angesprochen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war mit Sicherheit auch Thema.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das hoffe ich doch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das steht ja in der Vorbereitung drin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Meine erste Frage an Herrn Braun wäre gewesen, auch wenn ich nicht im Kanzleramt wäre: „Stinkt, denn das, was im KPMG-Bericht drin steht“?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Oder ist das „böswillig“?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das habe ich ja gesagt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was hat Herr Braun denn so gesagt? Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass ich Ihnen das schon beantwortet habe. Er hat die Vorwürfe zurückgewiesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Inwiefern? Hat er gesagt, „Das stimmt alles nicht; erstunken und erlogen“? Oder hat er auf einzelne Sachverhalte verwiesen? Da waren mehrere Sachen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, er hat argumentiert, warum diese Vorwürfe nicht zutreffen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was hat er gesagt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Daran kann ich mich nicht mehr so genau erinnern.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich noch erinnern, ob das für Sie plausibel klang?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ob das für mich plausibel klang?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie hatten gesagt, dass Sie die andere Seite hören wollten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Man hat seine Skepsis, wenn man das hört.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben Sie danach nochmal einen Bericht erstellt oder Kontakt zur Kanzlerin gesucht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das habe ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wem haben Sie dieses Gespräch noch mitgeteilt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass jemand von meinen Mitarbeitern dabei war. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Danach ist die Strafanzeige gekommen, die Insolvenz. Dann haben wir die Vorlage an die Kanzlerin gemacht. Damit haben wir sie das erste Mal befasst.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe keine weiteren Fragen. Meine Zeit ist um. Frau Kiziltepe für die SPD.

Cansel Kiziltepe (SPD): Weil das öffentliche Interesse groß ist, die Frage: Haben Sie oder besitzen Sie Wirecard-Aktien?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Ich hatte sie nicht und werde sie auch nicht besitzen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Jetzt nicht mehr.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Vielleicht war es ein Fehler, aber ich habe sie nicht besessen. Ich besitze grundsätzlich keine individuellen Aktien.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Guttenberg hat in der letzten Zeugenbefragung erzählt, dass das Gespräch mit der Kanzlerin spontan gewesen sei, die Inhalte nicht festgelegt waren und auch das Thema „Wirecard“ spontan aufkam. Würden Sie das auch so bestätigen können?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich war nicht dabei.

Cansel Kiziltepe (SPD): Als Chefberater machen Sie mit der Bundeskanzlerin auch keine Vorbesprechungen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, an sich – auch nicht zu allen Terminen. Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie hatten auch einige Zeit später einen Gesprächstermin mit Herrn Fritsche und Herrn Ley. Wie war hier der Gesprächsverlauf? Konnte man erkennen, dass das Ziel war, Wirecard in Bezug auf die Chinareise der Bundeskanzlerin auf die Agenda zu setzen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das Gespräch mit Herrn Ley, Herrn Fritsche und Herrn von Knoop war nach der Chinareise. Die Chinareise war da schon vorbei. Die Anfrage war vor der Chinareise; das Gespräch war nach der Chinareise.

Cansel Kiziltepe (SPD): Man kann in dem Gespräch aber auch sagen, dass es gut gewesen war, dass Guttenberg vor der Chinareise nochmal mit der Kanzlerin gesprochen hat.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die Tatsache, dass wir empfohlen haben, dass die Kanzlerin das in China anspricht – was sie ja dann getan hat – hat nichts damit zu tun, dass diese E-Mail von Herrn Guttenberg kam. Es hätte auch anders an uns herangetragen werden können. Die Gründe, weshalb wir es aufgenommen haben, hatte ich mehrfach geschildert.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Es fallen immer wieder dieselben Namen: Herr Fritsche, Herr Guttenberg und viele andere. Können Sie auflisten, wer sich beim Bundeskanzleramt für Wirecard engagiert hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß, dass die Namen, die Sie genannt haben, bei mir waren. Mit Herrn Braun hatte ich, wie gerade besprochen, das Telefonat geführt. Dann gab es das Gespräch von Herrn Guttenberg mit der Bundeskanzlerin. Das haben Sie zitiert. Ansonsten ist mir nichts mit Wirecard im Bundeskanzleramt bekannt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sind Sie für ein Lobbyregister? Das diskutieren wir in der Bundesregierung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin Beamter. Das ist eine politische Entscheidung. Das wird gerade diskutiert. Da sind Sie wahrscheinlich sehr viel tiefer drin als ich. Soweit ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir noch eine Diskussion in der Bundesregierung. Ich glaube, die Grundsatzentscheidung, dass wir uns dem Lobbyregister anschließen, ist nicht meine Zuständigkeit im Bundeskanzleramt. Es ist Aufgeschlossenheit da.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich weiß, dass Sie nicht zuständig sind. Sind Sie der Meinung, dass es die Sensibilität erhöht? Mein Kollege Zimmermann hat gefragt, ob Ihre Frau Schnittstelle zwischen MinTech und Wirecard sein könnte. Diese E-Mail lag uns nicht vor, obwohl wir das Bundeskanzleramt um die Dokumente gebeten haben. Das wurde nicht eingereicht. Meinen Sie nicht, dass das die Sensibilität auch in der Politik erhöhen würde?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass Transparenz im politischen Prozess wichtig ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sind Wirtschaftsprofessor, wirtschaftspolitischer Berater der Bundeskanzlerin, Chefunterhändler in vielen Fragen und offensichtlich auch Kontaktvermittler für ausländische Unternehmen. Passiert es häufiger, dass Sie um Kontaktvermittlung gebeten werden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da ist die Frage, was unter Kontaktvermittlung zu verstehen ist. Ich bemühe mich, für deutsche Unternehmen Kontakte herzustellen. Das ist richtig.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie hätten auch, wenn sich ein ausländisches MinTech Unternehmen durch eine Bekanntschaft mit Ihrer* sich an Sie wendet, diesem Unternehmen die Adresse von Wirecard geben können. Sie haben den Umweg genommen über den Kontakt Fritsche an Wirecard zu gehen. Das war doch so?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja. Die E-Mail ist mir gerade vorgelegt worden. Herr Fritsche war jemand, der am 11. bei mir war. Insofern war das der pragmatischste Weg.

Cansel Kiziltepe (SPD): Es wäre schneller gewesen, dem Herrn von dem MinTech Unternehmen die Kontaktdaten, Mailadresse oder Telefonnummer zu schreiben. Dann wäre gut. Sie haben aber daraufhin auch noch Herrn Fritsche kontaktiert und offensichtlich Gesprächsbedarf gehabt. Was haben Sie ihm da erzählt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ich hatte keinen Gesprächsbedarf. Ich hatte das schon nicht mehr in Erinnerung. Ich habe ihm nur gesagt, „da gibt es ein Unternehmen“ und „ich schicke Ihnen dann eine E-Mail“. So muss es gewesen sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Interessant ist auch, dass alles am 13. Januar letzten Jahres passiert ist. Wir haben nach einigen Zeugenbefragungen gehört, dass die deutsche Botschaft ihre Haltung zu diesem Unternehmen auch recht spät geändert hat. Immerhin nach der Berichterstattung durch die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Financial Times im Oktober 2019 und schlussendlich im November 2019 hat sie den Kontakt zu diesem Unternehmen abgebrochen. Sie stehen als Bundesvertreter des Bundeskanzleramtes zwei Monate später immer noch in Kontakt und vermitteln Geschäftspartner. War der Austausch zwischen der Deutschen Botschaft und dem Bundeskanzleramt nicht gegeben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte schon gesagt, dass mir diese E-Mail von der Botschaft –14.11. und 22.11. von Herrn Peters – nicht bekannt war.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sind wirtschaftspolitischer Berater und es fällt eindeutig unter diese Zuständigkeit, oder?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Meinen Sie die E-Mail der Botschaft?

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Information.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, die habe ich aber nicht bekommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Anzeichen waren aber schon sehr stark. Die DPR hatte ein Verfahren eröffnet, Wirecard Singapur hat kein Testat bekommen, der KPMG-Bericht wurde in Auftrag gegeben. Das sind sehr starke Hinweise. Es ist sehr schwierig nachvollziehbar, dass das Bundeskanzleramt trotz dieser Tatbestände noch immer den Kontakt in dieser Art und Weise aufrechterhält.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Diese E-Mails lagen mir nicht vor. Was ich offensichtlich gemacht habe, ist eine Vermittlung eines Unternehmens oder ein In-Kontakt-Bringen eines chinesischen Unternehmens mit Wirecard über Herrn Fritsche. Ich habe mich nicht für Wirecard eingesetzt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Würden Sie heute vorsichtiger sein, wenn solche Anfragen durch Ex-Kollegen an Sie gerichtet werden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die Vermittlung von Kontakten als Wirtschaftsberater ist etwas ganz Normales.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein, ich meine, wenn Kollegen, Ex-Kollegen wie Herr Fritsche oder andere Politikerinnen und Politiker an Sie herantreten und bestimmte andere Anliegen haben.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Grundsätzlich kommen sehr viele Anliegen an mich heran, ob es Ex-Kollegen sind oder nicht. An sich behandeln wir alle gleich. Ich bin bei allen gleich vorsichtig und lasse das fachlich prüfen. Insofern sehe ich keinen Unterschied.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie haben in einer der vorhergehenden Fragerunden gefragt, was Sie da hätten machen können. Sie haben sich auf die Prüfer und Testate verlassen. Die Märkte verlassen sich auf ein Testat. Die deutsche Börse verlässt sich auf ein Testat. Wir hatten auch die EY-Prüfer hier. Viele Dokumente und Analysen zeigen, dass hier noch Vieles im Dunkeln liegt. Welche Schlussfolgerungen würden Sie aus diesem Skandal ziehen? Sie haben das bestimmt auch im Bundeskanzleramt für die Bundeskanzlerin aufgearbeitet. Was würden Sie als Chefberater der Bundeskanzlerin raten? Was muss sich am Wirtschaftsstandort Deutschland ändern? Sind Sie auch mit dem Kollegen Altmaier im Austausch?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: In der Tat sind wir natürlich in der Bundesregierung im engen Austausch – auch zwischen der Kanzleramts-ebene und BMF und auch BMWi. Wir haben diesen Aktionsplan auf den Weg gebracht und dann das FIS-Gesetz durch das Kabinett bekommen. Da sind einige Überlegungen in diesem Gesetz, die aus meiner Sicht sehr sinnvoll sind. Das hat mit der Wirtschaftsprüfung zu tun, also mit dem Rotationsverfahren, alle zehn Jahre. Das hat zu tun



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der Trennung von Beratung und Testieren, Wirtschaftsrechnungslegung. Es ist auch die Frage, wie die Beziehung zwischen BaFin und DPR in Zukunft anders dargestellt wird. Das ist auch ein Punkt, der dem Finanzminister sehr wichtig ist. Es ist eine Reihe von Punkten. Wir haben uns im Kanzleramt dafür eingesetzt, dass wir diesen Plan auf den Weg bekommen. In eine bestimmte Richtung haben wir noch Punkte eingebracht. Das ist der richtige Weg. Das ist auch Gegenstand Ihres Untersuchungsausschusses, welche Lehren man daraus zieht. Daher sind wir auf Ihren Bericht sehr gespannt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist richtig. Eine letzte Frage, die die Aufsicht über die APAS betrifft. Hier gibt es keine Fachaufsicht. Finden Sie das richtig? Sie sind keinem Rechenschaftspflichtig. Wir durften vor den Zeiten von Wirecard keine Fragen an die APAS richten. Das wird sich in Zukunft hoffentlich ändern.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist ein wichtiger Punkt. Für die APAS ist der Bundeswirtschaftsminister zuständig. Es ist Ihre Entscheidung, wen Sie befragen wollen. Das ist ein Punkt, den es zu überlegen gäbe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre eher eine Frage für das Sachverständigengespräch, wenn man fragt, was man empfehlen würde oder wie es derjenige sieht.

Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich komme auf das Gespräch vom 11.09. zurück. Wir haben in der Unterlage „Chronologie Kanzleramt“ MAT A BKAmT-7.25 Blatt 16 Ausführungen, das Treffen habe in erster Linie dem gegenseitigen Kennenlernen gedient habe und über allgemeine Informationen über Geschäftsaktivitäten in Fernost. Ich hatte Sie vorhin gefragt, ob die Manipulationsvorwürfe Thema haben. Daran hatten Sie

keine Erinnerung mehr. Haben Sie über das Kennenlernen und Fernost noch weitere Erinnerungen an konkrete oder positive Gesprächsinhalte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dann würde ich Ihnen gerne aus einer E-Mail vorlesen: MAT A BKAmT-7.27 Blatt 332. Da handelt es sich um die Korrespondenz innerhalb des Bundeskanzleramtes von Frau Gut an verschiedene Kollegen und Referatsleiter. Es ging um die Vorbereitung der deutsch-indischen Regierungskonsultationen am 01.11.2019. Da schreibt Frau Gut:

... Von unserer Seite keine Ergänzungswünsche, sondern lediglich ein Hinweis: Im Treffen am 11.09. hat Wirecard gegenüber AL 4 ...

das sind Sie

angekündigt, evtl. ein Anliegen für das Gespräch der BK'in mit IND zu haben. Uns sind keine näheren Details bekannt.

Wenn Sie diese E-Mail hören: Kommt die Erinnerung vielleicht doch noch zurück.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kannte die E-Mail auch vorher. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Indien angesprochen worden ist. Ich glaube, dass es um Aktivitäten in Fernost ging. Das hatten wir in der Chronologie so gesagt. Ich kann aber auch nicht ausschließen, dass Indien angesprochen worden ist. Es war nicht so im Vordergrund des Gespräches, dass ich mich daran erinnere. Es kann angesprochen worden sein. Die Reise der Kanzlerin nach Indien war etwas später. Ich glaube, dass das im Herbst war. Sie wissen das bestimmt. Insofern kann sein, dass Wirecard das wusste. Ich kann mich überhaupt nicht daran erinnern, dass Indien angesprochen worden ist.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Wie könnte die Information, dass es diese Ankündigung gegeben habe, bei der Mitarbeiterin des Kanzleramtes, die ich gerade erwähnt habe, angekommen sein

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Scheinbar hat die Person, die dabei war, das mitgenommen. Ich habe es nicht wahrgenommen. Ich kann mich auch nicht mehr daran erinnern. Ich kann nicht behaupten, dass ich etwas gewusst habe, wenn ich es gar nicht in Erinnerung habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das ist absolut richtig. Sie sollen genau das auch sagen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wenn Sie das geschrieben hat, gehe ich davon aus, dass es in irgendeiner Form angesprochen wurde. Ich kann mich daran überhaupt nicht erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau das ist meine Erwartung, dass man Erinnerungen nicht künstlich auffrischt, sondern sie so wiedergibt, wie sie vorhanden sind. Wissen Sie, ob die Bundeskanzlerin zu einem späteren Zeitpunkt – oder das Kanzleramt insgesamt als Behörde – mit konkreteren Wünschen in Bezug auf Wirecard in Indien adressiert worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das kann ich ausschließen. Ich habe danach persönlich nie wieder davon gehört, dass der Wunsch besteht, das in Indien anzusprechen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die „Chronologie Bundeskanzleramt“, die dem Finanzausschuss im Juli übermittelt wurde – Herr Hoppenstedt und Sie waren am 31. August im Finanzausschuss – ist nicht nur Ihre Wahrnehmung, sondern der Wissensstand des Kanzleramtes. Ich finde interessant, dass am 11. August 2020 im Zuge der Vorbereitung auf diese Sitzung die Mitarbeiter des Kanzleramtes Wegerle und Scholz diese E-Mail miteinander geteilt habe, sie aber keinen Eingang in die Chronologie gefunden hat, die dem Bundestag vorgelegt wurde, sondern da nur

von „Kennenlernen“ und „Fernost“ die Rede ist. Wie kann sowas passieren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Na, Fernost --

Dr. Florian Toncar (FDP): Ach, Indien ist Fernost? Okay. Und dann haben Sie gedacht, das könne man so umschreiben? Das sind nur Dinge, die einen aufhorchen lassen, wenn man hinterher etwas so Konkretes findet.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sie hatten mich das schon mal gefragt. Ich wiederhole es nochmal: Es ist nichts zu dem Thema danach noch nachgereicht worden oder ein Interesse von Wirecard gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das habe ich verstanden. Ich fand die Chronologie etwas kürzer als der Kenntnisstand des Kanzleramtes im August war. Das ist meine Bewertung.

Wenn wir auf AllScore zurückkommen: Ist dieses Thema erstmals durch Herrn zu Guttenberg im Kanzleramt hinterlegt worden? Gab es über das konkrete Vorhaben, AllScore zu erwerben – was im BMF zum Beispiel schon länger bekannt war und im Zuge der Umsetzung Finanzdialog vorbereitet wurde – vor dem Tätigwerden von Herrn zu Guttenberg bereits Informationen an das Bundeskanzleramt, dass konkret AllScore ein Übernahme- oder Fusionsziel werden könnte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das kann ich nicht bestätigen, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist es ein übliches Vorgehen, dass bei einem DAX-Unternehmen der Zugang auf das Bundeskanzleramt im Hinblick auf Einsatz im Ausland auf die Weise erfolgt, wie es bei Herrn zu Guttenberg passiert ist, nämlich am Rande eines ganz anders gelagerten persönlichen Gespräches bei der Kanzlerin? Ist nicht bei einem DAX-Unternehmen der Standardprozess,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

dass man dort auf offiziellem Wege mit Briefkopf oder über eine Repräsentanz auf Sie zukommt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist unterschiedlich. Es gibt auch den offiziellen Weg über Brief, dass man um Unterstützung bittet. Es kann auch telefonisch sein. Ich führe eine Reihe von Telefonaten mit anderen Unternehmen, wo diese Dinge angesprochen wurden. Es ist nicht immer alles brieflich und formell.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die restlichen Fragen betreffen andere Komplexe und kommen in die nächste Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann hat ans nächstes der Kollege Fabio De Masi das Wort, für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank, Professor Röller, ich zitiere mal aus einer E-Mail von der persönlichen Assistentin von Dr. Markus Braun, Sandra Schuster, an Herrn Ley: Da steht im Betreff:

Herr Röller kann heute nicht, hat auf morgen verschoben, muss mit Mutti reden. (?)

Ich vermute, dass damit die Frau Bundeskanzlerin gemeint ist. Haben Sie sich vor der Terminverschiebung mit der Bundeskanzlerin ausgetauscht? Ich weiß nicht, wer ansonsten mit Mutti gemeint ist. Das war ein Educated Guess.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte im Vorfeld überlegt, warum das verschoben worden ist und wer das gemacht hat. Das war für mich gar nicht mehr nachvollziehbar. Ich weiß nicht, ob stimmt, was in dieser E-Mail drin steht. Nein, habe ich nicht. Der Tag davor ist der 19. Mai. Was ich an dem Tag gemacht habe, müsste ich nochmal nachprüfen, aber ich habe mit Sicherheit nicht über Wirecard gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das würde uns mit Sicherheit sehr interessieren.

Sie haben gegenüber Frau Kiziltepe dargestellt, dass auf Initiative Ihrer Frau der Kontakt zu Wirecard für ein chinesisches Unternehmen hergestellt wurde, und dass Ihnen diese E-Mail aus der Botschaft nicht bekannt gewesen sei. Die kommt ursprünglich von Herrn Fuhrmann von der Bundesbank. Es gab zum damaligen Zeitpunkt bereits die Berichterstattung auch in der Financial Times. Es gab auch den Beginn der Handlungen von KPMG. Das war Ihnen zum damaligen Zeitpunkt im Januar also auch nicht bekannt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß nicht, ob mir das damals bekannt war.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Also, in einer Sonderuntersuchung, über die in der Weltpresse berichtet wird, gegen ein DAX30-Unternehmen berichtet wird – ist das dem wirtschaftspolitischen Chefberater der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland nicht bekannt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht, ob mir das bekannt war zu dem Zeitpunkt. Ich hatte ja schon gesagt, dass ich mich an den 20. Mai, wie Herr Braun da war - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Also, für „ich weiß es nicht“ haben Sie da eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe im Kanzleramt, ich würde das gerne konkreter wissen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann mich nicht daran erinnern, ob ich das damals gewusst habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Ich will auch nochmal zurückkommen auf die E-Mail, die ich vorhin bereits zitiert habe, im Zusammenhang mit Ihrem Treffen mit Herrn Fritsche. Es wird geschrieben,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

das Vorzimmer von AL 4

also Ihr Vorzimmer

rief gerade an und sagte, dass Herr Röller gesagt habe, wir sollten nicht bei Herrn Fritsche um Konkretisierung des Gesprächswunsches „Geschäfte mit Fernost“ bitten.

Wie oft bitten Sie denn vor Gesprächen, nicht um Konkretisierung des Gesprächswunsches zu bitten?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich auch nicht, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich hatte vorhin schon gesagt, dass ich mich eigentlich ja gar nicht mehr daran erinnere -, dass ich mich nicht erinnern kann, diesen Wunsch geäußert zu haben, und habe versucht darzustellen, warum ich so einen Wunsch hätte haben können.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, das wird mir jetzt zu spekulativ. Jetzt gucken wir mal weiter. Kollege Bayaz hat es ja vorhin erwähnt, MAT A BKamt-3.01 Blatt 25, ein halbes Jahr, bevor die Bundeskanzlerin eine Delegation des World Economic-Forums trifft, an der ursprünglich wohl auch Herr Braun beteiligt gewesen sein sollte, wird beim BND abgefragt – also, da sind honorige Unternehmen dabei –, ob denn da irgendwas vorliegt? Und Sie wollen mir also erzählen, dass die Bundeskanzlerin zum mächtigsten Mann Chinas fährt, sich als ein hochrangiges Petita für Wirecard einsetzt, für eine Übernahme – und da wird nur gegoogelt im Bundeskanzleramt. Wie erklären Sie, dass vor einer Delegation des World-Economic Forums, eine solche Abfrage gemacht wird, und im anderen Fall googelt ein Herr Papa-georgiou?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also Vorsicht, also, Entschuldigung - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, Vorsicht wäre gut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, er hat gegoogelt in dieser Anfrage, das meinen Sie, dass er gegoogelt hat, eben über Weihnachten, von 18 auf 19.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Hat er ausgesagt, genau. Deswegen frage ich Sie: Sind denn weitergehende Abfragen gemacht worden, bevor sich die Bundeskanzlerin dort eingesetzt hat, in China?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das habe ich doch aber schon mehrfach erklärt, was wir gemacht haben, vor der Reise der Bundeskanzlerin in China. Ich wollte nur nochmal sagen, das World-Economic Forum haben Sie ja eben angesprochen, da war Herr Braun ja nicht dabei. Das war eine Delegation.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Er sollte ursprünglich aber dabei sein. Das geht aus den Unterlagen hervor, das kann ich Ihnen auch vorhalten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Deswegen frage ich nur. Ich finde das sehr sonderbar, weil Sie haben ja eben auch nochmal gesagt, er sei nicht wegen der Initiative von Herrn Guttenberg, wegen der E-Mail, die Kanzlerin da tätig geworden. Das wird auch durch die Aktenlage bestätigt, weil nämlich Wirecard schon vor dem deutsch-chinesischen Finanzdialog, nämlich schon im Jahr 2018 als hochrangiges Petita eingestuft wurde. Schon im Jahr 2018 ist Liu He nach Deutschland gekommen, in Vorbereitung des Finanzdialogs, hat wohl auch die Bundeskanzlerin getroffen. Allerdings hat Herr Hoppenstedt hier ausgeführt – damals im Finanzausschuss –, es hätte da diese Vereinbarung gegeben, deutsch-chinesischer Finanzdialog, Punkt 30. Und dann sei Herr Guttenberg vorbei spaziert, und dann hätte Wirecard zufällig auf diesen Punkt 30 gepasst, und dann sei man in China tätig geworden. Das passt doch



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht zusammen. Also: Entweder es hat da einen entsprechenden Vorlauf - - es wurde abgeprüft, oder es war eher eine spontane Maßnahme. Was trifft denn jetzt zu?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, es gab einen Prozess, das ist dieser Dialog, den Sie besprochen hatten, den ich besprochen hatte. Ich wollte nochmal darauf zurückkommen, „World-Economic Forum“: das war ja nicht unsere Einladungsliste, das war eine Liste, die das World-Economic-Forum zusammengestellt hat. Und das war eine relativ große Liste, und dann wurde sie, glaube ich, kleiner, weil Zusagen und Absagen da waren. Und dann ist im Endeffekt eine Liste zusammengestellt worden, nicht von uns, sondern vom World Economic Forum, die dann am 28. März – wenn ich es richtig im Kopf habe – im Bundeskanzleramt war zum Abendessen. Und da war Wirecard nicht dabei.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Schon klar, aber verstehen Sie, es wird ein halbes Jahr vorher beim BND abgefragt, bei einer Liste hochrangiger Unternehmer, waren auch deutsche Unternehmen nach meiner Kenntnis dabei, Wirecard war ja ursprünglich auch geplant. Und wenn man nach China fährt, also nicht nach Burundi oder so, sondern nach China, bei allem Respekt für Burundi, und sich beim mächtigsten Mann Chinas – vermutlich, mutmaßlich, wollen Sie ja hier nicht bestätigen – für Wirecard einsetzt, für eine Übernahme zu einem Unternehmen – ich habe das auch mal gegoogelt, ich kann das auch, nicht nur Herr Papageorgiou –, da gab es damals schon Berichte in Gerichtsurteilen, dass AllScore sozusagen etwas dubios ist. Und dann setzt man sich ein, ohne dass da irgendein Kontakt mit dem BND oder so gesucht wird, vorher?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte es ja schon beschrieben, dass wir schauen, inwieweit dieses Anliegen des Unternehmens in die Position der Bundesregierung passt. Und das hat 100-prozentig gepasst. Und deswegen war das auch sehr klar, dass man das auch - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Nein, es war sogar anders: Laut Aktenlage hat es nicht nur gepasst; der Punkt 30 wurde im Hinblick auf Wirecard gezielt verhandelt. So hat das zumindest die Botschaft auch dargestellt, „hilft Ihnen das Herr Ley“ usw.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das kann ich nicht bestätigen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das können Sie nicht bestätigen. Wollen Sie dem widersprechen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich war nicht Teil der Verhandlung. Ich widerspreche dem auch nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, Sie widersprechen dem auch nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ach, bei mir fühlt sich die Zeit immer so kurz an. Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das kenne ich. Und da wir öffentlich sind, ich wollte nur sagen, nicht das man jetzt sagt, Burundi ist in Asien. Burundi ist ein Land in Ost-Afrika. Gut, dann Dr. Bayaz, bitte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Professor Röller. Herr zu Guttenberg saß ja auch hier und sagte uns aus, dass – Frau Kiziltepe hat das ja vorhin angedeutet – Wirecard eher so spontan und ungeplant zum Thema wurde in der Unterredung mit der Bundeskanzlerin. Und danach sagte sie ihm, „sprich doch mal mit meinem Wirtschaftsberater dazu.“. Was Herr zu Guttenberg uns nicht gesagt hat, ist, dass er sich mit der Kanzlerin irgendwie einig gewesen sei. So, und jetzt schreibt aber Herr zu Guttenberg am 3. September 2019, das ist die MAT A BK Amt-6.03 Blatt 4 an Sie, und ich zitiere jetzt den für meine Frage zentralen Satz:



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir waren uns einig...

also „wir“ heißt er und die Bundeskanzlerin

..., dass ein kurzer Hinweis im Rahmen des Besuches sehr hilfreich sein könnte.

Wie erklären Sie sich diesen Umstand? Das ist doch widersprüchlich.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist aber nicht für mich, nicht meine Aufgabe, das zu erklären. Das ist auch völlig irrelevant für die Bewertung, ob wir es mitnehmen oder nicht, ob Herr zu Guttenberg schreibt, dass er sich einig war mit der Bundeskanzlerin. Das ist an sich nicht der Punkt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns in dieser politischen Aufklärung ist das schon relevant, zu rekonstruieren, wer sich wann wem gegenüber einig gewesen ist – und wem das dann auch kommuniziert wurde. Deswegen ist das, glaube ich schon, Teil der Unterredung hier.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Können Sie ja machen. Aber es ist klar: Ich kann ja als Zeuge nur das sagen, was ich weiß. Ich habe diese E-Mail bekommen, und wir haben dann geprüft, inwieweit Wirecard in die Regierungsposition passt. Das ist ein langjähriger Prozess, und wir haben es dann mit aufgenommen. So, und für mich war nicht relevant, was Herr zu Guttenberg da drum rum geschrieben hat, sondern es ging nur darum, inwieweit das ein Anliegen war, was wir der Bundeskanzlerin empfehlen können.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie würden trotzdem zum Ergebnis kommen, dass das, was er uns ausgesagt hat, hier im Ausschuss, und das, was ich in der E-Mail lese, dass das nicht zusammen passt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Was hat er nochmal im Ausschuss gesagt?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagte uns im Ausschuss, dass die Bundeskanzlerin sowas sagte, wie „das ist ein interessantes Thema, sprechen Sie mit meinem Wirtschaftsberater“.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Achso, achso, achso.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt sagt er hier „wir waren uns einig“. Ja, ich weiß, jetzt müssen Sie das ein bisschen ausbilden, aber Sie sind nun mal hier.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das können Sie doch selber zusammen tun, diese (*akustisch unverständlich*)*. Das muss ich, glaube ich, nicht kommentieren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich war nicht dabei gewesen, bei dem Gespräch. Insofern weiß ich das nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bleibt Ihnen überlassen. Manchmal ist es - - Dinge, die man offenbar rekonstruieren kann, nochmal explizit (*akustisch unverständlich*). Aber ich verstehe Sie auch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann ja nur - - ich verstehe Sie auch, aber ich kann ja nur sagen, dass ich, was heißt ich*, dass wir das fachlich geprüft haben. Und ob einer behauptet, dass die Bundeskanzlerin irgendeine Position hat oder nicht, ist nicht relevant für unsere Prüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke. Dann will ich es bei dem Thema dabei belassen. Ich möchte nochmal auf ein anderes Dokument zu sprechen kommen, das ist MAT A BKAmT-7.02 Blatt 5. Da hat Ihnen die Kollegin Silvia Bosch eine E-Mail geschrieben, am 1. Mai 2020, ich zitiere mal daraus:



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard bietet aufgrund mangelnder Transparenz immer wieder große Angriffsflächen für Spekulation, und Hedgefonds-Attacken...

Wohl, Sie sagten es vorher selbst mal, vorher zitiert, short-attack, sagten Sie. Ich gehe davon aus, weil Sie das auch wiederholt haben, das war das dominierende Narrativ, auch im Kanzleramt, dass Wirecard, diesen Short-Attacken ausgesetzt war. Das ist ja ein Narrativ. Das ist ja eine Bewertung, das ist ja kein - - Sie sind ja eigentlich Beamter, wie Sie vorhin gesagt haben, das ist ja jetzt eigentlich keine analytische, spröde Zusammenfassung von etwas, sondern das trägt ja eine Bewertung. Deswegen wollte ich Sie fragen: War das die herrschende Meinung im Bundeskanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es war meine Wahrnehmung, so hatte ich es, glaube ich, auch gesagt. Es war meine Wahrnehmung, dass – auch verbunden mit dem Leerverkaufsverbot der BaFin und den Informationen, die Sie ja teilweise auch durch die kleinen Anfragen hervorgebracht haben an dem 23. August – dass es viel um diese Marktmanipulation ging. Es gibt auch Presseberichte, wo Wirecard als Opfer dargestellt worden ist. Und dass das ein zentraler Punkt war, war glaube ich klar. Und in dieser E-Mail – die, glaube ich vom 30. April, ich weiß nicht, ob die vom 1. Mai ist, ich hatte mir 30. April aufgeschrieben, na vielleicht haben Sie es – da ging es in der Tat um Marktmanipulation.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ist vom 30. April, und am 1. Mai hatten Sie von Ihrem Blackberry „Danke“ geschrieben.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so. Ich bin ein höflicher Mensch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, vor allen Dingen, am 1. Mai schreiben Sie E-Mails, Respekt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ich finde das nett. Aber ich bin auch nicht bei den Grünen, sag ich mal.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lass ich jetzt mal so stehen, Herr Röller. Vielleicht wird ja nochmal was draus, zu einem anderen Zeitpunkt, aber das soll nicht Teil der Untersuchung sein.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war jetzt nur ein Scherz, Herr Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin auch nicht zusammen gezuckt. Weiß ich nicht, wir werden regelmäßig von der Union auch immer gestalkt, also wir kennen das ja. Ich lese die Interviews von Merz, Röttgen, Laschet, wie sie nicht alle heißen. Egal, anders Thema. Es geht alles hier von meiner Zeit ab, das ist unfair.

Ich möchte nochmal zu der E-Mail zurückkommen, 30. April. Sie haben Recht, Sie schreibt:

Sie könnten ggf. St Kukies bilateral auf das Thema ansprechen ...

Ist daraus was geworden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann nicht – und wann anders auch nicht? War Ihnen zu dem Zeitpunkt die Position oder die Bewertung der Bundesbank zu dem Thema „Leerverkaufsverbot“ bekannt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin mir nicht sicher, wie weit ich damit vertraut war. Eher verlasse ich mich auf meine Mitarbeiterin, die dann diese E-Mail geschrieben hat und andere Dinge. Insofern war mir das – ich glaube das ist in den Kleinen Anfragen auch zur Sprache gekommen – die Position der Bundesbank. Die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ich natürlich jetzt alle im Nachhinein gelesen, ist aber nicht Ihre Frage. Insofern ist es schwierig für mich, aus der Erinnerung zu sagen wieviel ich damals wirklich schon davon gewusst habe, und wieviel ich jetzt weiß. Insofern bin ich da zurückhaltend. Ich glaube eher nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn vielleicht - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Entschuldigung, die Zeit ist um. Und dann hat jetzt Dr. Michelbach für die CDU/CSU das Wort, bitte schön.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Professor Röllner, der Untersuchungsausschuss hat ja mehrere Aufträge. Heute haben wir insbesondere auch das Thema Lobbyismus. Und wir haben natürlich die Frage, welcher Lobbyismus findet in Deutschland statt, und welchen Einfluss genießt der Lobbyismus insbesondere bis an die höchste Stelle in das Bundeskanzleramt. Das ist natürlich ein Thema, das auch für die Demokratie entscheidend ist, weil ansonsten, wenn keine Transparenz stattfindet, Schaden für das gesamte System unserer Demokratie entsteht. Wir sind heute nicht so klug geworden, wie wir das sicher praktisch auch für die Öffentlichkeit benötigen, nämlich was ist in China wirklich passiert. Das ist ja die spannende Frage. Dazu habe ich einfach keine Antwort. Ich muss sagen, es handelt sich ja beim Anliegen von Wirecard im Wesentlichen um die Übernahme von der Firma AllScore. Das heißt also nichts anderes wie einen Kauf eines Unternehmens in einem totalitären Staat, was ja nicht normal ist. Ich kenne mich da ein bisschen aus – ist schon ein Unterfangen, dass man da die Bundeskanzlerin einspannt. Dieses ist für mich schon sehr fragwürdig. Haben Sie zu dieser Firma AllScore Informationen eingefordert? Ist Ihnen bekannt geworden, dass das Unternehmen AllScore in China gerichtlich belangt war, dass es völlig überschuldet war, dass es keinen Marktzugang zu den Systemen hatte? Es waren ja nur zwei Unternehmen, die Marktzugang hatten: Alipay und

eine andere Firma, die ja so direkt auch unter der Staatskontrolle standen. Hat Sie das alles gar nicht interessiert? Hat es im Bundeskanzleramt dazu keine Fragen gegeben? Vielleicht dazu nochmal Ihre Antwort.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Gut. Also ich glaube, ich hatte das jetzt auch teilweise schon beantwortet. Was ist in China passiert? Da haben wir ja nun mehrfach drüber gesprochen: Sie hat das angesprochen und der Rest ist vertraulich – ich finde das auch wichtig. So, und wir haben ja mehrere Chinabesuche gehabt. Sie hat auch mehrere Reisen gehabt, und an sich, wenn Sie da wissen wollen, was da passiert, dann ist die Information, die öffentlich ist, zugänglich. Und mehr gibt es hier auch nicht zu sagen. Das ist das, was in China passiert ist. Die Kanzlerin, das will ich nochmal sagen, ist nicht eingespannt worden, sondern der Bundeskanzlerin ist empfohlen worden, bestimmte Themen anzusprechen. Sie ist da durchaus - - Und sie entscheidet dann im Endeffekt, was sie dann ansprechen will. Und wir haben, wie gesagt - - Sie hat Wirecard und andere Dinge auch – aber Wirecard haben wir ihr gesagt – hat sie angesprochen. So, und das ist alles ganz normal, wenn ich das mal so sagen darf, dieser Vorgang. Außer das, was wir natürlich aus heutiger Sicht wissen. Und deswegen ist natürlich die Frage auch völlig berechtigt, die Sie hier stellen: Was hätte man machen können? Diese Frage ist wichtig, und die muss ja auch beantwortet werden. Aber bei uns war das alles ein ganz normaler Prozess zu diesem Zeitpunkt, mit den Informationen, die wir hatten. So ist der Ablauf von diesen Kanzlerreisen. Und ich glaube, auch schon seit sehr, sehr langer Zeit, nicht nur in dieser Legislaturperiode, obwohl ich das nicht bestätigen kann, weil ich erst seit zehn Jahren dabei bin. Aber trotzdem kann man ja diese Fragen stellen. Ich versuche nur zu sagen, dass das eigentlich alles völlig normal war, was da abgelaufen ist, aus damaliger Sicht. Deswegen war mir das auch wichtig, diese Perspektive. Was ich jetzt weiß, ist natürlich was ganz, ganz anderes, wie was wir damals gewusst haben. Wenn



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie jetzt überlegen, was Sie verändern sollten an dem Prozess, dann ist das natürlich die richtige Frage. Ich habe versucht zu sagen, dass das Kanzleramt da nicht der Adressat ist, wo man Dinge anders machen sollte, aus meiner Sicht. Aber insgesamt ist das natürlich sehr schlecht, wie ich gesagt habe, für den deutschen Standort. Insofern muss man irgendwie damit umgehen. Und die Bundesregierung hat ja, wie gesagt, einen Aktionsplan und ein Gesetz vorgelegt. Insofern hat die Kanzlerin das angesprochen, sie ist nicht eingespant gewesen.

Und zu dem Thema „AllScore“ hatte ich, glaube ich, schon geantwortet, Herr Michelbach, dass wir uns die Unternehmen nicht anschauen, jetzt auch noch im Ausland, sondern das ist eine unternehmerische Entscheidung, in der der Verantwortung des Unternehmens. Und sicherlich ist das auch aus unternehmerischer Sicht oft eine Entscheidung, die nachvollziehbar ist. Insofern setzen wir darauf, dass das hier auch der Fall war. Insofern haben wir da keine weiteren, auch keine Google-Informationen, soweit ich weiß, über AllScore eingebracht. Das ist ganz normales Tagesgeschäft, wie wir das gemacht haben.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Gut, über Normalität lässt sich natürlich streiten, Professor Röllner. Ist es normal, dass Lobbyisten ins Bundeskanzleramt fahren, für ihren Kauf eines Unternehmens sich einsetzen, auch noch in einem Staat, wo das nicht normal ist, wo es keine freie Marktwirtschaft gibt? Ist die Frage: Passiert das öfters, dass da Firmen kommen und sagen, „ich will da eine Firma kaufen, die Bundeskanzlerin muss ich dafür einsetzen“?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Also, ich weiß nicht, wie das Gespräch verlaufen ist. Ich kann nur sagen, dass es normal ist, dass wir Gäste im Bundeskanzleramt haben. Wir haben sehr viele Unternehmen im Kanzleramt, die alle ihre Anliegen haben. Wir haben auch NGOs, wir

haben auch KMUs, wir haben also eine breite Palette von Unternehmen und Anliegen, die im Kanzleramt sind. Ich nehme an, das geht Ihnen auch nicht anders, also hier im parlamentarischen Prozess. Wir haben dann eine Beamtenebene – wenn Sie mich nicht dazu zählen wollen, dann machen Sie das nicht –, die sehr gute Arbeit leistet. Und denen ist das eigentlich auch, ich sage mal, relativ egal, sondern die schauen sich das fachlich an und bewerten das. Das finde ich eigentlich sehr, sehr gut, wie das im Bundeskanzleramt läuft. Das ist sehr professionell und wird sehr unabhängig geprüft. Und da wird sich keiner irgendwie von irgendwelchen Interessen leiten lassen, wenn Sie nicht der Gesamtinteressenslage der Bundesrepublik Deutschland dienen.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Na gut, Herr Professor Röllner. Wenn ich an die Bundeskanzlerin, wenn ich an Sie herantrete, als Unternehmer, und da gewissermaßen eine Forderung stelle, dann nehme ich doch jemand dazu in Haftung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Das ist aber täglich, Entschuldigung.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Ist da ein Missbrauch passiert?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Kann ich nicht erkennen. Das ist absolutes Tagesgeschäft. Ich will, das steht mir auch gar nicht zu, aber Sie sind alle genauso beschäftigt, nehme ich an, aber die Anzahl von Unternehmensanliegen, die täglich an mich heran getragen werden, in aller Form, die sind schon groß, wenn man im Bundeskanzleramt arbeitet. Und ich finde das auch eigentlich legitim. Wir müssen nur eben die Unabhängigkeit des Beamtenapparates fördern – die ist, glaube ich gegeben, die ist gegeben, das weiß ich. Und dann wird jede Anfrage, die in irgendeiner Art und Weise gestellt wird, wird fachlich bearbeitet und korrekt beantwortet, und keiner lässt sich da einspannen. Am Ende ist es natürlich –



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn ich das noch sagen darf, ich will jetzt aber keinen professoralen Erguss hier von mir geben – am Ende ist es natürlich eine politische Entscheidung. Die Beamten entscheiden ja nicht, sondern wir bereiten das nur vor. Und das ist, glaube ich, auch eine große Stärke des deutschen Systems, dass wir diesen Beamtenapparat haben, wenn ich das mal so sagen darf, für meine Kollegen auch. Die Entscheidung trifft nachher die Politik, und das ist ja auch richtig. Nur war mir wichtig: Der Punkt, dass wir uns bemühen – und das haben wir, glaube ich, in der Vergangenheit auch immer gut hinbekommen –, dass wenn solche Anfragen kommen, dass wir uns das dann fachlich anschauen. Hier war es eben so, dass – ich habe es ja schon mehrfach gesagt – das sehr gut reingepasst hat in die Anliegen, und dass wir es deswegen aufgenommen haben, als Empfehlung an die Bundeskanzlerin.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Herr Professor Röllner, es ist gar nicht persönlich Ihrer Beamtenkarriere gedacht, sondern es geht mir darum, welchen Schutz verdient ein Mandatsträger, der eine politische Aufgabe in der Demokratie hat, und welcher Schutz kommt ihm zu, wenn gewissermaßen er für etwas eingespannt, benutzt wird, nämlich den Kauf eines Unternehmens in einem kommunistischen Staat, ohne dass die notwendige Schutzsituation vorhanden ist, in der Form, dass über dieses Anliegen doch eine genaue Prüfung stattgefunden hat. Ich meine jeder, den wir bisher gehört haben – hat keiner etwas gewusst. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist: Wie gewöhnlich und ungewöhnlich ist das, was Wirecard macht? Ist das üblich, wie Wirecard da aufgetreten ist? Oder ist das eher, sagen wir mal, schon mit besonderer Chuzpe verbunden, dass man gleich an die regierungsoberste Stelle sich durchstellen lässt – in Anführungszeichen natürlich –, um letzten Endes für sich seine Eigeninteressen wahrzunehmen? Also, wenn zu mir als Abgeordneter jemand kommt, der eine Firma kaufen will, dann bin ich da schon zumindest, ja hinterfrage ich

das, was da Sache ist, bevor ich mich dafür einsetze. Vielleicht das nochmal.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Ja, also wir setzen uns ja regelmäßig dafür ein, dass deutsche Unternehmen – was heißt regelmäßig, wir setzen uns dafür ein, dass deutsche Unternehmen im Ausland Investitionen betreiben, gerade auch in China. China ist der durchaus einer der größten Investoren. Ich sag jetzt nur mal als Beispiel die Automobilindustrie, die ist dort auch am Investieren, Joint-Ventures zu vereinbaren, und viele andere Dinge auch. Da finde ich, ist es eigentlich auch unsere Aufgabe, dass wir in diesem globalen Wettbewerb – gerade auch mit Staaten, die sehr stark ihre eigenen Interessen vertreten –, dass es auch eine Bundesregierung gibt, die sich unter anderen Themen, bei solchen Reisen auch für die Interessen der deutschen Unternehmen einsetzt. Da sind wir uns, glaube ich, aber auch einig. Und das heißt eben, dass wir uns nicht – dass – auch wenn die Investitionen stattfinden –, dass man da nicht als Staat dann immer überprüft, inwieweit diese Investitionen sinnvoll sind. Das ist die unternehmerische Entscheidung. Aber wir gehen davon aus, wenn wir, unter anderem diese Unternehmen an Bord haben, diese 30*, teilweise sehr gute deutsche Unternehmen, dass wir uns für deren Interessen im Ausland einsetzen sollten, da bin ich tiefst von überzeugt.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Ich bin nicht dagegen, dass das Bundeskanzleramt sich für deutsche Unternehmen einsetzt. Aber man kann sicher nicht von pauschaler Übernahme von Aufgaben für die deutsche Wirtschaft ausgehen, wenn man letzten Endes in einem solchen Unternehmen, wie wir Wirecard jetzt haben, dem hier bandenmäßiger Betrug quasi von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen wird – Dass dies natürlich kein Normalfall ist, und dass man deswegen eigentlich den korrekten deutschen Unternehmen eher quasi einen Schaden zufügt, wenn man eine Firma, wie es bei Wirecard passiert ist, und wie es letzten Endes in diesem Lobbyismus stattgefunden hat,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

in einen Topf wirft, und das pauschal, in irgendeiner Form sieht. Sehen Sie nicht, dass diese Unternehmensstrukturen von Wirecard stärker hätten geprüft werden müssen, von allen möglichen Stellen? Ist Ihnen irgendwie was ungewöhnlich, bei dem Vorgehen von dem Herrn Braun und von seinen anderen Leuten, aufgefallen, wie das auch hier zum Beispiel der Herr McCrum vorgetragen hat, dass er den Kontakt als völlig absonderlich, von diesen Vertretern des Unternehmens fand? Haben die Führungskräfte von Wirecard Ihnen, sagen wir mal, einen positiven Eindruck gemacht, einen professionellen Eindruck? Oder ist Ihnen da etwas, auch in der persönlichen Struktur dieser Leute, etwas aufgefallen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Na ich glaube, ich habe das teilweise auch schon beantwortet. Ich hatte ja erst Kontakt mit den Führungskräften – wenn man das so nennen will – von Wirecard nach dem Besuch der Bundeskanzlerin. Wir haben den Besuch der Bundeskanzlerin, professionell wie immer, vorbereitet. Wir hatten keine Informationen, die Bandenbetrug mit sich bringt, oder Erkenntnisse – ich habe ja schon darüber vorhin gesprochen –, dass wir im Kanzleramt nicht diejenigen sein können, die diese Erkenntnisse haben, sondern das muss woanders – bei den Wirtschaftsprüfern, bei den Resorts und in der BaFin, in anderen Bereichen – müssen diese Erkenntnisse an uns weitergegeben werden. Wir müssen uns im Kanzleramt auf diese institutionellen Voraussetzungen verlassen können. Das ist, glaube ich, die wichtige Botschaft. Wir haben die Kanzlerreise vorbereitet, wie wir sie immer vorbereiten. Und aus heutiger Sicht ist das völlig anders zu sehen. Insofern glaube ich, dass es da Konsequenzen geben muss. Das haben wir ja auch mit der Bundesregierung schon versucht. Also mehr kann ich dazu nicht sagen.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Und Sie attestieren oder sagen, es wird eine Veränderung bei solchen Fällen in der

Zukunft, sicher durch stärkere Prüfungen, geben müssen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ich sage das nicht. Wir haben das gemacht, was man für eine Reise der Bundeskanzlerin leisten kann, vorher. Das ist die Aufgabe des Bundeskanzleramtes. Und ich glaube, man muss ordnungspolitisch sich überlegen, wer, welche Rolle hat. Wir haben das geprüft. Und sicherlich ist diese Prüfung auch jedes Mal eine wichtige Aufgabe, die, das ist auch wichtig, die unabhängig von der Fachebene gemacht werden muss. Und nicht aufgrund von irgendwelchen Interventionen, die übrigens nicht nur aus der Wirtschaft kommen. Die kommen auch aus der Politik, wenn ich das so sagen darf, wo Interessen da sind, von bestimmten Unternehmen, dass sie zum Beispiel auf eine Reise mitkommen, dass wir das fachlich sauber prüfen. Das mache gar nicht ich, sondern das macht eigentlich die Ebene unter mir. Das wird abgestimmt im Bundeskanzleramt. Das ist ein Prozess, der in der Bundesregierung angefangen wird, wo untereinander am Ende auch noch Dinge aufgegriffen werden, wenn sie rein passen. Dieser Prozess ist ein wichtiger Prozess, und genau diesem, wenn Sie das so sehen, Lobbyismus mit einem negativen Ausdruck oder negativen Gefühl, der diesem Prozess, glaube ich, widerspricht, und das tun wir. Und das tun wir schon seit zehn Jahren.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, aber Sie sagen eine Reise der Bundeskanzlerin - - Ist es nicht eine Art Verniedlichung, wenn Sie sagen, es ist eine Reise der Bundeskanzlerin? Denn hier handelt es sich um den Kaufverhandlungswunsch eines deutschen Unternehmens in China, wo also eine Regierungschefin eingespannt werden sollte. Das muss man ja mal sehen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Was meinen Sie denn, was die anderen 30 Unternehmen wollen, die da noch mitfahren? Was wollen die denn? Die Kanzlerin wird nicht eingespannt,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

da passen wir schon auf im Bundeskanzleramt. Außerdem ist es ihre Entscheidung, wenn ich das mal so sagen darf. Entschuldigung, weil mir das wirklich ein wichtiger Punkt ist, und alle diese deutschen Unternehmen haben ein Interesse in China, wollen kaufen, wollen investieren, brauchen Unterstützung. Ich finde, dass es unsere Aufgabe ist, dieses zu leisten.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann hätte ich noch ein paar Fragen: Also für mich ist ja viel interessanter, weil um den heißen Brei wird ja hier gut rum geredet, auch von Ihnen, finde ich - - Sie haben jetzt eben gesagt, „man muss sich auf die Zuarbeit der anderen Ministerien und Geschäftsbereichsbehörden verlassen können“. Da habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Natürlich müssen wir uns auf Zuarbeit verlassen können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie gestehen mir auch zu, die Richtlinienkompetenz liegt im Kanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Liegt bei der Bundeskanzlerin, glaube ich, genau gesagt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dem Kanzleramt, bei der Bundeskanzlerin – Sie werden sich schon gut beraten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Wenn ich dann jetzt feststelle, Sie beschwerten sich ja gerade massiv - - „Da muss ich mich drauf verlassen können“ – ist dann die Aussage, wenn ich den Satz zu Ende führe, „da haben wir uns drauf verlassen und das war falsch, in der Vergangenheit, im Fall Wirecard“?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also es ist jetzt wieder die ex post und ex ante - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, ist es nicht. Nein, nein. Wir haben Ihnen ja jetzt genau zugehört, und Sie haben hier sehr gut ausgeführt. Sie haben eben gesagt, „wir müssen uns darauf verlassen können, was die Geschäftsbereichsbehörden“ – und das müssen wir dann noch im Einzelnen auch hier aufklären was nun die BaFin, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, dazu beigetragen haben – und es muss ja dann auch Nahtstellen geben, weil Sie wollen sich ja verlassen können. Da wird ja dann irgendwann mal hoffentlich, Herr Schmidt war es jetzt nicht bei Ihnen, vielleicht woanders, vielleicht auch nicht. Wenn ich den Kollegen Zimmermann - - Die Reise fand dann nicht statt, aber trotzdem wird es ja immer was zu bereden geben - - Es gibt Nahtstellen – und ich stelle fest, da funktioniert was nicht richtig. Ich habe die Kompetenz, die Richtlinienkompetenz, ich bin Chefin oder Dirigentin des Orchesters Regierung. Und jetzt sagen Sie hier die ganze Zeit, „ich muss mich drauf verlassen können“. Dann konnten Sie sich ja offensichtlich nicht auf diese Informationen – in den Jahren 2018, 2019, bis Mai 2020, 20. Mai, wo das Telefonat mit Herrn Braun stattfand – verlassen können.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich muss mich auf die Informationen verlassen können. Ich kann diese Informationen nicht alle selber im Kanzleramt haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Richtig.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Deswegen haben wir auch diese anderen Institutionen, die Sie sich ja auch gerade alle sehr genau anschauen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Genau. Und Sie haben ja gerade gesagt, da kam nichts.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und wir haben auch gesagt, als Bundesregierung, dass hier etwas nicht gut gelaufen ist und, dass wir deswegen zum Beispiel diesen Aktionsplan oder das Gesetz jetzt vorgelegt haben, um diese Mängel, die es gegeben hat, abzuschaffen. So habe ich das verstanden. Ich kann nur nicht mehr wissen, ich wiederhole mich, als alle diese Institutionen zusammen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Richtig, da bin ich ja bei Ihnen. Aber Sie sind im Kanzleramt natürlich dafür verantwortlich, dass dieses Orchester funktioniert.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Deswegen machen wir ja jetzt auch was. Deswegen haben wir ja jetzt diesen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da ist jetzt ein Aktionsplan. Ich sehe das bei vielen anderen, das ist ja auch immer so, das sage ich auch als Opposition selbstverständlich, ich sehe dann ja immer, dass bei anderen sehr gut angesetzt wird. Kann ich ja auch verstehen, bei den Wirtschaftsprüfern, dass man da sagt, „Leute da müsst ihr genauer hingucken, ihr müsst mehr haften“. Aber wenn ich ein System ändern will, und dass es nicht nochmal passiert, dann blickt man doch auch mal in den Spiegel – oder nicht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, die Frage ist, was ist die Rolle des Kanzleramtes?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ich habe es ja gerade gesagt. Sie haben es ja auch bestätigt. Die Richtlinienkompetenz, oder?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe versucht darzulegen, wie wir so eine Reise vorbereiten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ich habe das verstanden. Ja natürlich. So, und da sind Sie auf

das perfekte und gute Zuliefern und die kritische Würdigung anderer Ministerien angewiesen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Na klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und jetzt haben Sie eigentlich doch immer wieder hier betont und festgestellt, „das war irgendwie nicht so“. Und das hat auch nichts mit ex post und ex ante zu tun, sondern Sie sagen ja, „wir müssen hier was aufklären, was da schief lief“.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, aber deswegen haben wir doch jetzt Verbesserungsvorschläge als Bundesregierung auf den Weg gebracht. Das sagen doch alle, dass hier was nicht korrekt gelaufen ist – und deswegen gibt es ja dieses Gesetz, was wir jetzt vorschlagen. Insofern sind wir da sehr dahinter, dass wir hier Reformen und Dinge ändern. Nur die Frage ist, welche sind die Richtigen? Da haben wir ja schon eine große Diskussion in der Bundesregierung gehabt. Dazu wird vielleicht dieser Untersuchungsausschuss auch noch beitragen können, nehme ich an. So, und das ist, glaube ich, die richtige Frage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, Sie sehen in diesem fraglichen Zeitraum ganz bewusst keinen Fehler im Kanzleramt, und auch keinen Fehler in der Vorbereitung, in den fraglichen Jahren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, sehe ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann habe ich keine weiteren Fragen. Frau Kiziltepe, bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, vielen Dank. Ich habe noch zwei weitere Fragen und dann würde ich an meinen Kollegen, Herrn Zimmermann, weitergeben. Die erste Frage, die ich vorhin leider vergessen habe, ist: Hat Ihre Frau Wirecard-Aktien besessen?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, hat sie auch nicht. Meine Tochter hat auch keine.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann meine zweite Frage: War Ihnen eigentlich bewusst, dass Herr von und zu Guttenberg durch dieses spontane Gespräch eine Menge Geld verdienen wollte? Also wussten Sie, dass Herr Guttenberg für Wirecard arbeitet, einen Vertrag, deren Details er hier nicht benennen konnte, ausgehandelt hatte, der sehr, sehr umfangreich war – und die Kanzlerin sich auf ihrer Chinareise für Wirecard eingesetzt hat, in dem Herr Guttenberg eben sehr, sehr hoch vergütet werden sollte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das wusste ich nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wussten Sie nicht. Wusste das die Bundeskanzlerin?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da müssen Sie die Bundeskanzlerin fragen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich wollte nochmal auf diese Geschichte hinaus, der Information und der Frage, wen man auf Reisen mitnimmt und für welche Unternehmen man sich einsetzt. Meine Frage: War Ihnen, wenn Ihnen das noch Erinnerung ist, – Vor der Chinareise, wenn jetzt jemand zu Ihnen gekommen wäre und hätte gesagt, „Herr Professor Röller, die DPR, sagen Sie mal kurz, was das ist, was die machen und was deren Bedeutung ist“ – hätten Sie das gekonnt? Ich hätte es nicht gekonnt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wenn mich einer vor der Reise gefragt hätte, da hätte ich dann meine Leute gefragt, Fachebene, um mir das genau erklären zu lassen, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau. Weil vorhin irgendwo – ich weiß nicht, ob es jemand Ihnen in den Mund gelegt hat, oder suggeriert hat

oder so, ist ja so das Ding – also, hätte man gesagt, dass es diese DPR Sonderprüfung gibt – wer kennt es nicht –, dann hätten aber alle Alarmglocken geklingelt. Meine Frage ist: Sind eigentlich in den letzten Jahren auf Delegationen der Kanzlerin, sind da Vertreterinnen, Vertreter der Deutschen Bank dabei gewesen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass die Delegationen – Es gab ja eine Anfrage, wo die gesamten Delegationen der Reisen aufgelistet worden sind, transparent, alle Personen, alle Unternehmen und alles. Und ich erinnere mich daran – insofern, weiß ich jetzt nicht, ob ich meine Leute mal fragen kann, ob ich sowas preisgeben darf, aber: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also ich gebe preis, warum ich danach frage.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube die Information ist öffentlich oder zumindest (*akustisch unverständlich*)*.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sagen wir mal so: Herr Ackermann war ja hier im Haus.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Herr Ackermann ist ja jetzt –

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja das ist lange her. Aber Herr Ackermann hat ja bei Ihnen Partys gefeiert, als Gast im Haus. Nicht in Ihrem Haus, in dem Haus, in dem sich Ihr Büro befindet. Das ist ja auch mal sehr breit –

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber das ist jetzt nicht mehr Gegenstand.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, das ist nicht mehr Gegenstand. Aber ich sage Ihnen auch, worauf ich hinaus wollte: Also, ich kaufe diese Nummer einfach nicht ab, „hätten wir über eine DPR-Sonderprüfung Bescheid gewusst, dann hätten wir anders entschieden“ – und gleichzeitig haben wir möglicherweise das skandalträchtigste



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Finanzunternehmen in Deutschland, das zahlreiche Vergleiche wegen Geldwäschevergehen schließen musste, das immer noch unter BaFin-Intensivaufsicht im Bereich Geldwäsche steht. Ja, das ist der Status Quo der Deutschen Bank, und Sie nehmen sie trotzdem mit. Finde ich auch nach wie vor in Ordnung. Nur, ich kaufe einfach diese Nummer nicht ab, zu sagen, „wären wir gewarnt worden, dann hätten wir anders entschieden“. Das ist für mich vollkommen unglaublich, zu sagen, Sie hätten eine Wirecard nicht mitgenommen, wenn Sie das gewusst hätten, wenn Sie gleichzeitig einen Laden, der gefühlt öffentlich viel mehr Dreck am Stecken hat, wenn der munter mitfliegt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 30 Prozent waren das.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie bitte? Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 30 Prozent waren das, glaube ich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Was „30 Prozent“?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei so einer Reise muss man mit rechnen, dass da Kriminelle irgendwie an Bord sitzen. Zitieren Sie mich nicht genau, aber so ungefähr war die Wahl des Guten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das hat Herr Schmidt gesagt?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Der hat sich wahrscheinlich auf größere deutsche Finanzunternehmen bezogen. Und da ich seit sieben Jahren Geldwäschebekämpfung betreibe, kann ich sagen: da ist er nicht so falsch unterwegs.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, ich kann das nicht bestätigen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Weil, wenn ich mir anschau, was die großen deutschen Banken in den letzten fünf Jahren an Strafen – vor allem auch in den USA – zahlen mussten, weil sie bei der Geldwäsche gepennt haben, dann hat der Kollege leider recht. Aber wir sind, was das angeht, schon - - Sie haben meine Frage sozusagen schon beantwortet.

Ich will damit schließen, weil das vorhin noch offen blieb: Wissen Sie, wer den Kontakt zu Ihrer Frau hergestellt hat, für dieses chinesische Unternehmen? Weil, ich frage mich gerade, das Unternehmen sitzt in China, Sie leben wahrscheinlich irgendwo in Berlin. Dort wird ein Kontakt zu Ihrer Frau hergestellt. Die bittet Sie, den Kontakt zu Wirecard herzustellen. Sie rufen bei Herrn Fritsche an, schicken ihm die E-Mail hinterher, und dann geht Herr Ley zwei Tage später in Peking mit diesem Unternehmen - - die treffen sich. Deswegen wäre einfach meine Frage: Wissen Sie, wer diesen Kontakt ursprünglich hergestellt hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin mir auch nicht sicher, dass es da noch jemanden gab, sondern ich glaube, es - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na, ich meine irgendjemand muss Ihre Frau ja angesprochen haben. Also irgendwer muss da ja auf sie zugekommen sein und sagen, na hör mal - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es kann sein, dass das die Person selber war. Dieser Chinese, den Sie da - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, der CEO von dem Unternehmen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß es nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Sie können ja vielleicht heute Abend mal fragen. Das würde mich interessieren. Danke schön.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann stelle ich fest, die SPD schenkt uns sechs Minuten. Vielen Dank. Und dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. Professor Rölller, gab es denn nach dem öffentlichen Bekanntwerden des Bilanzbetrugs im Juni, seitens der chinesischen Regierung nochmal eine Rückmeldung oder Einordnung oder Kontaktaufnahme der Bundesregierung, die sich auf die All-Score-Thematik bezog?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Nein, also mir nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Seit wann haben Sie Kenntnis, dass Wirecard Überlegungen und Studien angestellt hat, die Deutsche Bank zu übernehmen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Da habe ich Presseartikel gelesen, ich weiß nicht genau wann, müsste ich jetzt raten, wann das in der Presse stand. Kann ich gerne nachliefern, irgendwann habe ich das gehört.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hat das im Herbst 2019 bei Ihnen eine Rolle gespielt, das Thema, „Projekt Panther“ hieß es ja?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Das weiß ich nicht. Nein, ich glaube nicht, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wurden Sie, das Bundeskanzleramt ist ja auch für Nachrichtendienste zuständig, wurden Sie aus dem Bundeskanzleramt oder auch aus dem Bundesinnenministerium oder deren Geschäftsbereichsbehörden mal angesprochen, auf das Thema „Wirecard“ oder auf Herrn Maschalek?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Ich persönlich?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Sie.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich klopfe ja nur die Querverbindungen noch ab, wenn Sie das (*akustisch unverständlich*). Als das Leerverkaufsverbot im Februar 2019 erlassen wurde, wurde da das Kanzleramt informiert?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Direkt meinen Sie?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja auf dem Dienstweg.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Ich glaube nicht, nein. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es Kontaktaufnahme gegenüber dem Bundeskanzleramt von Seiten, von Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern einer deutschen Landesregierung?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Im Zusammenhang mit Wirecard?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Anliegen von Wirecard.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Kontakte zur Landesregierung gibt es, aber nicht - - Genau, fragen Sie nochmal bitte.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben denn Mitglieder von Landesregierungen oder Beamte, die für eine Landesregierung tätig sind, das Kanzleramt in Sachen Wirecard kontaktiert?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nicht bekannt. Danke. Dann würde mich noch interessieren: War die Abteilung 4 eingebunden in die Vorbereitung des Gesprächs von Frau Staatsministerin Bär am 19. November 2018 in Aschheim?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht. Aber wenn Sie die Vorbereitung haben, da müsste das drin stehen. Das weiß ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Was können Sie uns denn berichten über die Kontaktaufnahme von Herrn von Beust oder der Firma von Herrn von Beust, im Hinblick auf den EU/China-Gipfel 2020?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ole von Beust meinen Sie jetzt, in Hamburg?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. Es gibt ja auch einen Brief, der an Sie gegangen ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, das ist, glaube ich, ganz einfach. Er hatte einen Brief geschrieben – ich glaube am 10. März 2020 – und fragte nach dem geplanten EU-Gipfel, der, glaube ich, am 14. September stattfinden sollte. Das war ja ein wichtiger Teil auch der deutschen Ratspräsidentschaft, wie Sie wissen. Und der Gipfel wird aber nicht von Deutschland organisiert, sondern vom Ratspräsidenten, von Herrn Michel. Und ich glaube, er fragte, inwieweit es da schon Pläne gibt, auch für Unternehmen, Beteiligungen von Unternehmen, an diesem Gipfel. Und ich habe ihm dann geantwortet, dass es noch überhaupt keine Planung gibt für den Gipfel, und dass die Planung sowieso bei Michel ist. Insofern konnte ich ihm da nicht weiterhelfen, habe ihm dann einfach nur geantwortet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es nochmal eine Reaktion?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und gab es ein Tätigwerden von Stellen der Bundesregierung gegenüber europäischen Stellen, die ja auch zuständig waren für die - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, die gab es auch nicht, soweit ich das weiß. Der Gipfel hat ja dann nicht stattgefunden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, aber Tätigwerden wäre ja im Frühjahr noch machbar gewesen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es gab dann eine Videokonferenz anstatt dieses Gipfels, mit den vier Präsidenten. Das war am 14. September, am gleichen Tag.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Sie haben am 30. Oktober 2019 mit dem chinesischen Botschafter ein Follow-up-Gespräch zur Kanzlerinnenreise gehabt, in dem Sie verschiedene auf der Reise thematisierte Wirtschaftsangelegenheiten nachgehalten haben. Das ist ja soweit auch völlig richtig. Da hat Wirecard auch eine Rolle gespielt, richtig?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ich habe ihm im Prinzip die Liste, die wir dann auch der deutschen Botschaft, dem deutschen Botschafter geschickt hatten, die sind wir, soweit ich mich erinnere, das ist aber auch üblich, die sind wir nochmal durchgegangen. Ob ich sie ihm ausgehändigt habe, weiß ich nicht, glaube eher nicht, bin ich mir aber nicht sicher. Also, ganz normal. Wir haben im Prinzip die gleichen Dinge auch an die chinesische Seite nochmal weitergeleitet.

Dr. Florian Toncar (FDP): War das Ihre letzte Aktivität in Sachen „EllScore“ – das Gespräch mit dem chinesischen Botschafter?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: AllScore.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, AllScore, Entschuldigung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, nein ist okay. Ich habe ja nie Aktivitäten für, also - - das war das Anliegen von Wirecard. Das war meine letzte Aktivität.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Sie haben den chinesischen Botschafter (*akustisch unverständlich*).

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war meine letzte Aktivität. Genau, Sie haben Recht. Das war meine letzte Aktivität.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau. Nun gab es ja zwischen der Reise der Kanzlerin und Ihrem Follow-up-Gespräch mit dem Botschafter am 30. Oktober eine sich verschärfende Financial Times Berichterstattung, wir hatten das vorhin schon, und die Aktivitäten des Aufsichtsrates, der die KPMG beauftragt hat. Das hat, zum Beispiel in der deutschen Botschaft in Peking, zu einer Neubewertung geführt. Gab es eine Neubewertung des Falls Wirecard durch diesen FT-Artikel auch im Bundeskanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, ich habe ja dann nur dem Botschafter im Prinzip die gleiche Liste übergeben wie vorher auch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber ich entnehme Ihrer Antwort, dass es keine Neubewertung gegeben hat.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe ihm die Liste einfach über - - Ich bin mit ihm die Liste durchgegangen. Ich habe jetzt auch keinen Grund gesehen, warum ich jetzt auf einmal ihm eine andere Liste geben sollte als vorher dem deutschen Botschafter. Das war an sich relativ mechanisch.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, wir kennen Korrespondenz aus der deutschen Botschaft – allerdings von Anfang November.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die ist bisschen später, genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ein paar Tage nur, wo in der Tat aber schon eine andere Linie empfohlen wird, für den Botschafter. Gut, ich glaube die Zeit ist vorläufig abgelaufen. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann hat Herr Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. das Wort.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Herr Professor Röller: Herr Papageorgiou, als der hier war, hat er uns im Prinzip gesagt, er hat zwar nicht den Terminkalender der Bundeskanzlerin geführt, aber im Kern sei das „keine Absage aus inhaltlichen Gründen gewesen“, damals als dieses Anraten, dass die Bundeskanzlerin Herrn Braun nicht treffen möge - - Sie haben jetzt vorhin gesagt, das sei wohl doch auch inhaltlich begründet gewesen – das sei Ihre Annahme, also eine Mischung. Wir hatten dann eine Sitzungsunterbrechung, da hat uns Frau Bosch – kann ich natürlich nicht drüber reden, weil das war ja hinter verschlossenen Türen – aber die hat uns zumindest eine etwas andere Darstellung als Herr Papageorgiou gegeben. Also, es gibt jetzt mittlerweile drei Versionen aus dem Kanzleramt, warum es zu dieser Absage kam. Gleichzeitig habe ich Ihnen vorgehalten, dass Sie eben nicht genau wissen wollten, um welche konkreten Anliegen es denn in Fernost ging. Dem voraus gegangen ist eine E-Mail, MAT A BKAmT-7.01 Blatt 24, wo Frau Juliane Brüll nochmal die Rückmeldung gibt:

Rückmeldung Fritsche:

Neben einer Vorstellung der Wirecard AG geht es um konkrete Geschäfte mit Fernost!

Das war am 3. September. Danach sagen Sie, Sie wollen das gar nicht genau wissen – das war am 5. September, zumindest der E-Mail-Verlauf dazu – und dann am 6. September steht in der Vorbereitung, MAT A BKAmT-7.01 Blatt 28

Ein signifikanter Kurssturz konnte nach Veröffentlichung eines Presseartikels der Financial Times beobachtet werden, in dem behauptet wurde, Mitarbeiter eines Tochterunternehmens der Wirecard AG



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

in Singapur, hätten durch Buchführungsmanipulationen höhere Umsätze vorgetäuscht. Zudem erstattete die BaFin im April 2019 Anzeige bei der Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Verbot der Marktmanipulation. Die Untersuchungen dauern noch an.

Also, man wusste, da ist schon ein bisschen was los. Und wenn ich das jetzt alles im Zusammenhang betrachte, sind Sie dann im Januar 2020 noch ganz entspannt und vermitteln einen Kontakt zu einem chinesischen Unternehmen. Das müssen Sie mir mal erklären. Also immerhin wurde auch ein Termin nicht gewährt, mit einem CEO eines DAX-30 Unternehmens. Es werden hier all diese Hinweise gegeben – und dann engagieren Sie sich immer noch für diesen Kontakt, in einem Land, das ja durchaus ein wichtiger Handelspartner Deutschlands ist. Das ist doch seltsam.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, also, wie gesagt, ich habe im Prinzip - - Das war ja ein, ich habe es jetzt ja schon mehrfach gesagt, das war ein Unternehmen, also ein Kontakt zu einem deutschen DAX-Unternehmen, und den habe ich vermittelt. Das ist Tagesgeschäft; das mache ich sehr, sehr oft und sehr, sehr viel. Und ich glaube, dass es auch im Januar noch nicht so eindeutig war, wohin die Reise geht, mit Wirecard. Es gab dann schon mehr Information, die KPMG - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Dann darf ich Sie fragen, in wie vielen Fällen hat denn die Kanzlerin, nach Ihrer Kenntnis - - werden CEOs von DAX-30-Unternehmen ein Termin bei der Kanzlerin verwehrt? Wie oft passiert das denn im Jahr, so ungefähr? Also, ich will Sie jetzt nicht auf eine genaue Zahl festlegen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Alleine? Es gibt ja auch immer Runden, Gesprächsrunden - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, alleine, sagen wir mal alleine. Darum ging es ja bei Herrn Braun. Korrekt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Er wollte einen Einzeltermin.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Er wollte ein Tête-à-Tête, genau.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: So hatte ich das verstanden, genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Und in wie viel Fällen passiert das?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich jetzt nicht genau, ich kann Ihnen das nicht sagen. Aber es kommt vor.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Naja zehn Mal oder fünf Mal? DAX-30 – sind ja nur 30; ich vermute jetzt, die wollen sich nicht dauernd treffen, also da kann man ja ungefähr - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weiß ich nicht genau, wie viel das sind.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Häufiger als zehn Mal? Papageorgiou hielt sich bei dieser Frage auch ganz nervös an seinem Blatt fest und wollte das nicht mehr sagen. Deswegen frage ich Sie jetzt mal.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir geben eben nicht bekannt, mit wem die Bundeskanzlerin sich trifft. Das ist alles vertraulich, und ich glaube, ich kann sagen, dass DAX-Unternehmen und auch andere Unternehmer, auch in kleinen Gruppen, auch in größeren Gruppen, zum Beispiel die Davos-Geschichte, das waren, glaube ich, auch so 30/40 Unternehmen, große Unternehmen, die sich mit der Kanzlerin getroffen haben. Es ist auch manchmal hier oder es ist woanders, also sie trifft auch woanders Unternehmen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das weiß ich alles. Aber wie häufig denn, öfters als zehn Mal?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weiß ich nicht genau, wie oft.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das wissen Sie nicht, okay. Ich frage nämlich auch deswegen, weil ich es ungewöhnlich finde, dass in den Akten permanent hervorgehoben wird, „Bundeskanzlerin Merkel im September 2019 wurde bei dem Treffen mit –geschwärzt– das Thema der Markttöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft“ (?). Es hat also eine hohe Priorität. Das ist ein Petita bereits 2018 gewesen, aber dann trifft man den CEO dieses Unternehmens nicht. Das ist doch widersprüchlich.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Entschuldigung, wer hat das gesagt, mit dem wichtig eingestuft?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Die Bundesbank.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so, na gut. Also, ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht. Also ein DAX - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich finde die ganz gut verständlich. Wirecard hat das Engagement der Kanzlerin bekommen, aber man trifft den CEO des Unternehmens nicht. Das ist doch ein Widerspruch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ist für mich kein Widerspruch, nein, das ist absolut kein Widerspruch. Es gibt ganz viele DAX-Unternehmen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ach so. Nachdem die Kanzlerin vorher zugesagt hatte.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Darf ich mal zu Ende reden, Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Die Kanzlerin hat das Gespräch vorher zugesagt, es wurde dann abgesagt, das geht auch aus den Akten hervor.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube nicht, dass sie zugesagt hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Doch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube nicht, dass sie persönlich zugesagt hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Es gibt eine Notiz, dass sie auf Initiative von Frau Bär zugesagt hatte, bereits mündlich.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, aber es kann ja sein, das weiß ich nicht, das kann ich nicht bestätigen. Auf jeden Fall wollte ich meinen Satz noch sagen, dass sehr viele DAX-Unternehmen für Einzelgespräche bei der Kanzlerin anfragen. Unsere Empfehlung ist dann manchmal ja und manchmal nein; und einige davon bekommen dann auch ein Termin mit der Kanzlerin. Das ist aber schon, sage ich mal, wie viele - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Wie viele bekommen denn einen Termin mit der Kanzlerin im Jahr?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die habe ich ja schon beantwortet, die Frage.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Nein, Sie haben nicht gesagt, wie viele nicht. Aber wie viele bekommen einen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das sage ich Ihnen auch nicht. Es bekommen einige von ihr. Und dann ist es auch immer zeitaufwändig für die Kanzlerin, weil sie normalerweise die natürlich auch länger trifft. Und ob man sich dann für diese Unternehmen im Ausland einsetzt oder nicht, ist eine völlig andere Frage. Also, es gibt



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Unternehmen, für die wir uns einsetzen, die einen Termin bekommen haben, und die keinen bekommen haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, als nächster dann der Kollege Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Dr. Raue, bevor Sie die Zeit stoppen, wollte ich sagen, dass bei mir die Stellvertreterin, Frau Paus, die Runde übernimmt und wir wechseln kurz.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Guten Abend, Herr Dr. Röller.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Hallo, hallo.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte nochmal genau verstehen, wie das mit den Kontakten im Bundeskanzleramt, bei Ihnen, in der Abteilung und Unternehmen läuft. Sie hatten ganz am Anfang - - zu Herrn Hauer hatten Sie gesagt, für so eine Delegationsliste, die wird entwickelt vom BDI, wenn ich das richtig verstanden habe, also von dem Verband. Und die wird dann von Ihnen so übernommen. Während Sie beim World-Economic-Forum gesagt haben, das geht ein bisschen hin und her. Könnten Sie das einfach nochmal ein bisschen erläutern.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau, also beides ist im Prinzip der gleiche Prozess, obwohl das miteinander nichts zu tun hat. Das ist ein Vorschlag der Verbände – das muss nicht immer BDI, es kann auch APA sein oder andere, der relevante Verband – die machen eine Interessensbekundung. Dann bewerben sich bestimmte Unternehmen, die gucken sich das an, und schicken uns dann eine Liste von Unternehmen. Das war beim WEF ähnlich. WEF hatte Interesse, eine Unternehmergruppe zur Kanzlerin zu bringen, also

auch nichtdeutscher Unternehmer, Großunternehmer, und da haben wir auch gesagt, macht uns doch mal einen Vorschlag. Dann hat das beim WEF, da war vielleicht etwas nicht ganz klar, da gab es wohl mehrere Runden, das habe ich jetzt auch in den Akten nochmal nachgelesen, wo dann erst eine große Liste war und dann wurde sie kleiner, und da ist dann zum Beispiel der CEO von Wirecard rausgefallen, so dass die Liste, die dann im März da war, war eben ohne Wirecard, die Liste. Aber das war eine Liste, die vom WEF kam.

Bei den Reisen kommt auch der Vorschlag von den Verbänden. Das ist uns wichtig, dass die Verbände einen Vorschlag machen. Den schauen wir uns das aber nochmal an. Ich übernehme dann nicht die Liste eins zu eins, sondern wir schauen da nochmal rüber, unsere Fachabteilung, die für internationale Reisen. Dann bespreche ich das mit denen, und dann machen wir einen Vorschlag für die Kanzlerin. Und diese Delegation wird dann vorab entschieden, weil die ja dann teilweise im Flugzeug sitzen, und das muss vorher entschieden werden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Setzen Sie zusätzliche Unternehmen auch auf die Liste? Oder nehmen Sie nur Unternehmen von der Liste?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht. Ich glaube, dass wir eher Unternehmen von der Liste nehmen, weil wir nur Unternehmen haben wollen, die auch ein Interesse haben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir nicht Unternehmen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn in beiden Fällen den entsprechenden Check durch den BND oder gab es den nur beim WEF beim World Economic Forum? Und gibt es das bei den deutschen Delegationen nicht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Bei der Wirtschaftsdelegation ist, soweit ich informiert



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

bin, kein Check beim BND dabei, sondern das wird mit den Wirtschaftsverbänden abgestimmt. Dann sind die Kriterien, die ich Ihnen gesagt habe, dass wir nachschauen, ob ein Interesse besteht und es in die Politik passt.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also gibt es grundsätzlich bei deutschen Delegationen keine Überprüfung, weder durch BND, Verfassungsschutz oder MAD?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da müsste ich nochmal nachfragen. Das ist mein Verständnis.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben über Wirecard gelernt, dass die in verschiedener Form beim Bundeskanzleramt mit verschiedenen Personen und Organisationen vorgestellt geworden sind. Es wurde auch gefragt, wie oft es denn vorkomme, dass das Unternehmen direkt vorbeikommt. Mich würde in Ihrem Alltag nochmal interessieren, inwieweit Sie eine Einschätzung berichten können, inwieweit Unternehmen – quasi in Anteilen –, sich direkt an Sie wenden, oder inwieweit Agenturen oder Unternehmensberatungen wie Spitzberg Partners, wie All Top, wie v. Beust & Partner, usw., inwieweit diese Mittler eine Rolle in Ihrer Arbeit spielen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Generell oder bei Wirecard?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sowohl als auch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, generell sowohl als auch - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das typisch, dass mit drei zusätzlichen Agenturen bei Ihnen angerufen wird und Sie mit denen sprechen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, also es ist normalerweise der direkte Kontakt zu mir,

aber auch Anfragen eventuell an andere im Bundeskanzleramt, was wir dann vorbereiten werden. Aber es kommt auch vor, dass es über andere läuft. Das hat aber, aus meiner Sicht, keinen Einfluss auf die Entscheidung. Bei Wirecard hatten wir es jetzt mehrfach besprochen, wie es passiert ist, also wie der Kontakt zusammengestellt worden ist: dass der Herr Fritsche mich angerufen hatte, um diesen Kontakt zu machen, bei mir, und ich gesagt habe, dass wir das machen können, und dann ist dieser Termin gefunden worden. Ansonsten habe ich telefoniert mit Herrn Braun, das ist auch eine Anfrage von Wirecard direkt, soweit ich das alles in Erinnerung habe. Dann war eben die Anfrage für das Gespräch mit der Bundeskanzlerin Ende 2018, die dann Anfang 2019 entschieden worden ist. Das war auch eine direkte Anfrage von Wirecard. Wie gesagt, ich habe die Vorlage nicht abgezeichnet, aber das war auch eine direkte Anfrage.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Sachverhalt kenne ich, mir geht es nur darum, inwieweit das typisch ist in der Form, und inwieweit diese gewählten Partner, inwieweit die bei Ihnen auch für andere Unternehmen öfter vorgestellt sind.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es kommt beides vor. Ich würde nicht sagen, das ist typisch. Es kommt beides vor. Das ist Direktkontakt - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich nochmal anders: Spitzberg Partners – wie oft ruft jemand von Spitzberg Partners bei Ihnen an, und wieviel Unternehmen vertritt derzeit Spitzberg Partners Ihnen gegenüber, dem Bundeskanzleramt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Gar nicht. Ich habe keinen Kontakt gehabt zu Spitzberg Partners – außer diese E-Mail von Herrn zu Guttenberg.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein anderes Unternehmen ist Ihnen gegenüber vertreten worden, durch Spitzberg Partners? Wie ist das mit der Agentur, mit der Beratung von Ole von Beust?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß gar nicht, welche Agentur das ist, ehrlich gesagt, die er vertritt. Ich habe nur diesen Brief bekommen und habe ihn dann beantwortet, wie ich es gerade gesagt habe. Sonst habe ich auch von keinen weiteren - - Also, mir ist das nicht bekannt, dass ich mit der Agentur Kontakt hatte.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Zeit ist um, das heißt dann jetzt die nächste Runde. Aber wir haben das immer mit den Zeugen so gehalten - - Nach etwas über vier Stunden jetzt, möchte ich mich zunächst erstmal bei Ihnen rückversichern, ob Sie sich soweit noch fit fühlen, oder ob Sie eine Pause benötigen, oder wir in die nächste Runde einsteigen können.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nächste Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: In die nächste Runde, Sie haben auch noch genug Wasser.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Solange ich genug Wasser habe, bin ich zufrieden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist ein Wort. Okay, dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU Fraktion. Dann guck ich mich an, nein. Dann frage ich die Kollegen von der SPD?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Keine weiteren Fragen. Dann frage ich den Kollegen Dr. Toncar. Bitte schön.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich würde gern noch wissen, in welcher Weise Sie sich auf Ihre heutige Aussage vorbereitet haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich war ja schon mal vorbereitet und habe fünf Stunden hier gesessen, am 17. Dezember war ich ja schon mal hier.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ja inzwischen erfahren, welcher Kollege aus welchem anderen Ressort Mitverantwortung für diese Uhrzeit trägt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe danach mit keinem zu diesem Komplex gesprochen, auch nicht mit den Zeugen, die Sie da hatten, das war mir sehr wichtig. Ich habe auch kein Protokoll und gar nichts gelesen; vielleicht merkt man das auch an meinen Antworten. Und habe mich eigentlich ziemlich selber vorbereitet. Ich habe mir natürlich die Akten angeschaut, soweit das geht. Ich habe mich natürlich auch mit meinem Team getroffen und hatte Fragen an bestimmter Stelle, da habe ich diskutiert und habe dann im Prinzip nochmal hier, diesen einen Ordner, den ich hier auch habe, wo die Chronologie und diese E Mails, die Sie teilweise auch zitiert haben, die habe ich mir dann alle nochmal angeschaut. Dann habe ich mich mit meinem Team zwei-/dreimal getroffen. Aber die meiste Arbeit habe ich, und das war viel Arbeit, selber gemacht. Auch das Eingangsstatement, das habe ich selber geschrieben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie vor dem heutigen Tag oder vor dem 18. Dezember mal mit der Bundeskanzlerin über eine Aussage hier gesprochen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, habe ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Direkt, oder auch über Dritte mit anderen Ressorts darüber kommuniziert?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, habe ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar, dann bin ich fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, dann hat als nächstes das Wort Herr Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke, bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Herr Professor Röller, ich habe Ihnen ja vorhin schon einmal eine E-Mail vorgelesen, da war eine Nachfrage des BMF, wann die Kanzlerin denn nach China reise, und ob es denn etwas zu unterzeichnen gäbe. Auch Herr Ley hatte in einem anderen Verlauf dargestellt, dass es ein sogenanntes Deliverable geben könnte, also wenn diese Lizenzen dann eben wahrscheinlich erteilt werden. Was könnte denn die Kanzlerin unterzeichnen? Wie erklären Sie diese Nachfrage des BMF?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es ist durchaus schlüssig, solche Nachfragen, weil das nicht die Kanzlerin macht, sondern die Wirtschaft selber. Ich habe jetzt gar nicht überprüft ob das bei diesem China-Besuch der Fall war, aber man kann sagen, typischerweise, wenn eine Wirtschaftsdelegation dabei ist, dann gibt es eine Unterzeichnungszeremonie. Das findet auch statt bei den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen, zum Beispiel, die einmal in China sind und einmal hier. Da wird dann eine Liste von zu unterzeichnenden, Verträgen oder MoUs vorbereitet. Da gibt es immer zwei Teile, das eine sind die privatwirtschaftlichen Dinge und das andere sind die Government to Government, also Regierungsfragen, also Bildungsinitiative, die BMBF mit dem chinesischen Counterpart macht, da gibt es ein MoU. Das führt dann auch zu diesen Dialogen, die ich kurz zitiert hatte am Anfang, also diese ganzen Dialogprozesse, die wir da haben, übrigens nicht nur mit China. Das ist dann auch immer für alle anderen Länder, mit denen wir das

machen, in der Welt. Und dafür wird dann natürlich immer gesucht, und dann wird auch vorbereitet.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich glaube, ich habe das verstanden. Nur, ich will nicht unhöflich sein, ich mach das, weil wir als Opposition immer so wenig Zeit haben.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sie haben ja gefragt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja genau, ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, ich habe Sie ja danach gefragt. Ich möchte nur wissen, wie viele, sage ich mal Unternehmensvorhaben wurden denn dann im Rahmen dieser Kanzlerinnenreise dort abgezeichnet, in diesem MoU?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß nicht genau, ob wir das hatten in der Unterzeichnung. Entschuldigung, das ist jetzt eine Wissenslücke, das müsste ich eigentlich wissen, weil ich ja dabei gewesen wäre, wenn sie stattgefunden hätte. Ich sage jetzt mal, typischerweise sind das acht bis zehn auf der privatwirtschaftlichen und eine ähnliche Zahl vielleicht auf - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, könnten Sie diese Information nachliefern, um wieviel es sich gehandelt hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, das ist sogar öffentlich, dann kann ich es auf jeden Fall.*

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber Wirecard war da nicht dabei, zu dem Zeitpunkt, wurde ja nicht erteilt, genau. Jetzt möchte ich nochmal nachfragen, weil Herr Guttenberg zum Beispiel, den hatte ich befragt, auch zu Kontakten die er mit Herrn Diekmann, dem ehemaligen - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Allianz ?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE.): - - nein, von der Bild, hatte. Und ob es da geschäftliche Verbindungen zu Wirecard gab. Er hat das abgestritten. Das hat sich jetzt wohl als falsch herausgestellt, was schon mal nicht gut ist, weil man ja vor dem Untersuchungsausschuss die Wahrheit sagen muss; das ist ja auch entsprechend strafrechtlich bewehrt. Deswegen möchte ich nochmal fragen: Gab es denn von Herrn Diekmann Kontakte in der Angelegenheit Wirecard mit der Bundesregierung, von denen Sie Kenntnis haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Keine Kenntnis von irgendwelchen Kontakten.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Und dann interessiert mich eine Sache sehr brennend: Wir wissen jetzt, aus der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung über die Prinzregentenstraße, da befindet sich das P1, also Unterhaltungsbranche sagen wir mal, und da befindet sich das Konsulat, aber da befindet sich auch in der Nummer 61 die ehemalige WG von Herrn Marsalek. Und in dieser WG gab es einen Mitbewohner, das war der Herr Martin W., Martin Weiss, und der war ein hochrangiger Beamter des österreichischen Verfassungsschutzes einmal. Und da steht im Raum, dass der dem Herrn Marsalek bei der Ausreise aus Deutschland eventuell behilflich war. Es ist ja klar, dass Herr Marsalek auch gut vernetzt war in den österreichischen Diensten. Deswegen möchte ich hier nochmal fragen: Die Bundesregierung oder Sicherheitsbehörden haben zu keinem Zeitpunkt mit den Österreichern mal darüber einen Austausch geführt, was die hier so machen, in Deutschland?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann da nur für meinen Bereich antworten, weil ich auch da in dem Bereich nicht zuständig bin.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber haben Sie Kenntnis davon?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ich habe keine Kenntnis davon.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben keine Kenntnis davon? Das wäre ja wahrscheinlich sinnvoll, dass man das mal tut, oder?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich will dazu nichts sagen, das ist überhaupt nicht mein -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben auch keine Kenntnisse davon, ob sich Herr Martin W., also ob der seinen überwiegenden Wohnsitz in Deutschland hatte, wenn er in dieser Villa war?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Überhaupt keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Bundesrepublik Deutschland hat, dann könnten wir den ja auch mal hier herbei zitieren. Vielleicht kann der ja besser Auskunft geben.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist, glaube ich, Ihre Entscheidung.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Dann möchte ich nochmal fragen: Haben Sie Kenntnis davon, dass im Zusammenhang mit Wirecard, auch im Vorfeld der Chinareise – ich will das auch mal ausschließen – es mit dem BND in irgendeiner Form eine Kommunikation gab – oder mit Herrn Fritzsche mittelbar, zu BND-Angelegenheiten?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, ich habe noch ein paar Sekunden auf der Uhr. Herr Fritzsche – was war denn, nach seiner Schilderung gegenüber Ihnen, sein Anliegen für Wirecard, also was war seine Aufgabe für Wirecard, in welchem Umfang war er da tätig?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das weiß ich nicht. Ich habe, wie gesagt, bin nur in Kontakt getreten mit ihm für diesen Termin am



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

9. November*. Was darüber hinaus seine Aufgabe war, bei Wirecard, dazu ist mir nichts bekannt, weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist als nächstes dran, die Kollegin Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nochmal anknüpfen an meine Frage eben. Sie hatten, glaube ich, noch nicht beantwortet, inwieweit jetzt dieses doch sehr konstatierte Vorgehen von Wirecard mit mehreren Akteuren, auch das Bundeskanzleramt, inwieweit das typisch ist, und inwieweit Sie das auch von anderen Akteuren aus der Wirtschaft kennen. Oder ob das eher ungewöhnlich ist, aus Ihrer Sicht, dass neben dem Unternehmen noch drei weitere unterschiedliche Beratungsunternehmen/Agenturen sich an Sie wenden, zu einem Sachverhalt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so, das wusste ich gar nicht, dass es noch drei unterschiedliche - - Es gab ja nur dieses - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab Herrn Fritsche, es gab Herrn zu Guttenberg und es gab Herrn von Beust.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging immer um das gleiche Unternehmen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Kann ich nicht viel zu sagen, ob das typisch ist oder nicht. Das hat auch für mich bei all diesen Gesprächen keine Rolle gespielt, wie ich schon mehrfach gesagt habe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es kommt auch vor? Also, das ist auch so, dass Sie das aus Ihrer Praxis sonst kennen? Dann wäre meine nächste Frage: Inwieweit gibt es denn in

irgendeiner Art einen Verhaltenskodex im Bundeskanzleramt für den Umgang mit Unternehmen/Gesprächswünschen/Kontakten?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Der Verhaltenskodex im Bundeskanzleramt oder die Arbeit -
- Ich würde das nicht Verhaltenskodex nennen, sondern die Pflicht und die Arbeit im Bundeskanzleramt ist, sachgerecht und fachlich jede Anfrage, von wem auch immer, zu prüfen und die Leitung zu informieren, das ist die Aufgabe. Das ist kein Kodex, sondern das ist eigentlich das, was ein Beamter machen sollte. Und das haben wir gemacht, in dem Fall.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, es gibt ja schon öfter mal – von Hausspitzen auch – Anweisungen, ob Telefonnummern rausgegeben werden, wie erreichbar man für Dritte ist oder nicht, Gibt es da in Bezug auf Unternehmen irgendwelche Einschränkungen in Kontaktaufnahme mit Ihnen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder kann Sie anrufen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Alle deutschen Unternehmen, wenn sie wollen, können in Kontakt treten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bekommen eine Antwort?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber auch nicht nur alle Unternehmen, es geht auch darüber hinaus. Ich rede auch mit NGOs und mit vielen anderen. Natürlich nehme ich nicht alle Termine wahr, das ist klar. Ich delegiere das auch an meine Mitarbeiter, ich bin ja Abteilungsleiter, es gibt dann auch Gruppenleiter, Referatsleiter. Die Gespräche können dann auch auf der Ebene stattfinden.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie mir nochmal was zu Ihrem Verhältnis zu Herrn Fritsche sagen. Wie weit - - Als Sie noch Kollegen waren, was für ein Verhältnis Sie zueinander gepflegt haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ein gutes Verhältnis. Aber wir haben sehr, sehr wenig inhaltlich miteinander zu tun gehabt. Insofern war das ein sehr gutes Verhältnis zu Herrn Fritsche.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie schon gesagt, ob Sie sich geduzt oder gesiezt haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich habe mich nie mit ihm geduzt. Gesiezt ist also die Antwort. Ich bin allerdings jemand, der sich nicht viel duzt, aber das hat, glaube ich, hier nichts zu sagen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir auch schon mal, das Vergnügen miteinander, in der Sondersitzung des Finanzausschusses, und da hatte ich Sie auch gefragt: Hat Sie das nicht gewundert, dass Herr Fritsche Sie anspricht – Sie verkehren in einem völlig anderen Segment –, dass er jetzt für ein Unternehmen sich bei Ihnen meldet? Und da hatten Sie gesagt, nein, das hätte Sie überhaupt nicht gewundert, „Sie können sich gar nicht vorstellen wer sich bei mir alles wegen irgendwas meldet.“. Deswegen wollte ich da nochmal fragen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, ich duze ihn nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, das habe ich jetzt festgestellt, habe ich wahrgenommen. Trotzdem haben Sie sich ja nicht gewundert, dass er sich bei Ihnen gemeldet hat, und dann haben Sie sich gesiezt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem haben Sie ihm nicht die Frage gestellt. Wie war denn so der Gesprächsauftakt als er sich an Sie gewendet hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist ein ehemaliger Kollege, dann fragt man natürlich, wie das eben in einem normalen Gespräch ist, ein/zwei Sätze und dann ist es völlig legitim, dass dann eine Anfrage kommt für ein Gespräch. Und das entscheiden wir dann aufgrund der Sachlage.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ihn nicht gefragt, warum er sich an Sie wendet?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Das ist ja klar, warum er sich an mich wendet, das hat er ja gesagt, weshalb er sich an mich wendet.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und er hat auch vollkommen offengelegt, wie sein - - Also, haben Sie ihn nach seinem Vertragsverhältnis gefragt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ich habe ihn nicht nach seinem Vertrag gefragt. Das mache ich nie; das will ich auch gar nicht wissen, weil ich das fachlich entscheide. Da war eben schon einmal eine Frage, ob man gewusst hat, wieviel man in diesen Märkten verdient. Ich bin ja nun auch jemand, der entschieden hat, nicht in diesen Märkten zu sein, sondern hier zu sein und einen guten Job zu machen für die Bundesregierung, weil ich daran glaube, dass das wichtig ist. Insofern interessiert mich das überhaupt nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ja gesagt haben, „Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, wer sich alles bei mir meldet.“. Gibt es denn weitere ehemalige Kollegen von Ihnen oder Nicht-Kollegen, Sie sind ja schon eine Zeit im Bundeskanzleramt, aber es gab ja auch



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

noch die Zeit vor Ihnen - - Ist das oft so, dass ehemalige Kollegen aus dem Bundeskanzleramt sich an aktuelle Kollegen im Bundeskanzleramt wenden mit solche Dingen? Also, ist in diesem Beratungsbusiness - - gibt es da eine hohe Quote von ehemaligen Bundeskanzleramtsmitarbeitern?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin zehn Jahre jetzt da, und es gibt keine hohe Quote. Es gibt natürlich ehemalige Mitarbeiter, mit denen ich auch durchaus noch Kontakt pflege, auch privat. Aber die Anfragen, die in diesem Bereich sind, wie wir es gerade besprechen, sind überschaubar.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überschaubar heißt zwei Hände, oder?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Müsste ich jetzt nachdenken.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch ein bisschen Zeit.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß es nicht. Es ist überschaubar, sage ich mal.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, eher zehn oder zwanzig oder fünfzig oder hundert?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß ja gar nicht, wieviel ehemalige Mitarbeiter ich gehabt habe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von denen, wo Sie es wissen. Ich kann Sie ja nicht fragen, was Sie nicht wissen. Aber von denen, wo Sie es wissen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die meisten sind weiterhin irgendwo in einem Botschafteramt oder in einem anderen Amt tätig, das Teil der Bundesregierung ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, die meine ich ja nicht, ich meine die anderen. Ich meine die, die privat unterwegs sind. ie viele davon gibt es?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nicht viele; einige wenige.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zehn?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, weniger.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Dann schaue ich nochmal in die Runde, zu den Kollegen der CDU/CSU. Nein. Wir nicht. Sie? Kollege De Masi?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Noch zwei Nachfragen: Herr Professor Röller, ich will noch mal zurückkommen auf das Jahr 2018. Im Vorfeld des deutsch-chinesischen Finanzdialoges im Jahr 2019, also Ende 2018 war Liu He hier, der chinesische Vize-Ministerpräsident, der für Wirtschaft und Finanzen zuständig ist, und hat sich auch mit der Bundeskanzlerin getroffen. Und in den vorbereitenden Unterlagen waren ja Petita auch aufgeführt, auch Wirecard. Haben Sie Kenntnis davon, ob dort Wirecard thematisiert wurde, bei diesem Gespräch mit der Bundeskanzlerin?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir sagen ja nichts über die Gespräche der Bundeskanzlerin, die Inhalte der Bundeskanzlerin. Muss ich leider sagen, dass ich das nicht sagen kann. Wieder die gleiche Thematik.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Das ist komisch, weil Herr Schmidt zum Beispiel, der hat ja ausgeschlossen, dass das da irgendwo thematisiert wurde. Also, er hatte zumindest gesagt, es wurde nicht thematisiert. Warum gibt es eine solche unterschiedliche Handhabung in der Bundesregierung? Der eine sagt, Herr Scholz hat nie darüber gesprochen, und Sie sagen, Sie können das nicht sagen.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weil wir ja über die Inhalte der Gespräche mit der Bundeskanzlerin nichts berichten – auch nicht, was ausgeschlossen ist, oder was drin ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, aber Herr Schmidt macht das. Warum?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da müssen Sie Herrn Schmidt fragen. Das ist aber, wie wir das im Kanzleramt machen. Deswegen – Sie wissen das doch aber auch ganz genau. In der anderen Sache war das ja, das hatte Ihnen, glaube ich, Herr Hoppenstedt auch gesagt, an dem Tag eine große Ausnahme, eine ganz, ganz große Ausnahme.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, das war eine ganz großzügige Ausnahme. Ich bin auch bis heute tief gerührt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann jetzt leider keine weitere Ausnahme machen. Das geht leider nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, gut. Dann will ich noch einmal fragen, bezüglich Herrn Fritsche. Herr Fritsche wird als ehemaliger deutscher Geheimnisträger zuständig für eine Form von Nachrichtendiensten, nimmt einen Auftrag in Österreich an, unter einem Innenminister, von dem es, mit Verlaub, wahrscheinlich rechts von dem nur noch die Wand gibt – und heuert dann bei Wirecard an. Und die Bundesregierung hat mit all diesen Tätigkeiten überhaupt keine Probleme. Obwohl zum selben Zeitpunkt die deutschen Dienste schon sagen, man kann im Berner Club nicht mehr mit den Österreichern Nachrichten teilen, weil das ist da alles nicht mehr so ganz koscher. Und dann wird die Notbremse erst gezogen, als Herr Fritsche dann auch noch zu Heckler & Koch will, wo der neue Mehrheitseigentümer auch noch heftig bei Wirecard investiert hat. Jetzt frage ich mal: Warum war Österreich erst okay, obwohl die deutschen Dienste

Vorbehalte haben? Warum war Wirecard okay – und Heckler & Koch nicht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, also Herr De Masi: Ich bin ja nun hier Zeuge. Ich kann zu den Sachen hier nichts sagen. Ich habe es ja schon mal gesagt, ich bin auch für den Bereich nicht zuständig, und kann Ihnen da leider nicht weiterhelfen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Dann habe ich eine abschließende Frage: Sie haben vorher gesagt, ganz zu Beginn, dass Wirecard ja so ein, also jetzt legen Sie mich nicht fest, dass ich nichts falsches zitiere, eine „Art Finanzunternehmen“ sei. Was ist denn Wirecard aus Ihrer Sicht gewesen – ein Technologieunternehmen oder ein Finanzunternehmen? Das war hier mal eine sehr relevante Frage gewesen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß, aber das ist auch eine Frage, die ja - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Also Finanzholding, wenn ich genau sein soll.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau, Finanzholding und Technologie. Und da gab es eine Einstufung der BaFin, die Sie ja hier auch thematisiert haben und wahrscheinlich auch weiterhin thematisieren werden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Unbedingt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Insofern war die Einstufung als Technologieunternehmen. Es war aber Teil der Marktöffnung in China, in diesen Finanzmärkten auch, und da ist auch Wirecard aktiv. Insofern war das für uns jetzt nicht relevant, wie die Einstufung war, sondern politisch ein wichtiger Punkt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Ich will nochmal abschließend auf die Aussage von Herrn Hoppenstedt eingehen, der ja gesagt hat, „Wire-



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

card hätte zufällig in diese Vereinbarung gepasst“. Jetzt habe ich aber gesagt, Ende 2018 war Wirecard schon ein hochrangiges Petita, und dann wurde erst diese Vereinbarung geschlossen. Und dann wurde auch in den Akten dargelegt, immer wieder, dass dieser „Punkt 30“ Wirecard sehr dienlich sei. Wird denn so ein „Punkt 30“ - - Also, ich sage jetzt nicht, dass er nur für Wirecard verhandelt wurde, es gab ja auch die Deutsche Bank, die Interessen hatten, aber den hat man doch schon für Wirecard und die Deutsche Bank da auch rein verhandelt. Korrekt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Na, da müssen Sie BMF fragen. Die haben das ja verhandelt. Das haben Sie ja wahrscheinlich auch. Ich habe das Protokoll nicht gelesen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja. Die sagen nur immer gar nichts, „hat mit gar nichts zu tun“.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist aber jetzt nicht meine Aufgabe, das zu kommentieren. Ich kann nur sagen, dass wir das nicht verhandelt haben. Und dass wir in unseren Gesprächen mit Chinesen, mit den chinesischen Amtsträgern, viele Themen angesprochen haben, aber auch diese Öffnung im Finanzmarkt, das war dann - - Ich hatte ja vorgelesen, welche Ressorts sich darum kümmern. Wir können uns auch nicht um alle diese Dinge kümmern, im Kanzleramt. Und das war für uns entscheidend, dass wir das der Kanzlerin empfohlen haben. Und was da genau verhandelt worden ist und wie – da war ich nicht dabei gewesen. Da will ich nichts zu sagen, weil ich es einfach auch nicht weiß.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank Kollege De Masi. Dann hat als nächstes das Wort Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wollte ich da jetzt nochmal nachsetzen, weil

dazu hatte ich Sie auch damals befragt: Warum haben Sie - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weniger als zehn.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weniger als zehn.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich wollte dieses Mal aber nachsetzen zu den Fragen von Herrn De Masi, weil Sie ja seinerzeit in dieser Sonderausschusssitzung gesagt haben, dass Sie sich nur ans Finanzministerium gewandt hatten. Warum nicht an das Wirtschaftsministerium? Jetzt haben wir noch mal gemeinsam herausgearbeitet, dass Sie ja zum Termin mit Herrn Fritsche keine gesonderte Vorbereitung wollten. Deswegen noch mal meine Frage: Wenn Ihnen - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das habe ich so nicht gesagt. Entschuldigung. Stellen Sie erstmal Ihre Frage.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Mir geht es darum, nochmal zu fragen, warum diese Anfrage nur an das Finanzministerium gegangen ist, für Informationen zu Wirecard. Weil wir ja gemeinsam wissen, dass Wirecard ein Tech-Unternehmen ist. Und deswegen einfach nochmal, um die Vorbereitung im Bundeskanzleramt zu verstehen: Warum haben Sie diese Anforderungen und zusätzliche Informationen nur an das Finanzministerium gestellt? Vor welchem Hintergrund haben Sie das getan?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich wollte schon eine Vorbereitung für den Fritsche-Termin. Ich habe ja auch eine Vorbereitung bekommen für den Fritsche-Termin. Das meinte ich nur, das war schon wichtig. Ich hatte nur nicht, um das jetzt nicht durcheinander zu bringen, auf die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage, ob ich mehr Informationen wollte bezüglich Fernost, hatte ich scheinbar, weiß ich jetzt gar nicht mehr, wohl gesagt, „Nein, lass gut sein, ich will erstmal mit denen reden und mal gucken, was sie mir zu berichten haben.“. Insofern haben wir eine Vorbereitung gehabt. Und diese Vorbereitung ist dann für diesen Wirecard-Termin vorbereitet worden. Und da gab es dann diese Anfrage an BMF – das ist das, was Sie jetzt meinen. Warum da jetzt nicht an das Wirtschaftsministerium angefragt wurde, das weiß ich nicht. Dann kam ja vom BMF diese E-Mail.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer macht denn diese Anfrage? Das macht doch Ihre Abteilung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das macht das Fachreferat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Abteilung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich gebe das dann in meine Abteilung, und die entscheiden dann. Die machen mir dann eine Vorbereitung, die schaue ich mir dann vorher an, logischerweise. Ganz, ganz selten mache ich da noch mal eine Rücksprache, weil die Vorbereitung ist ja nur ein Angebot für mich. Dann führe ich das Gespräch. Da ist normalerweise jemand dabei, an sich immer, weil ich das ungerne - - Und damit dann hinterher auch, wenn da was bei heraus kommt, wenn also was operativ ist, dann wird das dann auch weiter umgesetzt. Dann brauche ich das nicht gleich wieder in die Abteilung rein zu geben.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war doch ein offener Termin, da war es doch jetzt nicht so, dass klar war, es geht da nur um China. Sondern das war doch ein offener Termin.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau, es war eine Anfrage von Wirecard, dass sie mit mir reden wollten. Da habe ich gesagt – über Herrn

Fritsche, wie Sie schon festgestellt haben –, dann führen wir eben ein Gespräch. Ich weiß gar nicht, wie lange das war; es war nicht sehr lange. Und dazu habe ich eine Vorbereitung. Und diese Vorbereitung ist natürlich für mich dann auch sehr hilfreich, um mich auf dieses Gespräch, das wissen Sie, um sich auf so ein Gespräch vorzubereiten. Und wen die dann im Hintergrund für eine Vorbereitung eines Gesprächs des AL 4 anfragen - - Es gibt auch Termine, wo ich nicht unbedingt eine Vorbereitung brauche. Dann sage ich meinen Leuten „Lass gut sein. Ich kenne das sehr, sehr gut.“. In diesem Falle war das mitnichten so. So dass ich schon noch einmal eine Vorbereitung wollte. Und dann ist beim BMF auch nochmal danach gefragt worden. Bei den Vorbereitungen für Gespräche des AL 4 überlassen wir dann dem Fachreferat, welches Ressorts sie sich dann bedienen. Ich fand, das mit dem BMF war naheliegend. Man hätte auch nochmal das Wirtschaftsministerium fragen können, da haben Sie recht. Ist in diesem Fall nicht passiert; aber das entscheidet dann das Fachreferat. So, das ist die Wahrheit.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie fragen aber auch normalerweise öfter das Wirtschaftsministerium an, es ist jetzt nicht so, dass -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja klar. Es gibt ja oft Dinge, also zum Beispiel die Fragen der Wirtschaftsprüfer und andere Dinge, die liegen ja dann im BMWi. Dazu gab es ja auch Vorbereitungen, Unterlagen – auch die Unterrichtung der Bundeskanzlerin, die wir dann gemacht haben. Die ist dann natürlich allumfassend; die war allerdings später, das ist richtig.

Dass es bei mir dann auch unterschiedliche Referate, die dann auch für unterschiedliche Teile verantwortlich sind - - Sie wissen ja, wir sind im Kanzleramt so aufgestellt: Wir sind nach Ministerien aufgestellt. Nicht alle, es gibt ja die Europa-Abteilung, es gibt die Digital-Abteilung, die ist



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

horizontal – und die anderen sind nach Ministerien. Und ich spiegele das Wirtschafts- und Finanzministerium wider im Bundeskanzleramt, und Teile des Verkehrsministeriums. Insofern ist meine Abteilung auch so organisiert. Wir haben insgesamt zehn Referate bei mir, drei Gruppen. Eine Gruppe ist nur Finanzministerium, eine Gruppe ist Wirtschaftsministerium, –aber da geht es mehr um Energiepolitik, da bin ich ja auch für zuständig, aus der wirtschaftlichen Sicht, und auch die ganze Industriepolitik, diese Themen Digitalisierung, Teile sind da auch noch in der Abteilung 4, ist so mehr die Wirtschaftsabteilung – und dann gibt es eine dritte Gruppe, die ist auch Wirtschaftsministerium, die macht die ganze Grundsatzabteilung und die ganzen Handelsfragen, und die machen auch Corporate Governance und Wettbewerbspolitik. Und dort ist auch – das ist ein Riesebereich für ein Referat – und dort ist dann auch Wirtschaftsprüfer, die Corporate-Governance-Frage, die sind da drin. Das heißt, die werden dann befasst, wenn diese Themen angesprochen werden. Und das funktioniert eigentlich sehr, sehr gut. Jetzt können Sie sich vorstellen, vieles ist - - wie man dann miteinander zusammenarbeitet an der Stelle. Aber ich will Sie nicht langweilen mit diesen Themen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann frage ich nochmal die Kollegen der CDU/CSU, wir auch nicht. Die Kollegen der SPD? Kollege Toncar? Kollege Fabio De Masi, die Linke? Kollegin Paus? Gut, dann stelle ich nunmehr fest, dass keine Fraktion mehr Fragen hat. Dann können wir, Professor Rölller, Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne allerdings ist Ihre Vernehmung damit noch nicht abgeschlossen. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen einen noch

wirklich schönen Restabend, Professor Rölller, und verabschiede mich, vielen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Rölller: Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. So, dann bitte ich darum, den zweiten Zeugen zu uns in den Saal zu geleiten zur Zeugenvernehmung, Herrn Joschka Langenbrinck.

Unterbrechung von 20.33 Uhr bis 20.40 Uhr

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Protokoll (Bandabschrift) der 14. Sitzung - vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 12. Januar 2021, 16:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Europasaal 4.900

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Öffentliche Beweisaufnahme

Seite

Zeuge Röller

4

Zeuge Langenbrinck

76

Zeuge von Beust

96



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

das Unternehmen dort ein Anliegen hat; hat es in diesem Land Business. Das gilt auch für die mitreisende Wirtschaftsdelegation. Wenn Anfragen von Unternehmen kommen, die dort eigentlich gar nichts wollen, dann sollten sie eigentlich dort auch nicht dabei sein. Das wird geprüft. Das zweite Prüfkriterium ist, inwieweit dieses Anliegen – in diesem Fall war, grob gesehen, es der Marktzugang zum chinesischen Finanzmarkt – ein Interesse der Bundesregierung ist. Es wird geprüft, inwieweit das eigentlich in unsere Politik hineinpasst. Das waren die beiden Kriterien. Darüber hinaus wird keine forensische Prüfung des Unternehmens vorgenommen. Es wird auch nicht das Unternehmen, das Anliegen dort geprüft. Es ist eine unternehmerische Entscheidung. Wenn Sie fragen, ob wir uns AllScore oder andere Unternehmen in anderen Bereichen genau angucken, machen wir das nicht. Das ist eine unternehmerische Entscheidung. Wir schauen nur, ob es in die Interessen der Bundesrepublik Deutschland passt. Das sind die groben Kriterien.

Zu diesem zweiten Punkt war es in diesem Falle sehr offensichtlich; den zweiten Punkt, ob das in die Politik der Bundesregierung hineinpasst. Wie Sie wissen, bemühen wir uns seit Jahren um Marktöffnung in China, Investitionsbeschränkungen aufzuheben. Wir haben den hochrangigen Finanzdialog, der beim Finanzminister läuft. Wir bemühen uns auch in anderen Bereichen. Ich selber habe auch Gespräche geführt, sodass wir weiterkommen. Das ist nicht nur im Finanzbereich, sondern auch in vielen anderen Bereichen so. Der Finanzbereich ist aber ein Teil, wo wir versuchen wollen, unseren Unternehmen im Ausland zu helfen, weil das im Endeffekt auch deutsche Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Es ist auch meine Aufgabe, dass wir die deutschen Interessen im Ausland gut vertreten. Das ist der eigentliche Grund für diese Dinge.

Ich will ein bisschen ausholen: Dieser strategische Dialog mit China – wozu es auch mehrere Erklärungen gab, wir waren in den letzten Jahren auch mehrfach in China – ist eine umfassende

Partnerschaft. Es geht nicht nur um den Finanzmarkt. Ich habe gelistet, was wir machen. Wir haben einen hochrangigen Sicherheitsdialog, der bei uns im Bundeskanzleramt läuft und tagt. Es ist immer die Frage, wie oft die tagen. Wir haben einen strategischen außen- und sicherheitspolitischen Dialog. Das macht das AA. Wir haben einen Menschenrechtsdialog. Das ist immer wieder ein großes Thema. Das macht auch das AA. Wir haben einen Rechtsstaatsdialog mit dem BMJV. Wir haben Cybersicherheitskonsultationen mit den Chinesen. Das macht das Innenministerium. Wir haben einen gemischten Wirtschaftsausschuss. Das macht das Wirtschaftsministerium. Einer der wichtigen Bereiche dort ist die Mobilitätsfrage. Sie wissen, dass deutsche Unternehmen in China im Bereich der Automobilindustrie sehr aktiv sind. Das ist eine der Sachen, die wir versuchen zu unterstützen. Dann gibt es den hochrangigen Finanzdialog. Das ist einer von vielen Dialogen. Das wird vorbereitet und der Kanzlerin – neben vielen anderen Themen, die noch eine Rolle spielen – angeboten.

Zu der Frage Marktöffnung in China: Wir haben am 30. ~~September~~ ^{Dezember} mit den Chinesen ein Investitionsabkommen politisch verabschiedet. Das ist ein CAI, Comprehensive Agreement on Investment. Es ist umfassend. Es geht um viele Dinge. Es läuft sieben Jahre; seit sieben Jahren sind wir dran. Das ist kein Investitionsschutzabkommen; der Schutz der Investitionen ist etwas anderes. Es geht um ein Investitionsabkommen, um Marktzugang. Da haben wir aus meiner Sicht gute Fortschritte gemacht. Das Abkommen muss sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Europäischen Rat noch ratifiziert werden. Das muss auch hier noch diskutiert werden. Ich möchte sagen, dass wir einen sieben Jahre langen Prozess haben, wo wir versuchen, ein Level Playing Field für deutsche Unternehmen in China hinzubekommen.

Das Abkommen hat drei Bereiche – das ist sehr interessant. Es geht einmal um die Staatsbetriebe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Die sind in China sehr stark. Der Einfluss der Regierung auf die Wirtschaft ist groß. Da haben wir es geschafft, ein Level Playing Field herzustellen. In dem Abkommen haben sich die Chinesen verpflichtet, dass man Transparenz in staatlichen Subventionen bei Staatsunternehmen schafft. Das war ein Bereich.

Der zweite Bereich ist der Marktzugang. Dazu gehört auch der Finanzmarkt. Da haben wir insbesondere im Automobilbereich zum Beispiel die Joined Venture Restriktion, die unsere Unternehmen dort auch sehr stark betrifft. Diese haben sie in diesem Abkommen aufgegeben. Wir haben im Biotechnologiebereich Einiges erreicht. Da geht es um Forschung. Und wir haben im Finanzbereich Öffnung erhalten. Im Finanzbereich geht es insbesondere auch um viele Caps, also wie groß der Anteil von deutschen, europäischen Banken in China im Bankenbereich, Versicherungsbereich, Rückversicherer, Wertpapierhandel, Vermögensverwaltung sein kann. Viele Bereiche, wo sich die Kommission, die EU, mit China geeinigt hat.

Dann haben wir den Nachhaltigkeitsbereich. Das ist der dritte Bereich des Abkommens. Da geht es um Klimapolitik und die ILO-Standards. Letzterer ist ein sehr schwieriger Punkt. Wir haben mit den Chinesen klare Prozesse vereinbart, dass wir hier Marktöffnung betreiben wollen und bei diesen Themen der Nachhaltigkeit, insbesondere auch der Klimapolitik, einen Dialog in Gang gesetzt. Das muss alles umgesetzt werden. Es ist ein wichtiger Schritt in dieser schwierigen Beziehung. Es gibt noch andere Instrumente und es ist auch geopolitisch für andere Länder anschlussfähig. Wir haben ja auch noch andere Entwicklungen in der Welt – ich mache an dieser Stelle gleich Schluss. Mir ist es aber wichtig noch mal den Punkt zu machen, dass es hier nicht nur um irgendeine E-Mail gegangen ist, sondern es passt hundertprozentig in unser Programm rein. Deshalb war ich persönlich auch sofort davon überzeugt, dass das zu dem Programm dazugehört.

Wir haben ja auch viele andere Dinge. Das Investitionsabkommen geht sieben Jahre und ist ein Prozess, den wir gemacht haben.

Es war auch keine Sonderbehandlung, wieder zurückkommend ~~ich~~ auf die Frage, warum wir das mit hineingenommen haben von einem Unternehmen. Wir haben auch andere Unternehmen mit hineingenommen. Es hat einfach gepasst. Das war der Hauptgrund, weshalb wir das aufgenommen haben.

Die zweite Sache ist – das ist auch das, was wir in der Chronologie gesagt haben –, dass wir im Kanzleramt keine Informationen über schwerwiegende Unregelmäßigkeiten hatten. Es gab Presseberichte, insbesondere von der Financial Times, es gab aber auch andere Presseberichte. Wenn ich ehrlich bin, in meiner Erinnerung gab es auch Menschen und Erinnerungen, wo Wirecard als Erfolgsgeschichte und teilweise auch als Opfer dargestellt wurde. Die Information mit dem Leerverkaufsverbot und auch die Informationen in Ihren Kleinen Anfragen, die ich mir alle nochmal durchgelesen habe – Marktmanipulation, vieles, was die BaFin im Leerverkaufsverbot gemacht hat, Untersuchungen gestartet, Leerverkaufsverbot und Anzeige in München – waren Informationen, die zumindest für uns zu dem Zeitpunkt kein Grund waren, böswillig oder bösartig zu sein. Das sehe ich heute alles anders. Das ist klar. Dann gab es auch Ernst & Young, die das Testat am 24. April, was auch vor der Reise war, gemacht haben. Insofern ist es so, dass es ein DAX-Unternehmen war. Es passte hundertprozentig zu den Interessen der Bundesrepublik Deutschland – neben vielen anderen. Wir hatten keine Informationen über Unregelmäßigkeiten. Es hätte uns ja mal jemand sagen können, wenn das so ist, wenn ~~Sie~~ das gewusst hätten. Sie haben auch mit dem BMF gesprochen. Ich weiß nicht, wie das gegangen ist, ich habe auch das Protokoll nicht gelesen. Wenn ich das gleich vorweg sagen darf: Wir hatten damals keine solchen Informationen. Ich mache das zehn Jahre lang, habe ganz viele Reisen vorbereitet und das war eigentlich aus



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Sicht – wenn ich die Informationen hätte, die ich damals gehabt habe – ein völlig klarer Fall dafür, dass das reingepasst in die Reise der Bundeskanzlerin.

Dann haben wir vertrauliche Gespräche in China geführt. Insofern will ich gar nicht viel dazu sagen. Dann gab es die Nachbereitung der chinesischen Reise. Das war auch wie üblich. Da habe ich erst, das machen wir oft, den betroffenen Unternehmen vertraulich mitgeteilt, dass es angesprochen wurde. In diesem Fall habe ich eine E-Mail geschrieben, weil ich die E-Mail-Adresse hatte. Darauf habe ich geantwortet. Ich habe geantwortet, dass es angesprochen wurde, aber nichts zu den Inhalten gesagt. Das machen wir in der Regel so auch mit anderen Unternehmen, weil sie wissen müssen, ob das Thema angesprochen wurde. Dann habe ich den deutschen und chinesischen Botschafter informiert; den chinesischen Botschafter etwas später. Ich weiß nicht, warum das so viel später war. Ich nehme an, dass es aus Termingründen war. Insofern war die Nachbereitung eine ganz normale.

11.9. Dann habe ich mit Wirecard nichts mehr zu tun gehabt, außer dass ich diese Gespräche noch geführt habe, die Sie auch kennen, am 9.11. auf Vermittlung von Herrn Fritsche. Da hat es mich sehr interessiert, über Wirecard mehr zu lernen; da ist man durchaus interessiert. Sie sind bei dem Thema wahrscheinlich schon viel weiter, aber das hatte mich damals sehr interessiert. Deswegen war ich auch sehr daran interessiert, das Gespräch zu führen. Viel später fand ein Telefonat mit Herrn Braun statt, nachdem auch schon der KPMG-Bericht auf dem Tisch lag. Das Gespräch mit Herrn Braun war am 20. Mai, wie Sie wissen. Ab dann war klar, dass es Dinge gibt, die im Raum stehen, die zu beantworten sind. Dann ging es relativ schnell danach mit der Strafanzeige und dem Insolvenzantrag weiter. Dann haben meine Leute am 30.06. eine Vorlage gemacht, in der wir die Leitung nach dem Insolvenzantrag über die Situation bei dem Unternehmen informiert hatten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir uns bei diesen Reisen immer für deutsche Interessen einsetzen und dass wir da auch die Interessen der deutschen Wirtschaft berücksichtigen. Das ist meine Aufgabe – ob das ein DAX-Unternehmen ist oder nicht. Wir gehen aber davon aus, dass DAX-Unternehmen geprüft sind und keine kriminellen Aktivitäten entwickeln. Wir setzen uns dann für sie ein. Ich glaube, dass das auch der Grund und die Wichtigkeit – Es ist ein Prozess, der sehr lange gelaufen ist. Es passte sehr stark in die Bestrebungen, im chinesischen Staat deutsche und europäische Interessen zu vertreten. In diesem Sinne hat das die Kanzlerin auch angesprochen, wie ich in der E-Mail berichtet habe. Diese haben wir auch sehr transparent offengelegt. Normalerweise berichten wir nicht aus vertraulichen Gesprächen. Das haben wir in diesem Fall aber gemacht. Nochmal: Die Informationen waren nicht so, dass hier schwerwiegende Vorwürfe im Raume standen. Das ist mir sehr wichtig.

Der letzte Punkt: Aus heutiger Sicht sehe ich das alles anders. Ich sehe das auch als einen der großen Skandale – kriminelle Aktivitäten, die entwickelt worden sind und aufgeklärt werden müssen. Dafür ist auch der Untersuchungsausschuss da. Insofern freue ich mich auf die Diskussion.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ein kurzer Hinweis: Die Mitglieder des Ausschusses, zunächst ich als Vorsitzender, dann die anderen, haben die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Dabei werden Ihnen wahrscheinlich auch Vorhalte aus Akten gemacht. Auf Wunsch wird Ihnen der Fragesteller die Unterlage auch vorlegen.

Dann steige ich ein. Vielen Dank für die Ausführungen. Mein Kollege Michelbach hat gerade schon gesagt, dass kurioserweise einige Kollegen – auch aus diesem Kreise hier – eine Woche später in China waren. Wir sind daher sehr gut informiert worden. Insoweit bringen viele ein entsprechendes Verständnis für den chinesischen Markt, und was dort passiert, mit. Mir geht es gar nicht



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

so sehr um Schuld oder Verantwortung in diesem Themenkomplex. Wenn ich die letzten drei Monate Revue passieren lasse: Dass wir uns alle leisten lassen wollen, bisher hat das keiner so recht gesagt, dass er Verantwortung übernehme, man etwas ändern müsse oder dass gehörig etwas schief gelaufen sei. Sie haben auch gesagt, dass ex post oder wie der Volksmund sagt, hinter, seien wir immer alle schlauer.

Insoweit wäre meine erste Frage: Sie haben bei Ihren Aussagen erwähnt, dass ein paar Dinge – aber nichts Schwerwiegendes – im Raum gestanden hätten. Was wäre für Sie schwerwiegend – ganz konkret zu dem damaligen Zeitpunkt – gewesen, ein schwerwiegender Vorwurf oder Presseartikel, der Sie zu einem anderen Verhalten bezüglich Wirecard und der Chinareise geleitet hätte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist natürlich eine hypothetische Frage.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, ich finde die konkret.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hätte erwartet, dass wir von den Ressorts gewarnt werden. Eine konkrete Sache wäre, dass von den zuständigen Aufsichtsbehörden Informationen an uns herangetragen werden, dass es schwerwiegende Unregelmäßigkeiten gibt. Das kann ich im Kanzleramt nicht leisten; meine Kollegen auch nicht. Solange weder bei der Corporate Governance, noch bei den Wirtschaftsprüfern, noch bei der BaFin oder anderen uns irgendwelche Informationen übermittelt werden, ist es schwer, sich anders zu verhalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind Prof. Dr. und haben zum damaligen Zeitpunkt Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik im Kanzleramt betreut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das mache ich immer noch; seit zehn Jahren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Seit wann lesen Sie die Financial Times?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich lese den Pressespiegel jeden Tag – dann sind da auch Artikel drin. Ich kann nicht alle Presseartikel aller Zeitungen lesen. Ich lese auch nationale Zeitungen. Ich bin jemand, der die Presse, also den Pressespiegel, liest. Das muss reichen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Als Berater für Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanzleramt lesen Sie die Financial Times konkret nicht?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich gucke manchmal rein. Es gibt auch das Handelsblatt, die FAZ. Es gibt sehr viele. Ich lese im Bundeskanzleramt regelmäßig den Pressespiegel. Da sind alle relevanten Artikel drin. Ich weiß nicht, ob die Financial Times Artikel da drin waren. Das weiß ich nicht. Ich kann auch nicht jeden Tag sehr lange Zeitung lesen. Sporadisch gucke ich mir aber auch mal die Financial Times an.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt, Sie können nicht konkret sagen, ob Ihnen der Artikel vom 24. April 2019, in dem das Geschäftsmodell Wirecard beschrieben wird, bekannt ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es gibt ganz viele Artikel über Geschäftsmodelle von deutschen DAX-Unternehmen. Die lese ich nicht alle; das ist richtig. Die Frage ist mir auch im Sonderausschuss schon gestellt worden. Da habe ich gesagt, „daran kann ich mich nicht erinnern“. Das war meine Antwort und das ist immer noch so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich kenne den goldenen Anlagetipp: Wenn man etwas empfiehlt, empfehle nichts oder investiere in etwas. Das ist mir auch bei den Wirtschaftsprüfern sauer aufgestoßen. Haben Sie das Geschäftsmodell verstanden, als Sie gesagt haben „wir empfehlen die Wirecard“? Sie haben gesagt, dass das ins Portfolio passe. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Da



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

rennen Sie bei mir offene Tore ein, wenn Sie sagen, dass Sie die Belange der deutschen Wirtschaft und Industrie auch im Ausland vertreten wollen, damit Steuern und Arbeitsplätze entstehen. Haben Sie das Geschäftsmodell verstanden, als Sie der Kanzlerin empfohlen haben, Wirecard in China zu empfehlen? Haben Sie das in allen Teilen durchdrungen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Erstens habe ich nicht gesagt: „Mensch, Frau Kanzlerin, empfehlen Sie mal Wirecard.“ Meine Leute haben das geprüft. Ich wusste, dass es ein Unternehmen im Finanzbereich ist. Sie wissen auch, wer sonst noch dabei war. Es waren auch noch zwei andere Unternehmen dabei. Ich bin nicht jemand, der alle Geschäftsmodelle von allen Unternehmen, die da anwesend waren, verstanden hat. Ich weiß auch nicht, ob Sie das haben. Ich will nicht persönlich werden. Ich habe natürlich schon verstanden, worum es dabei ging. Es ging darum, dass das Unternehmen in China einen Markteintritt macht, im Zahlungsbereich eine Lizenz bekommt. Dafür braucht es eine Genehmigung. Das habe ich verstanden. Dass das über unsere Bemühungen beim Finanzdialog, im BMF, ein Interesse der Bundesregierung war, habe ich auch verstanden. Insofern haben wir das mit in die Mappe für die Kanzlerin aufgenommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da ging es auch darum, dass diese Lizenz auch ins Ausland strahlen sollte? Das war auch ganz wichtig für Wirecard.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau. So wie ich das verstanden habe, wollten sie eine Lizenz für den chinesischen Markt, die dann auch regional ins Ausland strahlt. Übrigens haben auch andere Unternehmen Interesse an Lizenzen dort, auch im Finanzmarkt. Teilweise ist das auch erfolgt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die Allianz zum Beispiel. Das wurde uns damals auch mitgeteilt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau. Dann empfehlen wir, dass das angesprochen wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Generell die Frage: Wäre aus Ihrer Sicht zum damaligen Zeitpunkt und als Herr zu Guttenberg zu Ihnen kam, ohne das Zutrauen, egal welcher Art – das interessiert mich an der Stelle gar nicht – wenn Herr zu Guttenberg zu diesem Zeitpunkt nicht ins Kanzleramt gekommen wäre, ohne Agenda und ohne, dass ein Gesprächsprotokoll – – Ich sage das auch deshalb, weil wir wollen vielleicht auch, dass sich etwas ändert, dass das nicht nochmal geschieht. Sind Sie davon überzeugt, dass ohne Herrn zu Guttenberg Wirecard Thema auf der Reise der Kanzlerin vom 5. bis 7. September 2019 geworden wäre?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, natürlich. Erstens ist er nicht zu mir gekommen, sondern ins Kanzleramt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ins Kanzleramt. Das haben Sie ja sehr abstrahiert dargestellt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ins Kanzleramt – das wusste ich nicht. Ich habe nur diese E-Mail bekommen. Wenn wir diese E-Mail von irgendeinem anderen bekommen hätten, auch von Wirecard selber, dann stünden die Chancen aus den Gründen, die ich genannt habe, sehr gut. Das gilt auch für andere DAX-Unternehmen. Wir haben eine Reihe von DAX-Unternehmen, die Interesse haben – auch Nicht-DAX-Unternehmen. Ich hatte gesagt, dass die beiden Kriterien, die für uns wichtig sind und die wir im Kanzleramt prüfen – – Wir sind ja im Kanzleramt, wir sind nicht in den Ressorts, da liegt ja die Fachzuständigkeit. Im Kanzleramt prüfen wir: Gibt es ein Anliegen in dem Land oder will nur jemand, dass das angesprochen wird, ohne dass es ein Anliegen ist. Das Zweite ist, ob es in die politische Ausrichtung der Bundesregierung ~~Deutschland~~ passt. Das war in diesem Fall sehr eindeutig.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das wusste ich nicht vorher, dass er da nach China fährt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er mir das gesagt hätte. Wir haben natürlich durch diesen Finanzdialog, den ich auch in meinen Gesprächen in China angesprochen habe – – In den Akten sehen Sie, dass ich auch nochmal in China gewesen bin; das wissen Sie sicherlich. Wir haben den Finanzdialog natürlich angesprochen, weil das eine der wichtigen Säulen war, über mehrere Jahre hinweg – und dass sich dann ein Finanzstaatssekretär dafür einsetzt, ist keine Überraschung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gab es später Informationen von Herrn Schmidt? Vielleicht nach der Kanzlerreise? Sie haben gerade gesagt, dass Sie später nochmal die Reise aufbereitet haben. Ist denn dann irgendwann später nochmal Wissen aus dem Finanzministerium und namentlich hier von Herrn Schmidt an Sie weitergereicht worden oder Ihnen zugeflossen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann mich nicht daran erinnern. Ich kann nicht ausschließen, dass er mir zum Finanzdialog irgendwann mal etwas gesagt hat, aber darüber hinaus nicht. Ich hatte auch gesagt, dass ich nach der Reise noch die beiden Gespräche mit den Botschaftern hatte. Das eine war – glaube ich – eine E-Mail an den deutschen Botschaftern mit allen Fällen, und dann das Gespräch mit dem chinesischen Botschafter. Danach war das, soweit ich mich erinnern kann, kein Thema mehr gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gar kein Thema?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Auch mit Herrn Schmidt – daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Hendrik Hoppenstedt, der Ihnen auch bekannt ist, er war auch bei uns in der Sitzung, der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, bestätigte allerdings in der 90. Sitzung des Finanzausschuss, ich zitiere:

Ich kann jetzt nicht ganz genau sagen, ob wir das im Juni 2019 wussten; wir wussten es aber auf jeden Fall irgendwann später.

Vergleiche Protokoll der 90. Sitzung auf MAT A BT-Präs-1.0 Blatt 94.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wen haben Sie da zitiert?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Hendrik Hoppenstedt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sprechen im Kanzleramt miteinander?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wann wussten Sie es denn jetzt? Er sagt, dass er es nicht so ganz genau wisse.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Was wussten wir?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Den Sachverhalt mit Wolfgang Schmidt, den ich Ihnen eben dargelegt habe. Ich kann Ihnen das nochmal zitieren. Dr. Hendrik Hoppenstedt, Staatsminister, sagte:

Ich kann jetzt nicht ganz genau sagen, ob wir das im Juni 2019 wussten...

Also das, was auf der China-Reise von Herrn Schmidt besprochen wurde – Sie sagten, dass der Austausch konstruktiv sei.

...wir wussten es auf jeden Fall irgendwann später.

Vergleiche Protokoll der 90. Sitzung auf MAT A BT Präs-1.0 Blatt 94. Irgendwann wusste es das



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzleramt. Ich hoffe, auch Sie, weil Sie gesagt haben, dass Sie es gar nicht wussten.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich wusste es dann nicht. Ich habe eben auch gesagt, dass ich mich nicht genau erinnern kann, dass ich mit ihm nochmal darüber gesprochen habe. Wann ich das genau wusste, weiß ich auch nicht. Ich weiß nicht, wann ich wusste, wann Herr Schmidt mir gesagt hat, dass er nochmal in China war. Das weiß ich nicht. Ich habe – wie schon gesagt – mich mit den beiden Botschaftern getroffen und das Gespräch am ~~09.11.~~ geführt. Dann habe ich eigentlich keine Berührungspunkte mehr gehabt, bis zum Mai, als Herr Braun mit mir sprechen wollte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da sind wir schon im Jahr 2020.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Genau.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich war in der Nacht auch schon verwundert. So eloquent und sympathisch Herr Schmidt hier auch war, meine Feststellung kann nur sein, dass es schön wäre, wenn die Behörden tatsächlich alle mal miteinander sprechen. Das geht die BaFin mit der FIU an. Das ist auch schon mal angeklungen. Und wenn ich jetzt eben höre, „vielleicht hat Herr Hoppenstedt“ – Aber daran können Sie sich auch nicht mehr erinnern, aber Herr Schmidt hat es ihnen wahrscheinlich dann nicht direkt gesagt – Na gut.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wir reden miteinander. Wir reden nur nicht über Dinge, worüber wir nichts wissen; da ist auch schwer, darüber zu reden. Dass da ein Finanzdialog stattgefunden hat, das weiß ich. Ich weiß auch, dass der erfolgreich war. Da gab es auch eine Erklärung in dem Finanzdialog. Ich habe das bei meinen Gesprächen auch immer wieder als ein wichtiges Element angesprochen. Insofern waren wir da eigentlich voll abgestimmt an der Stelle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Es gibt ja im Untersuchungszeitraum – das wird heute sicherlich auch von Kollegen anklingen, was eine entscheidende Frage ist – Sie haben gesagt, Sie würden sich mehr Informationen von der BaFin oder von anderen Geschäftsbereichsbehörden wünschen. Eine andere Frage, die wir auch noch zu klären haben, ist die Einordnung der Wirecard im Untersuchungszeitraum als Technologieunternehmen und nicht als Finanzunternehmen – respektive zu behandeln. Das ist eine durchaus wichtige Frage, was die Beurteilung und auch die Aufsicht der BaFin angeht. Nochmal die Frage: Wurden bei der Vorbereitung der Reise Informationen vom BMF zu dieser Frage angefordert? Haben Sie das BMWi um Informationen gebeten? Ich habe gesagt, dass es nicht verkehrt wäre, das Unternehmen zu kennen, wenn man es empfiehlt. Drumherum kann auch etwas sein. Wurden zur Vorbereitung der Kanzlerin Informationen zu Wirecard vom BMF angefordert oder auch vom BMWi?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich hatte es schon erklärt: Wir haben die Frage nach den Kriterien, die ich schon geschildert hatte, im Kanzleramt geprüft. Wir hatten eine E-Mail vom BMF erhalten – im Zusammenhang mit meinem Gespräch mit Herrn Fritsche am ~~09.11.~~ – vom 23. August. Da standen auch Informationen drin, die aber keine schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten und Aufschlüsse in diese Richtung zulassen. Insofern haben wir die Entscheidung getroffen, weil es in die Politik der Bundesregierung passt und es ein etabliertes DAX-Unternehmen war. Es gab keinen Grund, bösgläubig zu sein. Das gilt für die anderen 30 Unternehmen, die mit auf der Reise waren, genauso. Wir haben dann die Entscheidung getroffen, dass das mit in die Vorbereitung der Kanzlerin rein kann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde „kritische Grundhaltung“ besser als „bösgläubig“. Das ist eine Vokabel, die ich mir eingeprägt habe.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Warum sollten wir eine „kritische Grundhaltung“ haben? Das haben wir bei den anderen Unternehmen auch nicht. Wenn das ein DAX-Unternehmen ist und keine Unregelmäßigkeiten vorliegen, machen wir keine kritische Hinterfragung und forensische Untersuchung im Bundeskanzleramt. Das haben wir noch nie gemacht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich glaube, dass auch keiner der Kollegen verlangt, dass Forensikanstrengungen gemacht werden. Sie haben aber schon gesagt, ex post/ex ante. Wenn wir jetzt mal nach vorne schauen, dann kann auch mal ein DAX-Unternehmen stolpern. Dann ist es auch nicht im Sinne unserer deutschen Außenpolitik und des Kanzleramtes, dieses Unternehmen zu empfehlen. Sie haben auch gesagt, was dann ein Jahr später nicht mehr vorhanden ist.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Sollen wir im Kanzleramt sagen, dass wir glauben, dass ein DAX-Unternehmen stolpert?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich stelle noch einmal die Fragen: Haben Sie die Financial Times zur Kenntnis genommen? Haben Sie sich mit den Bereichsbehörden ausgetauscht? Das ist die Frage. Natürlich steht immer jemand diesen Bereichsbehörden vor. So kenne ich es. Am Ende geht es nicht nur um Schuld, sondern um Verantwortung. Das ist für mich der große Begriff. Alle reden hier über Schuld. Ja, darüber kann man auch noch sprechen, aber politische Verantwortung heißt für mich auch, wenn ein Finanzminister eine Geschäftsbereichsbehörde hat, dann trägt er für die die Verantwortung, nicht die Schuld. Die Kanzlerin bestimmt die Richtlinien unserer Politik und ist die Chefin eines ganz großen Orchesters. Dann trägt jeder irgendwo an seiner Stelle Verantwortung. Wenn jeder sagt, dass sie das nicht gekonnt hätten, soll man eine kritische Grundhaltung haben, dann wäre meine Einschätzung – bevor wir hier den Abschlussbericht schreiben – kann sich Wirecard jederzeit wieder ereignen. Wenn ich in die Runde gucke, glaube

ich, dass das keiner möchte. Es ist ja irgendwo die Frage berechtigt, zu sagen, ob es jedem Unternehmen gegenüber eine kritische Grundhaltung gibt. Die Commerzbank ist ja sicherlich auch ohne Absicht ein Viertel Staatsunternehmen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Aus unserer Sicht gab es keinen Grund, an der Stelle, zum damaligen Zeitpunkt bösgläubig zu sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie bleiben also bei „bösgläubig“, Ich sage „kritische Grundhaltung“.

Ich hätte dann erstmal keine weiteren Fragen und gucke nun zu den Kollegen der CDU/CSU: Matthias Hauer, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Prof. Röllert, vielen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort stehen. Ich würde gerne noch mal zu den Abläufen, wie das üblicherweise bei den entsprechenden Delegationen im Bundeskanzleramt funktioniert, wissen - - Und Sie bitten, mal zu schildern, wie zum Beispiel über die Zusammensetzung einer solchen Wirtschaftsdelegation, wer mitfährt, entschieden wird, und nach welchen Kriterien das erfolgt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Gut, das ist ein mehrstufiger Prozess, der über die Verbände gestartet wird. Der relevante Verband – das kann der BDI sein, bei Asienreisen ist das oft der APA – macht eine Annonce und eine Interessensbekundung und fragt, wer Interesse und Anliegen in den Ländern hat und mitreisen möchte. Dann wird das von dem Verband gemanagt und zusammengestellt. Dann wird das mit meinen Leuten im Bundeskanzleramt besprochen. Dann wird dem Bundeskanzleramt eine Liste von Unternehmen vorgestellt. Wir haben dann auch Kapazitätsvorgaben, alleine durch das Flugzeug und durch die Möglichkeit der Delegation insgesamt – in der chinesischen Delegation waren es dreißig. Dann werden die Ressorts einbezogen. Dann wird die Entscheidung im Kanzleramt getroffen. Da

25



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das war mir ehrlich gesagt egal, aber das kann ich mir nicht erklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kommt das denn häufiger vor, dass - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es kommt nicht - - Also, es sind ja viele Anfragen von DAX-CEOs oder auch anderen Unternehmen, die die Kanzlerin treffen wollen. Viele werden nicht angenommen, einige schon, und manchmal wird dann auch ein Gespräch mit mir angeboten, und sehr oft nehmen die das dann auch wahr. In dem Fall, war das nicht der Fall. Ich habe mir - ehrlich gesagt - keine großen Gedanken darüber gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie nochmal berichten, hinsichtlich dieses Gesprächs zwischen der Bundeskanzlerin und Herrn zu Gutenberg, was Ihnen dazu bekannt ist? Sie waren ja nicht dabei, aber was Sie in der Vorbereitung, in der Terminierung, in der Nachbereitung wahrgenommen haben, außer, dass da eine E-Mail kam, die Sie dann weitergeleitet haben?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, gar nichts, weil es gab ja keine Vorbereitung. Ich wusste auch nichts von dem Termin. Und ich habe dann die E-Mail bekommen. Unabhängig davon, von wem die E-Mail kommt, oder ob man sich auf ein Gespräch der Bundeskanzlerin bezieht, prüfen wir so etwas - auch wenn anderweitig diese E-Mail gekommen wäre - und würden das dann empfehlen, wie wir schon besprochen hatten, nach den Kriterien die wir da haben. Ich habe danach nur noch diese E-Mail zurückgeschrieben, nach der Reise, und dann keinen Kontakt mehr gehabt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie uns jetzt namentlich benennen, mit welchen Vertretern der Firma Wirecard, also aus dem Unternehmen selbst, Sie zu welchem Zeitpunkt Kontakt hatten, persönlich?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also ich hatte nur Kontakt am 9. November in dem Gespräch, wie in der Chronologie bekannt gegeben, zu Herrn von Knoop, Herrn Ley und Herrn Fritsche. Die waren alle drei bei mir - und dann habe ich mit Herrn Braun nochmal telefoniert, am 20. Mai.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie zu diesem Gespräch, mit den gerade genannten Herren von Knoop und Ley, nochmal ausführen, wie da der Ablauf, Vorbereitungen und Inhalte waren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, Vorbereitung ist ganz normal gelaufen, dass ich gebeten habe, eine Vorbereitung zu bekommen. Daraufhin ist dann diese E-Mail vom 23. August, das war für die Vorbereitung des Gesprächs, gekommen, mit den öffentlichen Informationen. Und dann habe ich eine Vorbereitung bekommen, die sozusagen nochmal Wirecard, das Unternehmen und andere Dinge beschreibt. Dann habe ich die drei Herren empfangen, ich glaube es war nicht sehr lang, und habe das mit denen besprochen. ~~Und inhaltlich habe ich das~~ - - Im Prinzip war es ein Kennenlernertermin, weil das war das erste Mal, wo ich mich mit Vertretern von Wirecard im Kanzleramt getroffen habe - und auch das letzte Mal.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Haben Sie da - - Ist Ihnen da irgendwas aufgefallen? War das ein ganz übliches Gespräch? Oder ist Wirecard da besonders professionell oder unprofessionell aufgetreten? Oder wie jedes andere Unternehmen auch?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ganz üblich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, dann hätte ich jetzt keine Fragen mehr. Hans Michelbach macht weiter.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Dr. Michelbach, bitte schön.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Herr Prof. Röllner, es ist klar, entweder müssen Sie gute Informationen haben oder hellseherische Fähigkeiten, um Schaden abzuwenden für die Bundeskanzlerin, für unser Land. Besser ist natürlich, wenn man gute Informationen hat, dann ist das eben die bessere Lage. Und deswegen müssen wir – damit solche Fälle nicht zur Regel werden oder öfters vorkommen – natürlich schon fragen, wer hat da welche Verantwortung, dass hier diese schlechte Information stattgefunden hat. War es bekannt, dass das DAX-Unternehmen Wirecard nie bei der Aufnahme in die Börse geprüft wurde? Das müsste man ja – Man sagt, DAX-Konzern, hätte man ja schon Mal schauen können, wie ist dieser Konzern dahin gekommen – aus welchen Mitteln auch immer? Ist der mal geprüft worden? Ziehen wir uns mal diese Akte bei, diese Prüfungen durch die Deutsche Börse – oder wie auch immer. Natürlich sagen Sie, es ist nicht forensisch geprüft worden. Aber es sind ja doch einige wesentliche Punkte, die man zur Sorgfaltspflicht sicher wahrnehmen muss. War bewusst, dass die BaFin inzwischen schon eine Beauftragung der deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung beauftragt hatte? Das heißt, hier wurde schon ein erhöhter Vorgang geführt bei den Behörden. Und für diese Informationen sind natürlich Ministerien und Behörden zuständig. Was wurde da unterlassen? Was hätte man da besser machen können? Und die letzte Frage dazu: Sie sagen, Wirecard hatte in das Thema „Finanzdialog“ gepasst. War es Ihnen nicht bekannt, dass es sich bei dem Marktzugang in China nur um Banken und Versicherungen handelte, aber nicht bei den Kartenzahlungsdienstleistern? Weil die staatliche Aufsicht in China alle Kartenzahlungen in China überprüft und – das ist natürlich die Grundlage des totalitären Staates – das Konsumverhalten aller Bürger. Deswegen gibt es ja auch kaum Bargeld mehr. Wir haben im Finanzausschuss eine Reise gemacht, wo wir mit dem Botschafter bei Alipay waren, wo das ganz deutlich wurde, dass hier keiner ungeprüft konsumieren kann. Das heißt, Sie haben sich im Grunde genommen für

ein Unternehmen eingesetzt, das, sagen wir mal, fachlich überhaupt nicht zur Frage, zur Disposition in China stand. Vielleicht da nochmal die Information: Fühlen Sie sich im Bundeskanzleramt vom zuständigen Ministerium nicht gut informiert, unzureichend vorinformiert? Also, da muss doch irgendwie mehr Hintergrund gewesen sein. Der Botschafter wusste eigentlich alles, was dort im Finanzdialog möglich ist, und was nicht möglich ist. Also, wir sind doch sehr verwundert, Herr Professor Röllner, dass Sie nicht vom BMF, von der BaFin, von der Botschaft – Gibt es hier Versäumnisse, die Sie vielleicht uns mitteilen müssen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllner: Na gut, also es ist ja im Endeffekt eine ähnliche Frage –, ob wir mal nachprüfen, inwieweit das Unternehmen in der Deutschen Börse, wenn ich es richtig verstanden habe, gelistet ist oder nicht? Das sind ja alles Fragen, die eigentlich der Aufsichtsrat, Ernst & Young, der Wirtschaftsprüfer, die BaFin – Das sind ja eigentlich alles Fragen, die eigentlich andere stellen müssten, bevor wir im Kanzleramt anfangen, die zu stellen. Also, ich glaube, dass die Governance-Struktur einer Bundesregierung eigentlich nicht sein kann, dass wir diese Fragen im Kanzleramt klären, sondern wir müssen uns ja darauf verlassen, dass die relevanten Stellen das prüfen und machen. Und nun kann man natürlich bösgläubig sein, und man kann bei dem einen oder anderen Unternehmen mal nachfragen. Aber im Grunde erwarten wir, dass wir von den relevanten Stellen informiert werden, und dass auch die öffentlichen Informationen nach oben gebracht werden. Und das ist ja dann auch passiert, aber sehr, sehr, sehr viel später. Und in dem Zeitpunkt, wo wir diese Entscheidung getroffen haben, das mit aufzunehmen – nicht in die Wirtschaftsdelegation der ~~30~~, da war ²⁵ Wirecard ja nicht mit dabei, da haben wir ja ~~30~~ ²⁵ andere Unternehmen, um die wir uns da gekümmert haben, auch ich ganz persönlich, auf der Reise –, wo wir davon ausgehen, dass diese Unternehmen legitim sind, und dass sie hier die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen in China, deswegen frage ich das, das war 2012.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Waren Sie auch dabei?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber nicht 2019, sonst hätte ich das verhindert.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja. So, dann haben Sie schon Ihre Verbesserungsvorschläge: Wir müssen Herrn Toncar in Zukunft immer mitnehmen dann.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war ein Scherz, das haben wir alle verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß, ich weiß. Das war auch ein Scherz.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber waren Sie am 5. September in China bei der Kanzlerin dabei?

war dabei
Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, ja, ich bin bei, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut. Haben Sie mit der Bundeskanzlerin über das Unternehmen Wirecard gesprochen zwischen dem 3. September und dem Besuch von Herrn zu Guttenberg und Ihren Gesprächen in Peking? Im Flugzeug?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein. Kann ich mich nicht dran erinnern, nein. Im Flugzeug, also ich will das - - Im Flugzeug hat sie dann ja die Vorbereitung, also schon vorher, aber im Flugzeug hat sie natürlich dann die Vorbereitung sowieso vorliegen. Und dann, wenn Sie dabei sind, dann wissen Sie ja, dass wir dann da auch nochmal im Flugzeug gemeinsam sitzen und man redet dann natürlich auch, logischerweise. Und dann geht man nochmal über die ganzen Themen - und da kann ich mich aber nicht dran erinnern, dass wir Wirecard angesprochen haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön. Nun haben Sie ja, seitens des Bundeskanzleramts, im Vorfeld Ihres Gesprächs am 11. September, das von Herrn Fritsche eingeleitet wurde, an das BMF eine Anfrage gestellt, und um Informationen gebeten. Uns liegt eine Information, eine E-Mail-Korrespondenz - BaFin intern - vor; in der Ihre Anfrage aus dem Kanzleramt, oder die Anfrage des Kanzleramts, bei der BaFin bearbeitet wird. Da wird ausgeführt - - Ich zitiere aus MAT A BMF-4.22 Blatt 4 schreiben BaFin-Mitarbeiter untereinander:

Telefonisch habe ich Herrn Cless

der arbeitet im BMF

mitgeteilt, dass m. W. das Eilverfahren betr. Veröffentlichung von Sanktion gg W-Card wg. Verletzung Finanzberichterstattungspflichten noch nicht abgeschlossen ist.

Dem BMF wurde also mitgeteilt, dass es Sanktionen, ein Verfahren wegen Sanktionen, wegen Verletzung Finanzberichterstattungspflichten, seitens Wirecard, gibt. Ist Ihnen bekannt, ob die Information, dass die BaFin ein Verfahren gegen Wirecard wegen falscher Finanzberichterstattung führt, im Bundeskanzleramt angekommen ist?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Die Information, die wir haben, ist die E-Mail vom 23. August.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also haben wir ein BMF, das mehr wusste, als es bei Ihnen dann angekommen ist, in dem Kontext. Das ist ja auch interessant. So, dann möchte ich nochmal fragen: Das Gespräch am 11. September sollte dem Kennenlernen dienen, haben wir gehört. Waren denn die Manipulationsvorwürfe gegen Wirecard auch Thema des Gesprächs, nachdem in Ihrer Vorbereitung ja das Leerverkaufsverbot prominent enthalten war?



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

was Wirecard erfolgreich abschließt, haben wir jetzt gelernt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber hier ging es ja nicht um Wirecard, hier ging es ja um (akustisch unverständlich) Unternehmen. Insofern - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, das ist richtig. Es tut mir - - Also ich finde eigentlich, dass Familie aus solchen Sachen rausgehalten wird, aber können Sie uns mal erläutern, was Ihre Frau beruflich macht. Ich glaube, das ist jetzt doch relevant an dieser Stelle.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Meine Frau ist Hausfrau. *

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, darüber muss ich jetzt, glaube ich, erstmal nachdenken. Können Sie - also ich habe ja noch eine Minute, die mir der Vorsitzende jetzt irgendwie noch geben muss - - Wie lernt man denn als Hausfrau dieses chinesische Unternehmen kennen, um dann den Kontakt da zu vermitteln?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Naja, also sie hat einen Bekanntenkreis. Auch als Hausfrau hat man, glaube ich, Bekanntenkreise. Aber sie ist eine Hausfrau, sie hat auch keine finanziellen Interessen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, aber für Herrn Ley war sie die Schnittstelle zu dem Unternehmen in Peking? Alles klar. Herzlichen Dank.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das halte ich für falsch, aber okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann hat als nächstes das Wort der Kollege Fabio De Masi, für die Fraktion Die Linke, bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Herr Röller, ich will Ihre Frau da auch raus lassen, ich will nur fragen, ob Sie Kenntnis davon haben,

dass Ihre Frau auch Kontakte mit Vertretern von Wirecard gepflegt hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Sie haben keine Kenntnis davon, oder Sie können das ausschließen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann das ausschließen.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Gut. Dann können Sie auch ausschließen, dass Ihre Frau für dieses Engagement finanzielle Leistungen empfangen hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay. Gut, dann möchte ich beginnen mit einer Akte, MAT A BKamt-7.25 Blatt 20, dort schreibt eine Frau Franziska Melcher:

Liebe Sonja,
das Vorzimmer von AL 4 rief gerade an und sagte, dass Herr Röller gesagt habe, wir sollten nicht bei Herrn Fritsche um Konkretisierung des Gesprächswunsches „Geschäfte mit Fernost“ bitten.

Darf ich Sie fragen, warum Sie darum gebeten haben, diesen Gesprächswunsch nicht zu konkretisieren?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Also, erstens kann ich mich nicht daran erinnern, dass ich das so gesagt habe. Ich habe die E-Mail natürlich auch gelesen und habe gesehen, dass da gesagt worden ist, dass ich kein - - das, was Sie gerade zitiert haben. Es ging ja da um die Vorbereitung für den 9. November, also das Gespräch mit Herrn Fritsche. Und ich könnte mir vorstellen, dass ich den Anruf von Herrn Fritsche bekommen hatte, mit der Bitte, ein Gespräch zu führen.

11.9.

* siehe mein Schreiben an den Vorsitzenden des PUA vom 25.1.202



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dass ich dann nicht wollte, dass man irgendwie weitere Nachfragen stellt. Das ist der einzige Grund, wie ich mir das erklären könnte.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber warum denn?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weil ich glaube, dass wir jetzt ein Gespräch führen sollten – es war, wie gesagt, ein Kennenlerngespräch – und jetzt große Nachforschungen zu stellen, im Vorfeld dieses Gespräches, könnte ich mir vorstellen, war nicht das, was ich wollte.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber man will doch eigentlich in ein solches Gespräch bestmöglichst vorbereitet gehen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja, und zwar von meinen Leuten. Aber ich will ja nicht unbedingt, dass jetzt hier zu sehr nachgefragt wird, sondern, dass man sich mit dem Unternehmen offen unterhält. Insofern, das ist meine einzige Erklärung, weil ich sonst, ehrlich gesagt, kein Grund dafür sehe, warum man da nicht nachfragt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber diese E-Mail war ja am 5. September 2019, das heißt im Umfeld der Kanzlerin-Reise. Das heißt, Sie hatten ja schon offenbar irgendwie ein schlechtes Gefühl bei diesem Unternehmen, sonst stellt man eine solche Frage doch nicht.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Welche Frage habe ich denn gestellt?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Verzeihung. Sonst tätigt man eine solche Äußerung nicht.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das - - Also, ich glaube nicht, dass das mit schlechtem Gewissen was zu tun hatte. Ich kann mich auch, ehrlich gesagt, daran gar nicht mehr erinnern, dass ich das gesagt habe. Aber ich könnte mir doch vorstellen, dass man sagt, wir wollen jetzt da mit ihm reden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, dann will ich mal weiter gehen in den Akten. Es gibt eine Unterlage, MAT A AA-3.08b Blatt 104, da erkundigt sich das BMF bei Herrn Peters, dem „Leihbeamten“ aus der Botschaft:

Lieber Herr Peters,

vielen Dank noch einmal für Ihre Rückmeldungen.

Im Nachgang haben sich die folgenden Nachfragen ergeben:

Bzgl. der Ausführung zu Wirecard: Wann ist die Reise der Kanzlerin geplant, bei der es ggf. wg. Wirecard etwas zu unterzeichnen gibt?

Was sollte denn dort unterzeichnet werden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Von wem war das nochmal? Entschuldigung. Das war ein bisschen zu schnell für mich.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Von einer Frau Andra Reier aus dem Finanzministerium.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: An den?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): An Herrn Peters, Jan Ole Peters, Botschaft.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und die Frage, – können Sie es bitte nochmal vorlesen?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Die Frage, wann einerseits die Reise der Kanzlerin geplant sei, bei der es wegen Wirecard etwas zu unterzeichnen gäbe.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und was ist das?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja, das frage ich Sie ja. Das weiß ich ja nicht.

sevast



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Warum sie das gefragt hat, oder?

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Nein, was sollte da unterzeichnet werden, wegen Wirecard?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so, wegen Wirecard.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sollte nichts unterzeichnet werden.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, immer sonderbarer. Dann zitiere ich mal aus MAT A AA-3.08b Blatt 114. Da gibt es von Herrn Fuhrmann aus der Bundesbank eine E-Mail an einen Wirtschaftsangehörigen, da steht:

Bei dem Besuch BK Merkel im
Sept 2019, wurde bei dem Treffen
mit ...

jetzt ist geschwärzt

...das Thema der Marköffnung für
Wirecard als wichtig eingestuft.

Können Sie erstmal beantworten, mit wem das Gespräch der Bundeskanzlerin geführt wurde? Was ist denn da Ihre protokollarische Ebene?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, das ist eine Sache, die wir nicht bekannt geben, mit wem die Bundeskanzlerin das – deswegen haben wir das auch geschwärzt – in China besprochen hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, ich vermute, dass sie – diese Vermutung hat Herr Guttenberg, zumindest bekräftigt – dass mit ihrem entsprechenden protokollarischen Rang, also mächtigsten Mann Chinas, tut. Und da spricht man ja jetzt nicht jede Pommes-Bude an. Wie viele Anliegen sind denn dort angesprochen worden, in dem Gespräch, außer Wirecard?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Eigentlich berichten wir nicht aus vertraulichen Gesprächen, das wissen Sie auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Und uneigentlich?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Und uneigentlich auch. Ich hatte aber – - Vielleicht kann ich Folgendes sagen: Sie haben ja, glaube ich, die Vorbereitungsunterlagen bekommen, sowohl für das Gespräch mit Xi als auch für das Gespräch mit Lin. Ich glaube, das sind – - Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das Beides bekommen haben. Und da sehen Sie ja an der Anzahl der geschwärzten Seiten und der Länge der geschwärzten Seiten, dass noch viele andere Dinge auch angesprochen worden sind, nicht alles Wirtschaftsthemen. Ich hatte ja vorhin versucht zu sagen, dass es viele andere Themen da auch gibt, aber auch einige Wirtschaftsthemen. Sie sehen das übrigens auch von der geschwärzten Liste, die ich dann dem Botschafter geschickt hatte. Ich hatte ja dann dem Herrn von Goetze – - Da sehen Sie ja auch, das sind die Unternehmensanliegen gewesen. Das ist, glaube ich, auch ersichtlich.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Na, sagen Sie mal, wie viele waren das denn ungefähr?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Weiß ich nicht, ich habe sie nicht gezählt, mehrere Seiten, glaube ich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die letzte Frage.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Dann will ich fragen: Wir haben so eine Liste, und damit auch Herrn Schmidt konfrontiert. Da zitiere ich jetzt mal, MAT A AA-3.08b Blatt 108. Da ist hier eine E-Mail-Korrespondenz, wieder mit dem Herrn Peters, von einem Herrn Steffen Habermann, und da schreibt er:

Lieber Herr Peters,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Es fallen immer wieder dieselben Namen: Herr Fritsche, Herr Guttenberg und viele andere. Können Sie auflisten, wer sich beim Bundeskanzleramt für Wirecard engagiert hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß, dass die Namen, die Sie genannt haben, bei mir waren. Mit Herrn Braun hatte ich, wie gerade besprochen, das Telefonat geführt. Dann gab es das Gespräch von Herrn Guttenberg mit der Bundeskanzlerin. Das haben Sie zitiert. Ansonsten ist mir nichts mit Wirecard im Bundeskanzleramt bekannt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sind Sie für ein Lobbyregister? Das diskutieren wir in der Bundesregierung.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich bin Beamter. Das ist eine politische Entscheidung. Das wird gerade diskutiert. Da sind Sie wahrscheinlich sehr viel tiefer drin als ich. Soweit ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir noch eine Diskussion in der Bundesregierung. Ich glaube, die Grundsatzentscheidung, dass wir uns dem Lobbyregister anschließen, ist nicht meine Zuständigkeit im Bundeskanzleramt. Es ist Aufgeschlossenheit da.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich weiß, dass Sie nicht zuständig sind. Sind Sie der Meinung, dass es die Sensibilität erhöht? Mein Kollege Zimmermann hat gefragt, ob Ihre Frau Schnittstelle zwischen MinTech und Wirecard sein könnte. Diese E-Mail lag uns nicht vor, obwohl wir das Bundeskanzleramt um die Dokumente gebeten haben. Das wurde nicht eingereicht. Meinen Sie nicht, dass das die Sensibilität auch in der Politik erhöhen würde?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass Transparenz im politischen Prozess wichtig ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sind Wirtschaftsprofessor, wirtschaftspolitischer Berater der Bundeskanzlerin, Chefunterhändler in vielen Fragen und offensichtlich auch Kontaktvermittler für ausländische Unternehmen. Passiert es häufiger, dass Sie um Kontaktvermittlung gebeten werden?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da ist die Frage, was unter Kontaktvermittlung zu verstehen ist. Ich bemühe mich, für deutsche Unternehmen Kontakte herzustellen. Das ist richtig.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie hätten auch, wenn sich ein ausländisches MinTech Unternehmen durch eine Bekanntschaft mit Ihrer ^{Frau} sich an Sie wendet, diesem Unternehmen die Adresse von Wirecard geben können. Sie haben den Umweg genommen über den Kontakt Fritsche an Wirecard zu gehen. Das war doch so?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ja. Die E-Mail ist mir gerade vorgelegt worden. Herr Fritsche war jemand, der am 11. bei mir war. Insofern war das der pragmatischste Weg.

Cansel Kiziltepe (SPD): Es wäre schneller gewesen, dem Herrn von dem MinTech Unternehmen die Kontaktdaten, Mailadresse oder Telefonnummer zu schreiben. Dann wäre gut. Sie haben aber daraufhin auch noch Herrn Fritsche kontaktiert und offensichtlich Gesprächsbedarf gehabt. Was haben Sie ihm da erzählt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, ich hatte keinen Gesprächsbedarf. Ich hatte das schon nicht mehr in Erinnerung. Ich habe ihm nur gesagt, „da gibt es ein Unternehmen“ und „ich schicke Ihnen dann eine E-Mail“. So muss es gewesen sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Interessant ist auch, dass alles am 13. Januar letzten Jahres passiert ist. Wir haben nach einigen Zeugenbefragungen gehört, dass die deutsche Botschaft ihre Haltung zu diesem Unternehmen auch recht spät geändert hat. Immerhin nach der Berichterstattung durch die



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir waren uns einig...

also „wir“ heißt er und die Bundeskanzlerin

..., dass ein kurzer Hinweis im Rahmen des Besuchs sehr hilfreich sein könnte.

Wie erklären Sie sich diesen Umstand? Das ist doch widersprüchlich.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Das ist aber nicht für mich, nicht meine Aufgabe, das zu erklären. Das ist auch völlig irrelevant für die Bewertung, ob wir es mitnehmen oder nicht, ob Herr zu Guttenberg schreibt, dass er sich einig war mit der Bundeskanzlerin. Das ist an sich nicht der Punkt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns in dieser politischen Aufklärung ist das schon relevant, zu rekonstruieren, wer sich wann wem gegenüber einig gewesen ist – und wem das dann auch kommuniziert wurde. Deswegen ist das, glaube ich schon, Teil der Unterredung hier.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Können Sie ja machen. Aber es ist klar: Ich kann ja als Zeuge nur das sagen, was ich weiß. Ich habe diese E-Mail bekommen, und wir haben dann geprüft, inwieweit Wirecard in die Regierungssposition passt. Das ist ein langjähriger Prozess, und wir haben es dann mit aufgenommen. So, und für mich war nicht relevant, was Herr zu Guttenberg da drum rum geschrieben hat, sondern es ging nur darum, inwieweit das ein Anliegen war, was wir der Bundeskanzlerin empfehlen können.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie würden trotzdem zum Ergebnis kommen, dass das, was er uns ausgesagt hat, hier im Ausschuss, und das, was ich in der E-Mail lese, dass das nicht zusammen passt?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Was hat er nochmal im Ausschuss gesagt?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagte uns im Ausschuss, dass die Bundeskanzlerin sowas sagte, wie „das ist ein interessantes Thema, sprechen Sie mit meinem Wirtschaftsberater“.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Achso, achso, achso.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt sagt er hier „wir waren uns einig“. Ja, ich weiß, jetzt müssen Sie das ein bisschen ausbauen, aber Sie sind nun mal hier.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: ~~Das können Sie doch selber zusammen tun, diese (akustisch unverständlich).~~ Das muss ich, glaube ich, nicht kommentieren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich war nicht dabei gewesen, bei dem Gespräch. Insofern weiß ich das nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bleibt Ihnen überlassen. Manchmal ist es - - Dinge, die man offenbar rekonstruieren kann, nochmal explizit (*akustisch unverständlich*). Aber ich verstehe Sie auch.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich kann ja nur - - ich verstehe Sie auch, aber ich kann ja nur sagen, ~~dass ich, was heißt ich,~~ dass wir das fachlich geprüft haben. Und ob einer behauptet, dass die Bundeskanzlerin irgendeine Position hat oder nicht, ist nicht relevant für unsere Prüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke. Dann will ich es bei dem Thema dabei belassen. Ich möchte nochmal auf ein anderes Dokument zu sprechen kommen, das ist MAT A BKamt-7.02 Blatt 5. Da hat Ihnen die Kollegin Silvia Bosch eine E-Mail geschrieben, am 1. Mai 2020, ich zitiere mal daraus:



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn ich das noch sagen darf, ich will jetzt aber keinen professoralen Erguss hier von mir geben – am Ende ist es natürlich eine politische Entscheidung. Die Beamten entscheiden ja nicht, sondern wir bereiten das nur vor. Und das ist, glaube ich, auch eine große Stärke des deutschen Systems, dass wir diesen Beamtenapparat haben, wenn ich das mal so sagen darf, für meine Kollegen auch. Die Entscheidung trifft nachher die Politik, und das ist ja auch richtig. Nur war mir wichtig: Der Punkt, dass wir uns bemühen – und das haben wir, glaube ich, in der Vergangenheit auch immer gut hinbekommen –, dass wenn solche Anfragen kommen, dass wir uns das dann fachlich anschauen. Hier war es eben so, dass – ich habe es ja schon mehrfach gesagt – das sehr gut reingepasst hat in die Anliegen, und dass wir es deswegen aufgenommen haben, als Empfehlung an die Bundeskanzlerin.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Herr Professor Röllert, es ist gar nicht persönlich Ihrer Beamtenkarriere gedacht, sondern es geht mir darum, welchen Schutz verdient ein Mandatsträger, der eine politische Aufgabe in der Demokratie hat, und welcher Schutz kommt ihm zu, wenn gewissermaßen er für etwas eingespannt, benutzt wird, nämlich den Kauf eines Unternehmens in einem kommunistischen Staat, ohne dass die notwendige Schutzsituation vorhanden ist, in der Form, dass über dieses Anliegen doch eine genaue Prüfung stattgefunden hat. Ich meine jeder, den wir bisher gehört haben – hat keiner etwas gewusst. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist: Wie gewöhnlich und ungewöhnlich ist das, was Wirecard macht? Ist das üblich, wie Wirecard da aufgetreten ist? Oder ist das eher, sagen wir mal, schon mit besonderer Chuzpe verbunden, dass man gleich an die regierungsoberste Stelle sich durchstellen lässt – in Anführungszeichen natürlich –, um letzten Endes für sich seine Eigeninteressen wahrzunehmen? Also, wenn zu mir als Abgeordneter jemand kommt, der eine Firma kaufen will, dann bin ich da schon zumindest, ja hinterfrage ich

das, was da Sache ist, bevor ich mich dafür einsetze. Vielleicht das nochmal.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röllert: Ja, also wir setzen uns ja regelmäßig dafür ein, dass deutsche Unternehmen – was heißt regelmäßig, wir setzen uns dafür ein, dass deutsche Unternehmen im Ausland Investitionen betreiben, gerade auch in China. China ist der durchaus einer der größten Investoren. Ich sag jetzt nur mal als Beispiel die Automobilindustrie, die ist dort auch am Investieren, Joint-Ventures zu vereinbaren, und viele andere Dinge auch. Da finde ich, ist es eigentlich auch unsere Aufgabe, dass wir in diesem globalen Wettbewerb – gerade auch mit Staaten, die sehr stark ihre eigenen Interessen vertreten –, dass es auch eine Bundesregierung gibt, die sich unter anderen Themen, bei solchen Reisen auch für die Interessen der deutschen Unternehmen einsetzt. Da sind wir uns, glaube ich, aber auch einig. Und das heißt eben, dass wir uns nicht – dass – auch wenn die Investitionen stattfinden –, dass man da nicht als Staat dann immer überprüft, inwieweit diese Investitionen sinnvoll sind. Das ist die unternehmerische Entscheidung. Aber wir gehen davon aus, wenn wir, unter anderem diese Unternehmen an Bord haben, ~~diese so~~, teilweise sehr gute deutsche Unternehmen, dass wir uns für deren Interessen im Ausland einsetzen sollten, da bin ich tiefst von überzeugt.

Dr. h.c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach

(CDU/CSU): Ich bin nicht dagegen, dass das Bundeskanzleramt sich für deutsche Unternehmen einsetzt. Aber man kann sicher nicht von pauschaler Übernahme von Aufgaben für die deutsche Wirtschaft ausgehen, wenn man letzten Endes in einem solchen Unternehmen, wie wir Wirecard jetzt haben, dem hier bandenmäßiger Betrug quasi von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen wird – dass dies natürlich kein Normalfall ist, und dass man deswegen eigentlich den korrekten deutschen Unternehmen eher quasi einen Schaden zufügt, wenn man eine Firma, wie es bei Wirecard passiert ist, und wie es letzten Endes in diesem Lobbyismus stattgefunden hat,



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, hat sie auch nicht. Meine Tochter hat auch keine.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann meine zweite Frage: War Ihnen eigentlich bewusst, dass Herr von und zu Guttenberg durch dieses spontane Gespräch eine Menge Geld verdienen wollte? Also wussten Sie, dass Herr Guttenberg für Wirecard arbeitet, einen Vertrag, deren Details er hier nicht benennen konnte, ausgehandelt hatte, der sehr, sehr umfangreich war – und die Kanzlerin sich auf ihrer Chinareise für Wirecard eingesetzt hat, in dem Herr Guttenberg eben sehr, sehr hoch vergütet werden sollte?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, das wusste ich nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wussten Sie nicht. Wusste das die Bundeskanzlerin?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Da müssen Sie die Bundeskanzlerin fragen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke schön.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich wollte nochmal auf diese Geschichte hinaus, der Information und der Frage, wen man auf Reisen mitnimmt und für welche Unternehmen man sich einsetzt. Meine Frage: War Ihnen, wenn Ihnen das noch Erinnerung ist, - - Vor der Chinareise, wenn jetzt jemand zu Ihnen gekommen wäre und hätte gesagt, „Herr Professor Röller, die DPR, sagen Sie mal kurz, was das ist, was die machen und was deren Bedeutung ist“ – hätten Sie das gekannt? Ich hätte es nicht gekannt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Wenn mich einer vor der Reise gefragt hätte, da hätte ich dann meine Leute gefragt, Fachebene, um mir das genau erklären zu lassen, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau. Weil vorhin irgendwo – ich weiß nicht, ob es jemand Ihnen in den Mund gelegt hat, oder suggeriert hat

oder so, ist ja so das Ding - - also, hätte man gesagt, dass es diese DPR Sonderprüfung gibt – wer kennt es nicht –, dann hätten aber alle Alarmglocken geklingelt. Meine Frage ist: Sind eigentlich in den letzten Jahren auf Delegationen der Kanzlerin, sind da Vertreterinnen, Vertreter der Deutschen Bank dabei gewesen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, dass die Delegationen - - Es gab ja eine Anfrage, wo die gesamten Delegationen der Reisen aufgelistet worden sind, transparent, alle Personen, alle Unternehmen und alles. Und ich erinnere mich daran – insofern, weiß ich jetzt nicht, ob ich meine Leute mal fragen kann, ob ich sowas preisgeben darf, aber: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also ich gebe preis, warum ich danach frage.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube die Information ist öffentlich ~~oder zumindest~~ (~~akustisch-unverständlich~~).

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sagen wir mal so: Herr Ackermann war ja hier im Haus.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Herr Ackermann ist ja jetzt - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja das ist lange her. Aber Herr Ackermann hat ja bei Ihnen Partys gefeiert, als Gast im Haus. Nicht in Ihrem Haus, in dem Haus, in dem sich Ihr Büro befindet. Das ist ja auch mal sehr breit - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber das ist jetzt nicht mehr Gegenstand.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, das ist nicht mehr Gegenstand. Aber ich sage Ihnen auch, worauf ich hinaus wollte: Also, ich kaufe diese Nummer einfach nicht ab, „hätten wir über eine DPR-Sonderprüfung Bescheid gewusst, dann hätten wir anders entschieden“ – und gleichzeitig haben wir möglicherweise das skandalträchtigste



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein, habe ich nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar, dann bin ich fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, dann hat als nächstes das Wort Herr Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke, bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Vielen Dank. Herr Professor Röller, ich habe Ihnen ja vorhin schon einmal eine E-Mail vorgelesen, da war eine Nachfrage des BMF, wann die Kanzlerin denn nach China reise, und ob es denn etwas zu unterzeichnen gäbe. Auch Herr Ley hatte in einem anderen Verlauf dargestellt, dass es ein sogenanntes Deliverable geben könnte, also wenn diese Lizenzen dann eben wahrscheinlich erteilt werden. Was könnte denn die Kanzlerin unterzeichnen? Wie erklären Sie diese Nachfrage des BMF?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Es ist durchaus schlüssig, solche Nachfragen, weil das nicht die Kanzlerin macht, sondern die Wirtschaft selber. Ich habe jetzt gar nicht überprüft ob das bei diesem China-Besuch der Fall war, aber man kann sagen, typischerweise, wenn eine Wirtschaftsdelegation dabei ist, dann gibt es eine Unterzeichnungszeremonie. Das findet auch statt bei den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen, zum Beispiel, die einmal in China sind und einmal hier. Da wird dann eine Liste von zu unterzeichnenden, Verträgen oder MoUs vorbereitet. Da gibt es immer zwei Teile, das eine sind die privatwirtschaftlichen Dinge und das andere sind die Government to Government, also Regierungsfragen, also Bildungsinitiative, die BMBF mit dem chinesischen Counterpart macht, da gibt es ein MoU. Das führt dann auch zu diesen Dialogen, die ich kurz zitiert hatte am Anfang, also diese ganzen Dialogprozesse, die wir da haben, übrigens nicht nur mit China. Das ist dann auch immer für alle anderen Länder, mit denen wir das

machen, in der Welt. Und dafür wird dann natürlich immer gesucht, und dann wird auch vorbereitet.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ich glaube, ich habe das verstanden. Nur, ich will nicht unhöflich sein, ich mach das, weil wir als Opposition immer so wenig Zeit haben.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Sie haben ja gefragt.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Ja genau, ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, ich habe Sie ja danach gefragt. Ich möchte nur wissen, wie viele, sage ich mal Unternehmensvorhaben wurden denn dann im Rahmen dieser Kanzlerinnenreise dort abgezeichnet, in diesem MoU?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich weiß nicht genau, ob wir das hatten in der Unterzeichnung. Entschuldigung, das ist jetzt eine Wissenslücke, das müsste ich eigentlich wissen, weil ich ja dabei gewesen wäre, wenn sie stattgefunden hätte. Ich sage jetzt mal, typischerweise sind das acht bis zehn auf der privatwirtschaftlichen und eine ähnliche Zahl vielleicht auf - -

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Okay, könnten Sie diese Information nachliefern, um wieviel es sich gehandelt hat?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ich glaube, das ist sogar öffentlich, dann kann ich es auf jeden Fall. *

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Aber Wirecard war da nicht dabei, zu dem Zeitpunkt, wurde ja nicht erteilt, genau. Jetzt möchte ich nochmal nachfragen, weil Herr Guttenberg zum Beispiel, den hatte ich befragt, auch zu Kontakten die er mit Herrn Diekmann, dem ehemaligen - -

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Allianz ?

* Es waren 11.



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

11.9. ~~9. November~~. Was darüber hinaus seine Aufgabe war, bei Wirecard, dazu ist mir nichts bekannt, weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE.): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist als nächstes dran, die Kollegin Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nochmal anknüpfen an meine Frage eben. Sie hatten, glaube ich, noch nicht beantwortet, inwieweit jetzt dieses doch sehr konstatierte Vorgehen von Wirecard mit mehreren Akteuren, auch das Bundeskanzleramt, inwieweit das typisch ist, und inwieweit Sie das auch von anderen Akteuren aus der Wirtschaft kennen. Oder ob das eher ungewöhnlich ist, aus Ihrer Sicht, dass neben dem Unternehmen noch drei weitere unterschiedliche Beratungsunternehmen/Agenturen sich an Sie wenden, zu einem Sachverhalt.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so, das wusste ich gar nicht, dass es noch drei unterschiedliche - - Es gab ja nur dieses - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab Herrn Fritsche, es gab Herrn zu Guttenberg und es gab Herrn von Beust.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Ach so.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging immer um das gleiche Unternehmen.

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Kann ich nicht viel zu sagen, ob das typisch ist oder nicht. Das hat auch für mich bei all diesen Gesprächen keine Rolle gespielt, wie ich schon mehrfach gesagt habe.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es kommt auch vor? Also, das ist auch so, dass Sie das aus Ihrer Praxis sonst kennen? Dann wäre meine nächste Frage: Inwieweit gibt es denn in

irgendeiner Art einen Verhaltenskodex im Bundeskanzleramt für den Umgang mit Unternehmen/Gesprächswünschen/Kontakten?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Der Verhaltenskodex im Bundeskanzleramt oder die Arbeit - Ich würde das nicht Verhaltenskodex nennen, sondern die Pflicht und die Arbeit im Bundeskanzleramt ist, sachgerecht und fachlich jede Anfrage, von wem auch immer, zu prüfen und die Leitung zu informieren, das ist die Aufgabe. Das ist kein Kodex, sondern das ist eigentlich das, was ein Beamter machen sollte. Und das haben wir gemacht, in dem Fall.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, es gibt ja schon öfter mal - von Hausspitzen auch - Anweisungen, ob Telefonnummern rausgegeben werden, wie erreichbar man für Dritte ist oder nicht, Gibt es da in Bezug auf Unternehmen irgendwelche Einschränkungen in Kontaktaufnahme mit Ihnen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder kann Sie anrufen?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Alle deutschen Unternehmen, wenn sie wollen, können in Kontakt treten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bekommen eine Antwort?

Zeuge Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Aber auch nicht nur alle Unternehmen, es geht auch darüber hinaus. Ich rede auch mit NGOs und mit vielen anderen. Natürlich nehme ich nicht alle Termine wahr, das ist klar. Ich delegiere das auch an meine Mitarbeiter, ich bin ja Abteilungsleiter, es gibt dann auch Gruppenleiter, Referatsleiter. Die Gespräche können dann auch auf der Ebene stattfinden.

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Herrn
Kay Gottschalk, MdB
Vorsitzender des 3. Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 GG
der 19. Wahlperiode
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

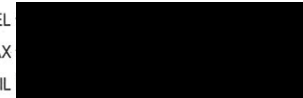


Bundeskanzleramt

Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller
Wirtschafts- und Finanzpolitischer Berater
der Bundeskanzlerin
G7- und G20-Sherpa

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL
FAX
E-MAIL



Berlin, 25.01.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich möchte zurückkommen auf meine Zeugenaussage vom 12. Januar 2021, weil ich das Protokoll noch nicht habe.

Nach meiner Erinnerung hatte ich in meiner Aussage bezogen auf den Zeitpunkt Anfang 2020 ausgeführt, dass meine Ehefrau Hausfrau ist. Diese Aussage ist korrekt. Zur Klarstellung möchte ich noch wie folgt ergänzen:

Meine Ehefrau war seit 2008 nicht mehr erwerbstätig. Sie hat jedoch im Sommer 2018 mit einer Bekannten eine Firma gegründet. Diese hat allerdings keine Geschäftsaktivitäten entwickelt und wurde in 2019 beendet. Im Sommer 2020 hat meine Ehefrau ein Unternehmen zum Import von Lüftungsgeräten und Handcreme gegründet.

Ich halte daher noch einmal fest, dass meine Ehefrau zum fraglichen Zeitpunkt keiner Erwerbstätigkeit nachging.

Mit freundlichen Grüßen

